

Landtagswahlprogramm 2024

Beschluss des Landesvorstandes vom 1. März 2024

Beschluss:	Der Landesvorstand der Linken Sachsen beschließt die nachfolgende zweite Textfassung des Entwurfes des Landtagswahlprogrammes 2024 als Leitantrag an die 2. Tagung des 17. Landesparteitages
Anlagen:	Entwurf LTWP 2024 – Zweite Fassung
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstand/ Landesrat/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Finanzbeirat/ Mitglieder Landesfinanzrevisionskommission/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Landesinklusionsbeauftragte*r/ Ombudspersonen/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

F.d.R.

Dresden, 1.3.2024



Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

I Arbeitswelt, Wirtschaft und Klima

Vorwort

Arbeit und Arbeitsmarkt

Der Arbeitsplatz und die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die große Mehrheit der Bevölkerung einen wesentlichen Teil ihres Lebens. Auch das Leben jenseits der Arbeit hängt davon ab, ob man vernünftig entlohnt wird oder sich eine gute Rente erarbeiten konnte. Nur Löhne, die vor Armut schützen, und gute Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass Menschen nicht am Ende des Monats angstvoll auf den Kontostand schauen oder sich vor der Stromrechnung fürchten müssen.

Am besten wird Armut dadurch beseitigt, dass Menschen gut bezahlte Arbeit haben. Während die Vermögen und Gewinne der Reichen und Konzerne sogar in der Krise noch wachsen, wird den Beschäftigten die Mär der „Lohn-Preis-Spirale“ aufgetischt: Höhere Löhne wären schuld an den höheren Preisen. Tatsächlich verhindern die derzeitigen Tarifabschlüsse nicht einmal das Absinken der Reallöhne. Wir als Linke kämpfen seit unserer Gründung für den **Mindestlohn**. Angesichts der Teuerung fordern wir eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro**. Das würde auch Altersarmut verhindern und entspricht der Mindestlohnrichtlinie, die von der Europäischen Union beschlossen wurde.

Der Mindestlohn ist allerdings nur eine Untergrenze. Auch wenn in Deutschland und in Sachsen Tarifaufonomie gilt, ist die Landesregierung doch dafür zuständig, die Bedingungen dafür zu schaffen, die in Sachsen schwache **Tarifbindung zu erhöhen**, damit mehr Betriebe ihren Beschäftigten **Tariflohn** zahlen. Sachsen ist jedoch noch immer eines der Schlusslichter bei der Tarifbindung. Das ist auch ein Grund für die niedrigen Gehälter im Freistaat. Seit 2006 hat die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag jede Legislaturperiode Gesetzentwürfe zur **Reform des Vergaberechts** im Landtag eingebracht, die alle von den CDU-geführten Regierungskoalitionen abgelehnt worden sind. In der aktuellen Legislaturperiode hat die Regierung ihr Versprechen, ein Vergabegesetz zu schaffen, trotz Eintragung in den Koalitionsvertrag gebrochen. Die Linke fordert seit fast 20 Jahren: **Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif entlohnen**. Kleinere und mittlere Unternehmen sind zur Angebotsabgabe aufzufordern. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen Regionalität und ökologische Standards berücksichtigt werden. Um die Tarifbindung zu erhöhen sollen weiterhin so genannte „OT-Mitgliedschaften“ in Unternehmensverbänden, also Mitgliedschaften ohne Tarifbindung, nicht mehr möglich sein. Wir wollen zudem die Möglichkeiten dafür schaffen und nutzen, **Tarifverträge allgemeinverbindlich** zu machen. Auf Antrag der Gewerkschaften sollen Tarifverträge für Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten für allgemeinverbindlich erklärt werden können. In ihren eigenen Unternehmen hat die Staatsregierung außerdem die Möglichkeit, die Tarifbindung direkt zu beeinflussen. Es ist ein Skandal, dass ca. die Hälfte der Unternehmen im Besitz des Freistaats keiner Tarifbindung unterliegen. Wir fordern, Tarifbindung in allen Unternehmen herzustellen, an denen der Freistaat zu mindestens 50 % beteiligt ist.

Die Chancen von Beschäftigten, ihre Interessen zu vertreten und ihr Leben zu planen, werden zudem durch Befristung und Ungleichbehandlung untergraben. Deshalb wollen wir **Befristungen ohne sachlichen Grund abschaffen** und **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen umwandeln**. Bei der Entlohnung muss gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**. **Soloselbständige** und **Plattformbeschäftigte** müssen eine **branchenspezifisch angemessene Vergütung** erhalten.

Die Verhandlungsmacht von Beschäftigten wird auch durch die aktuelle Ausgestaltung des Bürgergelds eingeschränkt: Wer im Falle von Arbeitslosigkeit befürchten muss, schnell sozial abzusinken, der lässt sich auch mehr gefallen.. Langfristig soll das Bürgergeld durch eine **sanktionslose Mindestsicherung** ersetzt werden, deren monatliche Höhe sich an der Armutsgefährdungsgrenze orientiert. Grundsätzlich gilt: **Niemand soll von weniger als 1200 Euro im Monat leben müssen**. Auch Menschen in der Grundsicherung müssen für ungeplante Ausgaben auf Rücklagen zurückgreifen können. Wie für die Empfänger:innen von Bürgergeld wollen wir auch für Menschen, die wegen ihres Alters oder einer Erwerbsminderung Grundsicherung erhalten, ein Schonvermögen von 15000 Euro ermöglichen.

Wir streiten also für eine **Arbeitswelt, die sich an den Interessen der Beschäftigten orientiert**. Wo sie sich organisieren, können sie bessere Arbeitsbedingungen und Löhne durchsetzen. Damit arbeitende Menschen in der Lage sind, ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten, unterstützen wir **starke Betriebs- und Personalräte** und deren Zusammenarbeit in **Betriebsrätenetzwerken**. Wir **stehen an der Seite der Gewerkschaften** im Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Dazu gehört für uns auch, dass die Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und die arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen im Sinne der Beschäftigten geregelt werden müssen. Ein **betriebliches Gesundheitsmanagement** ist nötig. Wo es möglich ist, sollten für die Beschäftigten **Regelungen zum Homeoffice** geschaffen werden. Unverzichtbar gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sind großzügige **Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten**. Wir kämpfen für ein Recht auf **5 Tage Bildungszeit im Jahr**. Die **Gestaltung der Arbeitszeit muss sich an den Lebensphasen orientieren**. Die Linke setzt sich dafür ein, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden zu begrenzen.

Wir fordern, dass auf dem Arbeitsmarkt auf unterschiedliche Lebensrealitäten Rücksicht genommen wird. Dafür ist **Chancengleichheit** entscheidend. Wir wollen sie in allen Bereichen verwirklichen: Um die **Chancengleichheit für alle Geschlechter** zu erreichen, müssen Beruf und Privatleben – besonders für Alleinerziehende – besser vereinbar werden: durch **familiengerechte Arbeitszeiten** und **gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder**. Chancengleichheit heißt aber auch: **Lohngerechtigkeit**. Immer noch bekommen **Frauen** nicht den gleichen Lohn wie Männer. Die gesetzlich vorgeschriebene Lohntransparenz muss verwirklicht werden. Es muss der Grundsatz gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!** Als Vorbild kann das Gesetz zur gleichen Bezahlung („Equal Pay Act“) in Island dienen, wo heute schon Regelungen für gesetzlich normierte Bewertungsstandards, Audit- und Zertifizierungsverfahren erfolgreich praktiziert werden, die eine gleiche Entlohnung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit garantieren. Das niedrigere Einkommen von Frauen steht oft in einem Zusammenhang damit, dass sie überdurchschnittlich häufig unbezahlte Arbeiten der Sorge übernehmen. Das muss bei der Schaffung von Entgeltgleichheit berücksichtigt werden. Sogenannte „Sorgeberufe“, also Arbeit im Bereich der Pflege, der Erziehung, der Fürsorge und im Haushalt, müssen aufgewertet werden – nicht nur, was die gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch, was die Bezahlung angeht. Die Sorgeberufe benötigen flächendeckende Tarifverträge mit geschlechtersensibler Arbeitsbewertung. Wir wollen Hürden für Frauen im Berufsleben abbauen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt sicherstellen. Dazu gehört auch die **Förderung von Frauen in Führungspositionen**, um die **Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Arbeitswelt zu verringern**.

Zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt gehört auch, **Alleinerziehende**, die meist weiblich und überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind, stärker zu unterstützen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Weil die sächsische Staatsregierung untätig geblieben ist, hat unsere Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode den „Runden Tisch Alleinerziehende“ ins Leben gerufen. Dessen Ergebnisse wollen wir mit einem **Landesaktionsplan** umsetzen. Er soll Angebote enthalten, um Alleinerziehende besser in den ersten Arbeitsmarkt einzubeziehen, auch über Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten. Familienfreundliche Unternehmen wollen wir gezielt fördern. Alleinerziehende müssen in Einstellungsverfahren besser vor Diskriminierung geschützt werden. Außerdem brauchen wir flexible und gesicherte Angebote der Kinderbetreuung, auch solche, die speziell auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden mit pflegebedürftigen Kindern zugeschnitten sind. Beratungsangebote für Alleinerziehende wollen wir ausbauen. Präventionsangebote, vor allem im Bereich der Müttergesundheit, wollen wir finanzieren und fördern. Außerdem wollen wir eine **Landeskoordinierungsstelle für Alleinerziehende** schaffen.

Wir stehen auch für Chancengleichheit für **zugewanderte Menschen** auf dem Arbeitsmarkt. Dafür müssen ausländische Abschlüsse und auch praktische Berufserfahrungen schneller und einfacher anerkannt werden, um einen besseren **Zugang zum Arbeitsmarkt und eine qualifikationsadäquate Beschäftigung** zu ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Bundesratsinitiative zur Übernahme der Anerkennungspartnerschaften auch für Geflüchtete. Wir wollen **Menschen mit Migrationshintergrund besser integrieren**, indem wir mehr Stellen für Arbeitsmarktmentor:innen schaffen und sie stärker fachlich spezialisieren. Der wichtigste Flaschenhals bei der Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen sind die Ausländerbehörden. Sie müssen endlich zu Ermöglichungsbehörden werden; auch hierauf kann der Freistaat wirken. Zur Integration gehört auch, dass alle Beschäftigte, auch solche die aus dem Ausland zugewandert sind, oder Grenzpendler:innen

119 sind, ihre Rechte kennen. Aus diesem Grund muss die **mehrsprachige Beratung für ausländische**
120 **Beschäftigte** ausgebaut werden.

121
122 Wir wollen die Chancen für **Menschen mit Behinderungen** verbessern, indem wir ihnen den **Zugang**
123 **zum ersten Arbeitsmarkt** erleichtern. Das Recht auf freie Berufswahl muss endlich auch für
124 Menschen mit Behinderungen in Sachsen in die Realität umgesetzt werden. Dafür setzen wir uns ein.
125 Wir wollen inklusive Arbeitsplätze in Inklusionsfirmen durch eine nachhaltige Förderung absichern. Wir
126 wollen die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen reformieren: Sie sollen sich zum allgemeinen
127 Arbeitsmarkt öffnen und stärker als bisher die Aufgabe der Ausbildung als Orte der beruflichen
128 Bildung gestaltet werden. Um die erforderlichen Brücken in den all-gemeinen Arbeitsmarkt zu bauen,
129 sollen verstärkt Außenarbeitsplätze gefördert werden, mit dem Ziel, sie in
130 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.
131 Die Entlohnung darf den Mindestlohn nicht unterschreiten.
132

133 Der **Mangel an Arbeits- und Fachkräften** ist für Sachsen ein besonders schwieriges Problem, weil die
134 Bevölkerung im Freistaat relativ stark schrumpft. Dabei ist Sachsen auf qualifizierte Beschäftigte
135 angewiesen, um die soziale Daseinsvorsorge zu gewährleisten und vom industriellen Wandel zu
136 profitieren, der durch die Digitalisierung und die Energiewende ausgelöst wird. Für uns als Linke liegt
137 die Lösung nicht in einem Zwang zur Mehrarbeit, sondern in **attraktiveren Arbeitsbedingungen**. Wer
138 Arbeitskräfte will, muss sie gerecht bezahlen und gute Konditionen bieten.

139 Automatisierung kann helfen routinierte und sich monoton wiederholende Arbeitsabläufe durch
140 Computer oder Maschinen erledigen zu lassen. Mehr **Automatisierung** bedeutet also, dem
141 demografischen Wandel konstruktiv zu begegnen. Deshalb muss sie durch die Wirtschaftsförderung
142 des Freistaats in den Bereichen gestärkt werden, in denen die Beschäftigten dies unterstützen. Dies
143 bildet eine wichtige flankierende Maßnahme für gewerkschaftlich angestrebte und von uns
144 unterstützte **Arbeitszeitverkürzungen**.

145 Der Arbeitskräftemangel lässt sich auch dadurch lindern, dass wir einen **inklusiveren Arbeitsmarkt**
146 schaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Menschen am Arbeitsleben teilnehmen können. Wir
147 müssen die Talente und Kenntnisse aller Menschen, die bei uns leben, stärken und nutzen.
148 Zugewanderte Menschen müssen schneller in einem Beruf arbeiten dürfen, der ihrer Qualifikation
149 entspricht. Alle Frauen müssen die Möglichkeit haben, so viel zu arbeiten, wie sie wollen. Wir müssen
150 die Unternehmen und Behörden fit machen für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen.
151 Arbeitslose brauchen mehr Unterstützung dabei, sich weiterzubilden und in den Arbeitsmarkt
152 zurückzukehren.

153 Die sächsische Politik muss für **weniger Bürokratie** sorgen, um dem Personalmangel in der
154 Verwaltung zu begegnen und die Beschäftigten dort zu entlasten. Deshalb schlagen wir vor, eine
155 **Bewilligungsfiktion für Bescheide** einzuführen. Danach gelten diese als positiv beschieden, wenn sie
156 nach spätestens sechs Wochen nicht beantwortet sind. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass
157 die Aufsichtsbehörden flächendeckend nur noch Stichprobenkontrollen bei Bescheidprüfungen und
158 anderen Prüfungsverfahren durchführen. Die Strafen für Vergehen müssen im Gegenzug erhöht
159 werden.

160 Der **ländliche Raum**, der besonders unter dem Fachkräftemangel leidet, muss durch den **Ausbau der**
161 **Infrastruktur** und die **Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs** deutlich attraktiver gemacht
162 werden, gerade für junge Familien und qualifizierte Zuwanderer. Wir brauchen endlich Bus und
163 Glasfaser in jedem Dorf!

164 165 **Handwerk, Industrie und Bergbau**

166
167 Die Unternehmen in Sachsen sind mehrheitlich klein. Von den etwa 160 000 Unternehmen haben
168 etwa 130 000 weniger als 10 Beschäftigte. Das Handwerk ist in Sachsen besonders stark vertreten,
169 jedoch im Rückgang begriffen. Die kleinen Betriebe sind einerseits das Rückgrat der sächsischen
170 Wirtschaft, andererseits hindert diese kleinteilige Struktur die Kraft zu Investition und Innovation –
171 nicht jeder Handwerksbetrieb hat die Mittel auf der hohen Kante, um richtungsweisende Investitionen
172 zu tätigen. Zudem haben kleine Betriebe öfter keinen Betriebsrat, die Tarifbindung in Sachsen ist
173 schwach, was am Ende zu niedrigeren Löhnen und auch Renten führt. Dabei bildet das Handwerk die
174 Grundlage dafür, dass wir von der sozial-ökologischen Transformation profitieren können: Sie wird
175 ohne starkes Handwerk nicht stattfinden.

176
177 Die allgemeine Teuerung geht auch am Handwerk nicht vorbei. Steigende Rohstoff- und
178 Produktionsmittelpreise lassen Mehrkosten entstehen, die am Ende an die Verbraucher
179 weitergegeben werden müssen. Die steigenden Rohstoffpreise entstehen größtenteils dadurch, dass
180 spekuliert wird und Erzeuger und Zwischenhändler Ressourcen bewusst zurückhalten, um ihre Profite
181 zu maximieren. Wir fordern eine **Deckelung der Preise für betriebswichtige Rohstoffe und**
182 **Arbeitsmittel**. Für sie sollten außerdem Vorräte eingerichtet werden, die gemeinschaftlich verwaltet
183 werden. Damit keine Spekulanten profitieren, brauchen wir ein Verbot der Spekulation mit solchen
184 Stoffen.

185
186 Tarife werden im Handwerk in der Regel mit den Innungen und den jeweils zuständigen
187 Gewerkschaften ausgehandelt. Diese Tarife gelten aber nur für Betriebe, die Mitglied der jeweiligen
188 Innung sind. Das führt in vielen Branchen deutschlandweit zu einem Flickenteppich. Wir unterstützen
189 bundesweite **Flächentarifverträge im Handwerk**. Sie können dazu beitragen, die Arbeits- und
190 Lebensbedingungen in Deutschland anzugleichen. Die Tarifbindung in der sächsischen Wirtschaft ist
191 ohnehin unterdurchschnittlich, im Handwerk ist sie noch einmal geringer. Wenn das Handwerk
192 attraktiv bleiben soll, brauchen wir **mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge auch im Handwerk**.

193
194 Viele Handwerksbetriebe müssen zusätzliches Personal einstellen, um den stetig wachsenden
195 bürokratischen Aufwand bewältigen zu können. Wir wollen **Bürokratie abbauen** und dafür sorgen,
196 dass **Handwerksbetriebe in Verwaltungsverfahren unterstützt** werden. Die zu dünne Personaldecke
197 und die zu langsame Digitalisierung in den Vergabestellen sind das zentrale Problem. Sobald
198 ausreichende Voraussetzungen in den Behörden geschaffen sind, fristgerecht zu bearbeiten, sollten
199 Fördermittelanträge als bewilligt gelten, wenn die Bewilligungsstelle länger als sechs Wochen zur
200 Prüfung braucht. Außerdem setzen wir uns für eine Umstellung der Prüfungsverfahren auf
201 Stichprobenprüfungen ein. Gleichzeitig sollen deutlich erhöhte Bußgelder für festgestellte Verstöße
202 festgelegt werden. Doch nicht alle Regulierungen sind überflüssige Bürokratie. Märkte brauchen
203 Regeln. Doch auch komplizierte Regelungen und Gesetze können zumindest verständlich an die
204 Handwerksbetriebe vermittelt werden. Dafür wollen wir uns einsetzen. Kostenfreie sowie hochwertige
205 Schulungen in diesem Bereich müssen in angemessener Menge angeboten werden.

206
207 Wir fordern eine **Erhöhung des Meisterbonus auf 2500 Euro**. In der Zukunft sollte er auch an Fach-
208 und Betriebswirte ausgezahlt werden. Eine Meisterausbildung sollte auch ohne Betriebszugehörigkeit
209 möglich sein, deswegen setzen wir uns dafür ein, ein **BAföG-gestütztes Meisterstudium**
210 einzurichten. So machen wir die Handwerksberufe attraktiver und setzen Anreize zur Selbständigkeit.

211
212 Besonders die traditionell eher männlich geprägten Handwerksbetriebe in Sachsen wollen wir durch
213 gezielte Angebote dabei unterstützen, Ausbildungen und Beschäftigung auch **für Frauen und**
214 **Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiver** zu machen. Bislang ist der Meistertitel noch
215 überwiegend männlich. Knapp 90 % der Meister:innen in Sachsen sind Männer. Um die strukturelle
216 Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt für Handwerker:innen zumindest teilweise
217 auszugleichen, soll der Festbetrag des „Meisterbonus“ für Meisterinnen auf einen Betrag von 3500
218 Euro erhöht werden.

219
220 Sachsen muss auf die **Industrien der Zukunft** setzen. Die Klimakrise erfordert einen raschen Umbau
221 von Industrie und Wirtschaft. Rund 23 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland entstehen in der
222 Industrie. Auf dem Prüfstand stehen die Energie- und Ressourceneffizienz der Produktion genauso
223 wie die der Produkte und deren Verwendung. Wir stehen für einen **sozial gerechten Umbau der**
224 **Industrie**. Wir wollen den Transformationsprozess so organisieren, dass er die soziale Gerechtigkeit
225 und Sicherheit stärkt, anstatt soziale Ungleichheit weiter zu vertiefen. Wir betrachten den
226 wirtschaftlichen Wandel als Chance für das traditionsreiche Industrieland Sachsen.

227
228 Daher braucht es Investitionen in eine innovative Wirtschaft um vom Wandel durch Digitalisierung und
229 sozial-ökologische Transformation zu profitieren; dabei müssen die Interessen der Beschäftigten im
230 Mittelpunkt stehen. Aktuell stehen viele Investitionsentscheidungen an, die den Kurs der Betriebe für
231 die nächsten Jahrzehnte bestimmen werden. Viele Unternehmen, vor allem die großen Konzerne,
232 nutzen den Umbau zu ihrem Vorteil. Sie verbessern ihre Bilanzen, indem sie bei den Beschäftigten
233 Geld sparen. Wir setzen uns deshalb konsequent für eine **Transformation im Sinne der Beschäftigten**
234 ein. Sie kann nur erreicht werden, wenn die **Belegschaften mehr mitbestimmen und zu**
235 **Miteigentümern ihrer Betriebe werden**. Deshalb fordern wir eine Reform des

236 Betriebsverfassungsgesetzes, die es ermöglicht, dass Beschäftigte bei wichtigen
 237 Investitionsentscheidungen eines Unternehmens mitentscheiden können.
 238
 239 Um die Betriebe und deren Beschäftigte bei diesen Investitionen auch finanziell zu unterstützen muss
 240 die sächsische **Wirtschaftsförderung** reformiert werden – verständlich, verlässlich und zukunftsfest.
 241 Sie muss auf Zukunftsbranchen setzen und dabei auch immer die Interessen der Beschäftigten
 242 berücksichtigen. Das bedeutet für uns, **gute Arbeitsbedingungen, anständige Löhne und**
 243 **ökologische Nachhaltigkeit** zu Bedingungen einer Förderung machen. Dazu gehört auch eine
 244 Verringerung der Arbeitszeit: Wer dank staatlicher Hilfe seine Produktivität steigert, muss es seinen
 245 Beschäftigten auch ermöglichen, weniger zu arbeiten.
 246
 247 Der Umbau kann nur gelingen, wenn er durch die Gesellschaft kontrolliert wird. Deswegen fordern wir:
 248 Mit Mitteln des Bundes soll eine **Industriestiftung** entstehen, über die die öffentliche Hand gezielt
 249 Anteile an Unternehmen erwirbt. Unverzichtbare Infrastruktur in der Energiewirtschaft kann so
 250 geschützt werden – sowohl vor dem Ausverkauf an autoritäre Regime als auch an private Konzerne.
 251
 252 Um den sozial gerechten und klimaneutralen Umbau der Industrie zu ermöglichen, fordern wir
 253 **Finanzhilfen für energieintensive Industriebetriebe**. Ihre jährliche Höhe soll der Differenz zwischen
 254 den CO₂-Vermeidungskosten und dem CO₂-Zertifikatspreis entsprechen, insofern
 255 Energieeinsparungsmaßnahmen im Unternehmen wirksam wurden. So bleiben Industriebetriebe
 256 wettbewerbsfähig, die Arbeitsplätze können geschützt werden. Diese Maßnahmen sind entsprechend
 257 auch für kleine und mittelständische Unternehmen umzusetzen.
 258
 259 Der industrielle Sektor zählt zu den größten Produzenten von Kohlendioxid. Die sich verschärfende
 260 Klimakrise macht es unabdingbar, die Industrie so schnell wie möglich sozialverträglich CO₂-neutral
 261 umzubauen. **Grüner Strom** muss deshalb in großen Mengen verfügbar gemacht werden. Die
 262 Infrastruktur dafür muss bereitgestellt werden, ebenso die für die Nutzung von **grünem Wasserstoff**.
 263 Die **Forschung im Bereich der Produkt- und Prozessinnovationen** muss finanziell gefördert werden.
 264 Die **einheimische Industrie** muss im Prozess der Transformation **vor Preisdumping im Außenhandel**
 265 **geschützt** und **finanziell entlastet** werden, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.
 266 **Grüne Leitmärkte**, also staatliche geschaffene oder geförderte Märkte für klimaneutral produzierte
 267 Grundstoffe (wie z.B. Stahl, Beton), müssen für **Planungssicherheit bei langfristig wirksamen**
 268 **Investitions- und Produktentscheidungen** sorgen.
 269
 270 Diese Maßnahmen werden durch gezielte Investitionen in neue, grüne Technologien zu erhöhter
 271 Produktivität führen. Eine Wirtschaftspolitik, die die Produktivität nachhaltig erhöht und
 272 Investitionsentscheidungen erleichtert, schafft Beinfreiheit für sowohl Unternehmen als auch
 273 Beschäftigte.
 274
 275 Unsere wirtschaftliche Zukunft hängt von der zuverlässigen Versorgung mit Rohstoffen ab. Wir
 276 befürworten einen **natur- und sozialverträglichen Rohstoffabbau** in Sachsen. Dazu werden wir das
 277 **Bergrecht** so ausgestalten, dass die Interessen von Mensch und Natur stärker berücksichtigt werden.
 278 Ziel ist es, das Bergrecht zu einem **Ressourcenschutzrecht** weiterzuentwickeln. Die heimische
 279 Industrie soll mit den notwendigen Rohstoffen versorgt werden, gleichzeitig müssen die Umwelt und
 280 die Menschen so weit wie möglich geschont werden. Wenn ein Bergbauvorhaben genehmigt werden
 281 soll, muss die ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit eine größere Bedeutung haben als
 282 unternehmerische Interessen. Bevor neue Vorkommen erschlossen und abgebaut werden, ist
 283 zunächst zu prüfen, ob tatsächlich Bedarf an diesem Rohstoff besteht und ob er möglicherweise auch
 284 durch Wiederverwertung zu gewinnen wäre. Wir wollen bei allen künftigen Bergbauvorhaben dafür
 285 sorgen, dass die Gemeinden und ihre Einwohner:innen bei den Projekten mitbestimmen dürfen und
 286 finanziell am Gewinn beteiligt werden. Den Anwendungsbereich der **Bergschadensvermutung**
 287 werden wir ausweiten und eine echte Beweislastumkehr einführen.
 288
 289 Eine sichere, nachhaltige und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung ist von großer Bedeutung für
 290 Sachsen, gerade angesichts der starken Rohstoff-Importabhängigkeit des Landes. Das betrifft nicht
 291 nur Metalle, die im Technologiebereich dringend benötigt werden, sondern auch viele andere Stoffe,
 292 wie z.B. Phosphor.
 293
 294 Dazu kann und muss die Sekundärrohstoffwirtschaft (verarbeitete Abfälle) beitragen, auch um
 295 Energieeffizienz und Klimaschutz zu verbessern. Dies erfordert u.a. Recycling- und

296 Verwertungsprozesse auszuweiten und die Akzeptanz für Recyclingprodukte zu stärken. Auch in
297 öffentlichen Ausschreibungen soll verstärkt Recyclingmaterial nachgefragt werden und Fördermittel
298 an deren Verwendung geknüpft werden.
299 Wir wollen Investitionen in Technologien zur Sekundärrohstoffgewinnung in Sachsen sowie
300 Innovationen insbesondere durch mittelständische bzw. regionale Recycling-Betriebe und Startups
301 fördern.

302
303 Mittels geeigneter, verbraucherfreundlicher Maßnahmen ist der Mehrweganteil bei Verpackungen zu
304 erhöhen und die Menge von Lebensmittelabfällen zu reduzieren.
305 Um Abfälle zu vermeiden und die Wiederverwendbarkeit zu erhöhen, bauen wir den Reparaturbonus
306 aus und ergreifen verbraucherfreundliche Maßnahmen, um den Mehrweganteil bei Verpackungen zu
307 erhöhen. Kommunale "Zero-Waste-Konzepte" (z.B. nach Leipziger Beispiel) unterstützen wir. Um
308 schon bei der jungen Generation das Bewusstsein für die Kreislaufwirtschaft zu stärken, setzen wir
309 auf ein flächendeckendes Angebot an "Umweltpädagogischem Unterricht". Ressourcen- und
310 Energiewirtschaft gehört in das obligatorische Bildungsprogramm unserer Schulen.

311
312 Der anstehende Wandel wird zu einem veränderten Fachkräftebedarf führen. Innerhalb der
313 sächsischen Betriebe ist deshalb eine **vorausschauende Personalstrategie** unverzichtbar. Der Staat
314 darf die vielen kleinen Betriebe Sachsens nicht im Stich lassen: Bei allen Industriestrategien müssen
315 die Personalbedarfsplanungen berücksichtigt werden. Der kommende Umbruch erfordert auch ein
316 vielfaches Umlernen, in relativ kurzer Zeit müssen große Teile der Belegschaften weitergebildet
317 werden. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) sollten dabei durch die
318 Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt werden. Mit **Fachkräftestipendien** können
319 Ausbildungen in Mangelberufen gezielt gefördert werden. **Stipendien für Aus- und Weiterbildungen**
320 sollte es auch für Beschäftigte geben, die sie aus eigener Initiative in Angriff nehmen. Zu einer
321 vorausschauenden Personalstrategie gehört auch, dem Wunsch vieler Menschen zu entsprechen,
322 weniger zu arbeiten: Die Forderungen von Beschäftigten zusammen mit ihren Gewerkschaften, neben
323 der Durchsetzung von Lohnzuwächsen auch die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu
324 verkürzen. **Wir unterstützen die Beschäftigten in ihren Anliegen.**

325
326 Wir wollen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen die Innovationsförderung in
327 **Forschungsclustern** konzentrieren. Ein integrierender Ansatz ist nötig, damit sie digitale
328 Kompetenzen aufbauen und neue Geschäftsfelder erschließen können. Für uns ist die Digitalisierung
329 der kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend für die sozial-ökologische
330 Transformation regionaler Wirtschaftskreisläufe. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir für kleine
331 Unternehmen den Zugang zu Förderprogrammen stark verbessern: mehr Transparenz, kürzere
332 Verfahren, eindeutige Richtlinien, schnelle Entscheidungen und Limits bei der Förderung von
333 Großunternehmen. Die Linke will zudem die Fördermittel aufstocken und Mängel bei der Vergabe
334 beseitigen. Statt nur beim Angebot, will Die Linke auch über die Wirkung des Mitteleinsatzes steuern.
335 Das heißt für uns, dass Fördermittel nach der Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen vergeben
336 werden und gleichzeitig durch begleitend sichergestellt und kontrolliert wird, dass die Fördermittel
337 zweckgemäß und wirksam eingesetzt werden.

338 **Strukturwandel**

340
341 Der nötige **Strukturwandel** in den sächsischen Kohleregionen kann nur gelingen, wenn die
342 **Zivilgesellschaft beteiligt** wird. Denn die Menschen vor Ort wissen selbst am besten, was gut für ihre
343 Region ist und wie sie die Zukunft gestalten wollen. Ohne vorherige Beteiligung der Bürgerschaft darf
344 keinem Strukturwandelprojekt mehr eine Förderung zugesagt werden!

345
346 Die Lausitz wird wohl die Region in Deutschland sein, in der die Kohlemeiler zuletzt abgeschaltet
347 werden. Das Lausitzer und das mitteldeutsche Revier eint die Erfahrung des Strukturbruchs in den
348 neunziger Jahren, der mit Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Deindustrialisierung verbunden
349 war. Gerade wegen dieser schlechten Erfahrungen kann der neue Prozess des Strukturwandels nur
350 gelingen, wenn mit den Menschen offen und ehrlich kommuniziert wird und sie Vertrauen fassen.
351 Auch wenn wir für ein früheres Ausstiegsdatum gekämpft haben, erschüttern erneute Diskussionen
352 um einen vorgezogenen Kohleausstieg 2030 das Vertrauen zum Teil wieder. Es sind die Versäumnisse
353 der von der CDU geführten Landesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten, die dafür sorgen,
354 dass viele Menschen noch am Erfolg der Transformation zweifeln. Wir wollen die Voraussetzungen

355 dafür schaffen, dass der **Kohleausstieg schon deutlich vor dem Jahr 2038** gelingt – gemeinsam mit
356 den Menschen in den Revieren. Er ist angesichts der Klimakrise unabdingbar.

357
358 Aus diesem Grund fordern wir einen **Neustart im Strukturwandel** – vor allem in drei Punkten: Wir
359 möchten ihn strategisch stärker auf **Nachhaltigkeit** ausrichten, die **Beteiligung** der Menschen
360 verbessern und die Förderung auf die **kernbetroffenen Regionen** konzentrieren. Landesmaßnahmen
361 zum Strukturwandel wollen wir transparent und vor allem gemeinsam mit den Kommunen und den
362 Menschen in den Revieren entwickeln. Schwerpunkte der Projekte sollen die **Verbesserung der**
363 **sozialen Daseinsvorsorge** und die **Stärkung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sein. Dazu
364 gehört auch die Elektrifizierung der Schienenstrecke Dresden – Görlitz, die unbedingt in die Liste der
365 Strukturwandelprojekte des Bundes aufgenommen werden muss.
366 Wir entwickeln ein **Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche**, weil wir finden, dass die
367 zukünftigen Generationen ein Recht darauf haben, ihre Region mitzugestalten. Wir wollen, dass in den
368 künftigen Förderperioden ab 2027 für jedes Revier ein Mindestanteil bei den Strukturwandelprojekten
369 vorgeschrieben wird, der maßgeblich von oder wenigstens mit Kindern und Jugendlichen entwickelt
370 wird.

371
372 Der Erfolg des Strukturwandels in den Kohlerevieren hängt nicht in erster Linie davon ab, ob neue
373 Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern davon, ob die Regionen attraktiv für Fachkräfte sind.
374 Schon jetzt wird der Strukturwandel behindert, weil es an Fachkräften fehlt und die Bevölkerung
375 schrumpft und altert. Wir wollen **gemeinsam mit dem Land Brandenburg** eine **Fachkräftestrategie**
376 **entwickeln**. Wir wollen Initiativen finanziell und ideell unterstützen, die Menschen zur Rückkehr in
377 die Lausitz zu ermutigen und ihnen damit die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen, Fertigkeiten und
378 Kenntnisse für die weitere Entwicklung der Region einzusetzen. Wir lehnen es bei der
379 **Unternehmensförderung** ab, dass die Kohleunternehmen privilegiert behandelt werden. Wir werden
380 die Förderung stattdessen **auf kleine und mittelständische Unternehmen** ausrichten.

381
382 Durch den Braunkohletagebau sind zahlreiche Probleme entstanden: ein gerstörter Wasserhaushalt,
383 Verfärbung der Spree, unvorhersehbare Bodenabsenkungen. Die Wiederherstellung der Landschaft
384 wird Jahrzehnte dauern, vermutlich sogar bis nach 2100. Wir stellen sicher, dass die Kosten für die
385 Renaturierung transparent gemacht werden und einzig und allein der Verursacher dafür haftet: die
386 EPH-Gruppe und ihre Tochter-Firmen wie LEAG und MIBRAG.

387 Energieversorgung

389
390 Wir wollen die Betriebe in Sachsen ebenso wie die Menschen mit **günstiger und klimaschonender**
391 **Energie** versorgen. Zunächst gilt es, Verschwendung zu verhindern und **Energie zu sparen**. Dafür
392 entwickeln wir eine für alle Sektoren spezifische Energieeinsparstrategie. Den verbleibenden
393 Energiebedarf wollen wir möglichst **vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen** decken. Vor
394 allem Windenergie- und Dachsolaranlagen eignen sich als Grundlage für eine einheimische,
395 dezentrale Energieversorgung, wenn zugleich die nötigen Speicherkapazitäten geschaffen werden.
396 Dafür ist noch viel zu tun, denn noch immer ist Sachsen eines der Schlusslichter beim Ausbau der
397 erneuerbaren Energien. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wind- und
398 Solarenergieanlagen deutlich schneller gebaut werden können.

399
400 Das heißt aber nicht, dass wir einen Wildwuchs beim Ausbau der Anlagen zulassen wollen. Die
401 Landes- und Regionalplanung muss den Ausbau endlich wieder steuern! Dazu wollen wir so schnell
402 wie möglich den **Landesentwicklungsplan anpassen** und raumplanerische Vorgaben zum Ausbau
403 von Infrastrukturen der Energiewende öfter als bisher aktualisieren. **Windräder in Wäldern sollen**
404 **seltene Ausnahme bleiben**. Es gibt genügend andere Flächen, die für Anlagen in Frage kommen. Die
405 ohnehin geschädigten Wälder sollten nicht darunter leiden, dass die CDU die Energiewende in
406 Sachsen so lange blockiert hat.

407
408 Wir setzen uns für eine Solardachpflicht für alle Gebäude in Sachsen ein, die neu entstehen.
409 Bestehende Gebäude sollen möglichst nach und nach verpflichtend mit Solarenergieanlagen
410 ausgestattet und/oder als Gründächer gestaltet werden. Öffentliche Gebäude müssen dabei Vorreiter
411 sein. Bei Freiflächenanlagen wollen wir vor allem „**Agri-Photovoltaik-Anlagen**“ fördern und nur die
412 Installation von naturverträglichen Anlagen zulassen. Die Installation von Solaranlagen auf
413 Waldflächen und in gesetzlich geschützten Biotopen werden wir ausschließen. Anlagen auf
414 landwirtschaftlichen Flächen werden wir in ihrer Größe beschränken. Die Energiewende darf nicht

415 dazu führen, dass wir noch mehr unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen und unserer biologischen
416 Vielfalt verlieren!

417
418 Es wird uns nur dann gelingen, Wind- und Solarenergieanlagen im nötigen Umfang auszubauen, wenn
419 wir **die Leute vor Ort einbeziehen**. Wir wollen die Menschen stärker an der Energiewende teilhaben
420 lassen. Mit einem **Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz** werden wir die Voraussetzungen dafür
421 schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Anwohner:innen finanziell profitieren,
422 wenn Anlagen vor Ort errichtet werden.

423
424 Die **Umstellung der Wärmeversorgung** auf eine regenerative Basis wird eine der zentralen sozial-
425 ökologischen Herausforderung in den nächsten Jahren. Statt individuelle Lösungen für jedes Haus
426 streben wir - dort, wo es möglich ist - quartiers- bzw. gemeindeübergreifende Lösungen an.
427 Großwärmepumpen können eine zentrale Rolle der künftigen Wärmeversorgung übernehmen und
428 müssen entsprechend gefördert werden. Die Kommunen müssen bei der Umstellung der
429 Wärmeversorgung finanziell unterstützt werden, damit Heizkosten für alle bezahlbar sind. Zudem
430 wollen wir Ansprechstellen für Unternehmen und Hausbesitzer:innen zur Umstellung der
431 Wärmversorgung in jeder Gemeinde einrichten.

432
433 Energetische Sanierungen und Umbauten von Gebäuden und Wohnungen dürfen nicht dazu führen,
434 dass Menschen finanziell belastet werden. Wir wollen sozial-gerechte Förderprogramme, die
435 insbesondere Mieter:innen vor Mietpreissteigerungen schützen. Wir werden energetische
436 Sanierungsmaßnahmen dort beschleunigen, wo besonders viele Mieter:innen mit geringen
437 Einkommen leben. Wir treten für die **warmmietenneutrale Sanierung** ein, bei der die Kosten der
438 Maßnahmen nur so weit auf die Mieter:innen umgelegt werden dürfen, wie diese durch die Sanierung
439 bei den Energiekosten sparen. Dies gilt auch für den Austausch alter, fossiler Heizungsanlagen. Der
440 Einbau einer Heizung mit erneuerbarer Energie darf für Mieter:innen und Eigenheimbesitzer:innen
441 nicht teurer sein als der Einbau einer neuen Öl- oder Gasheizung!

442
443 Wir werden so schnell wie möglich einen **Härtefallfonds für Energieschulden** einrichten, die durch
444 die jüngste Energiekrise entstanden sind. **Strom- und Gassperren** wollen wir **abschaffen**.
445 Niemandem darf wegen Energieschulden der Strom abgestellt oder der Rauswurf aus der Wohnung
446 angedroht werden! Stattdessen wollen wir die **staatliche Preiskontrolle für Strom** wiedereinführen
447 und Energieversorger zum Angebot ökologischer Sozialtarife verpflichten.

448
449 Die **Strompreise müssen sinken**. Dies gelingt nur, wenn das Abgabe- und Umlagesystem verändert
450 und ein **neues Strommarktdesign** eingeführt wird, das die Preisvorteile der erneuerbaren Energien an
451 die Verbraucher:innen weitergibt. Dafür werden wir uns gegenüber dem Bund und in der
452 Europäischen Union einsetzen.

453
454 Wir unterstützen den Einsatz von **Wasserstoff** dort, wo diese Technologie ökonomisch und
455 ökologisch sinnvoll ist. Bei Autos oder Heizungsanlagen ist dies in der Regel nicht der Fall. Die
456 dazugehörige Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Wenn Wasserstoff eingesetzt wird, ist
457 langfristig nur der Einsatz von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien vernünftig. Wir wollen
458 dabei den Wasserstoff, den wir für unsere Industrien benötigen, möglichst vor Ort erzeugen, um
459 unsere Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dabei müssen jedoch auch die Umweltbelastungen
460 in den Blick genommen werden, die mit der Herstellung von Wasserstoff verbunden sind. Das gilt
461 insbesondere für Regionen, denen Wassermangel droht. Infrastruktur für Erdgas darf nur dann neu-
462 oder ausgebaut werden, wenn konkret dargelegt wird, unter welchen Bedingungen die Anlagen in
463 absehbarer Zeit für den Einsatz von Wasserstoff umgerüstet werden können.

464
465 Die jüngste Energiekrise hat einmal mehr deutlich gezeigt, wie abhängig Deutschland in seiner
466 Energieversorgung vom Ausland und vom Profitstreben privater Konzerne ist. Deswegen wollen wir
467 unsere Energie vor allem dezentral und regenerativ in Sachsen selbst erzeugen, aber auch die dafür
468 notwendige **Infrastruktur in öffentlicher Hand** behalten. Nur so können wir sicherstellen, dass die
469 Gesellschaft die Energiepreise und die Nachhaltigkeit der Produktion kontrolliert. **Einheimische**
470 **Energieerzeugung** heißt zugleich: Arbeitsplätze in Sachsen. Wir werden eine **sächsische**
471 **Energiegesellschaft** gründen, mit der wir die Energiewende im Freistaat sozial gerecht voranbringen.
472 Die Gründung regionaler Energieagenturen werden wir unterstützen.

473
474

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz

„Die Agrarwirtschaft produziert Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe. Die Landwirtinnen und Landwirte sind für Sachsen, insbesondere für den ländlichen Raum, unverzichtbar. Sozial-, Umwelt- und Tierschutzstandards in der Agrarwirtschaft sollen Rahmen und nicht Hemmnis der Entwicklung sein. Faire globale Handelsbeziehungen und eine Agrarwirtschaft im Einklang mit natürlichen Ressourcen und funktionsfähigen Ökosystemen sind deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir wollen eine strukturreiche, vielfältige Landwirtschaft. Landwirtinnen und Landwirte sollen stärker von regionalen Wirtschaftskreisläufen profitieren. Ein größerer Teil ihrer Produkte sollte direkt im Hof nebenan oder Supermärkten der Region verkauft oder frisch in Kita-, Schul- oder Krankenhausküchen zu gesundem Essen verarbeitet werden. Stabile Lieferbeziehungen stärken die Bäuerinnen und Bauern, erhöhen die regionale Identität und vermeiden Transporte, die Kosten verursachen und dem Klima schaden.

In grünen Berufen verdient man immer noch unterdurchschnittlich. Mit Milch- und Fleischpreisen auf Ramschniveau wird ein guter Lohn unerreichbar bleiben. Deshalb muss die Marktdominanz der Lebensmittelriesen wie Aldi und Rewe, der Mega-Molkereien und der großen Schlachthöfe reduziert werden, um die **Verhandlungsmacht der Bäuer:innen zu stärken**. Wir wollen dagegen regionale, genossenschaftlich organisierte Erzeugergemeinschaften und Selbstversorgungsstrukturen wie die solidarische Landwirtschaft – auch in der öffentlichen Versorgung – fördern, sie auf dezentrale Verarbeitung und Eigenvermarktung setzen. Die Vorgabe von **Mindesterzeugerpreisen** beispielsweise für Milch und Fleisch wollen wir unterstützen.

Wir wollen die **Lebensmittelverschwendung beenden**, wie sie bislang leider in allen Unternehmen entlang der Lieferkette praktiziert wird. Dort setzen wir an: Wir wollen von Frankreich lernen und es in Sachsen gesetzlich untersagen, Lebensmittel im Einzelhandel wegzuerwerfen. Stattdessen werden wir die Pflicht einführen, unverkaufte Produkte zu spenden, in der Landwirtschaft zu nutzen oder zu Tierfutter zu verarbeiten.

Für den weltweiten Fleischkonsum werden immer noch tropische Wälder abgeholzt, die als grüne Lunge unseres Planeten unverzichtbar sind. Auch hierzulande führt die Fleischproduktion zu belasteten Böden und Gewässern oder schlechten Zuständen in manchen Ställen und Schlachthöfen. Der starke Einsatz von Medikamenten, besonders von Antibiotika, bei der Haltung von Nutztieren gefährdet die menschliche Gesundheit. Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen! Es braucht eine **bodengebundene Tierhaltung**, bei der ausreichend Fläche zur Verfügung stehen muss, um das Futter zu erzeugen und die Gülle auszubringen.

Die industrialisierte Nutztierhaltung führt millionenfach zu schwerem Tierleid. Zu viele Tiere leben auf engstem Raum, können sich nicht bewegen und haben keinen Zugang zum Freien und zu Tageslicht. Zudem werden vielfach ohne Betäubung Amputationen durchgeführt. Das ist ethisch und tierschutzrechtlich nicht hinnehmbar. Solche Zustände akzeptieren wir nicht länger! Eine Transformation der Agrarwirtschaft ist nötig, die Kosten dafür dürfen aber keinesfalls allein den Landwirt:innen und den Verbraucher:innen aufgebürdet werden. Wir setzen uns dafür ein, die Landesförderung für **tiergerechte Haltungssysteme** auf alle Tierarten und Haltungsformen auszudehnen. Lebendtiertransporte wollen wir einschränken, die Kontrollen verstärken und Schlachtungen dezentral ermöglichen. Wir wollen außerdem weg von Qual- und Hochleistungszuchten hin zu robusten Mehrnutzungsrassen.

Die Landwirtschaft leidet immer öfter unter Hitze und Dürre, deshalb liegt Klimaschutz in ihrem ureigenen Interesse. Dazu wollen wir den Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln auf dem Feld verringern und **boden- wie wasserschonende Techniken fördern**. Wir plädieren aber auch für innovative, verbundene Landnutzungsformen wie die Bewirtschaftung wiedervernässter Moore (Paludikulturen), die Erzeugung von Strom auf Agrarflächen (Agri-Photovoltaik) und die Kombination von Bäumen und Sträuchern mit Ackerflächen (Agroforstwirtschaft). Diese Methoden verbessern die Klimabilanz der Agrarwirtschaft und wirken ökologisch mehrfach positiv, erwirtschaften aber zugleich auch zusätzliche Einnahmen für die Betriebe.

Die Forstwirtschaft trifft der Klimawandel ebenfalls hart. Trockenheit, Waldbrände und Schädlingsbefall setzen dem Wald zu. Das Ökosystem Wald kann nur langfristig stabilisiert werden, wenn zügig der **Umbau zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern** angegangen wird, die sich durch standortgerechte, altersgemischte Baumarten und einen artenreichen Wildbestand

535 auszeichnen. Diese Jahrhundertaufgabe sprengt kleinteilige Eigentumsstrukturen. Deshalb ist die
536 Zusammenarbeit in Forstbetriebsgemeinschaften zu fördern. Waldrodungen zur Errichtung von
537 Freiflächen-Photovoltaikanlagen lehnen wir ab.

538
539 Auch nach der Verlängerung der Zulassung von Glyphosat durch die EU halten wir an unserem Ziel
540 fest: Ganz **Sachsen soll glyphosatzfrei werden!** Wir wollen den Einsatz dieses hochgiftigen
541 Totalherbizids verbieten – auf privaten, staatlichen, kommunalen und landwirtschaftlichen Flächen!
542 Bis dahin gilt es, die bestehenden Beschränkungen der Anwendung zu erweitern und freiwillige
543 kommunale oder privatwirtschaftliche Initiativen zur pestizidfreien Flächenbewirtschaftung zu
544 fördern.

545
546 Neuerlich wird in der EU über neue Gentechnikverfahren debattiert: mittels der Genschere
547 CRISPR/Cas werden Manipulationen am Erbgut von Pflanzen und Tieren vorgenommen. Global
548 agierende Agrochemiekonzerne drängen immer stärker auf einen erleichterten Marktzugang. Für uns
549 steht fest: Gentechnik erlöst uns nicht von den weltweiten Ernährungsproblemen. Für den Hunger
550 sind die ungerechte Verteilung von Reichtum, Kriege und der unfaire Welthandel verantwortlich. Die
551 sogenannte „Grüne Gentechnik“ bringt dagegen die Biodiversität in Gefahr. Außerdem macht sie
552 Produzenten auf verhängnisvolle Weise abhängig von Konzernen. Wir lehnen die sogenannten
553 „genomischen Techniken“ genauso strikt ab wie Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere oder anderes
554 Leben. Die EU plant, dass ein Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) nicht mehr
555 gekennzeichnet werden muss – das wollen wir verhindern! Das Vorsorgeprinzip muss Vorrang vor
556 dem Innovationsprinzip erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass Sachsen endlich dem Netzwerk
557 „Gentechnikfreie Regionen in Europa“ beitrifft und verbindlich erklärt, dass es in Sachsen auch künftig
558 **keine „grüne Gentechnik“ auf dem Acker und keine CRISPR-Tiere im Stall** geben wird.

559
560 Boden ist ein begrenztes und deshalb begehrtes Gut – knapper werdende Flächen lassen die Preise
561 explodieren. Deshalb fordern wir für Sachsen ein **Agrarstrukturgesetz**, das zum Einen den Anstieg
562 der Pacht- und Kaufpreise von Flächen dämpft und zum Anderen die Flächenkonzentration von
563 Agrarbetrieben begrenzt. Damit die Eigentumsvielfalt an Boden in Sachsen erhalten bleibt, müssen
564 außerlandwirtschaftliche Investoren zurückgedrängt und Anteilskäufe an Betrieben angezeigt werden.

565
566 Boden in der Landwirtschaft wird auch deshalb immer knapper, weil immer mehr Flächen für Verkehr,
567 Siedlungsbau oder Rohstoffgewinnung in Anspruch genommen, zuletzt knapp 6 Hektar pro Tag.
568 Dabei verlieren die Landwirtschaft und der Naturschutz gleichermaßen. Dieser Trend muss
569 durchbrochen werden. Sachsenweit wollen wir den Flächenverbrauch verringern, indem wir das
570 Flächenziel bei der **Bodenversiegelung schrittweise auf netto Null** begrenzen. Dieses Ziel lässt sich
571 nur erreichen, wenn zunächst die Datenlage verbessert wird, um bewerten zu können, wie viele und
572 welche Flächen neu in Anspruch genommen und versiegelt werden und welches Potenzial es bei der
573 Innenentwicklung gibt. Erst aus diesen Daten kann ein wirksames Handlungsprogramm abgeleitet
574 werden, mit dem sich die Inanspruchnahme von Flächen in Sachsen reduzieren lässt. Die Einhaltung
575 muss danach regelmäßig kontrolliert werden.“

576
577 Die Artenvielfalt in unserer Natur, die genetische Vielfalt und die Vielfalt des Ökosystems nimmt
578 immer weiter ab. Über zwei Drittel der europarechtlich geschützten Arten in Sachsen sind in einem
579 ungünstigen oder schlechten Erhaltungszustand. Zudem sind knapp 70 Prozent der Lebensräume in
580 einem schlechten bis unzureichenden Erhaltungszustand. Kein Wunder: Zwischen 2000 und 2022
581 wurden 355 Anträge auf Herauslösung von Flächen aus Landschaftsschutzgebieten in Sachsen
582 genehmigt. Dies betraf eine Fläche von insgesamt 1028 Hektar. Die bisherigen Maßnahmen zur
583 Umsetzung der europäischen NATURA2000-Richtlinie sind ins Leere gelaufen. Der bisherige
584 Negativtrend setzt sich fort. Für mehr als zwei Drittel der Europäischen Vogelschutzgebiete (Special
585 Protection Areas - SPA) wurden noch immer keine konkreten Maßnahmen beschlossen, um die
586 Schutzziele zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und Pflanzen zu
587 erreichen. Zudem gibt es noch immer kein flächendeckend engmaschiges, wirksames
588 Biotopverbundnetz und kein kommunales Vorkaufsrecht im Wald-, Wasser- und Naturschutzrecht.
589 Das müssen wir ändern. Sachsen hat derzeit 1,1 % seiner Landesfläche als Prozessschutzfläche
590 ausgewiesen, davon aber nur 0,7 % als Wildnisfläche. Damit bleibt Sachsen klar hinter den Zielen der
591 Nationalen Biodiversitätsstrategie zurück. Wir wollen den Anteil der sächsischen Wildnisfläche
592 entsprechend der Nationalen Biodiversitätsstrategie auf 2,0 % erhöhen.

Wir wollen die Umweltverwaltung stärken und insbesondere die fachliche Qualifikation wieder stärker berücksichtigen. Mitwirkungs- und Informationsrechte der Umweltverbände und der Öffentlichkeit wollen wir stärken.

Wir streben Naturschutz in allen Regionen Sachsens an. Die Ziele von Nationalparks und Naturschutzgebieten müssen erreicht werden. Die Stadtnatur wollen wir erhalten-und ausbauen, Blühstreifen in Städten und Dörfern einrichten und Außengelände öffentlicher Einrichtungen sowie Schul- und Kitagelände naturnah gestalten. Wir werden ein Programm zur Wiederbegrünung und Renaturierung von Gemeindeflächen im Freistaat organisatorisch und finanziell unterstützen.

Klima

In den vergangenen Jahren haben auch die Sachsen immer häufiger Unwetter, Überschwemmungen und Perioden extremer Hitze und Dürre erlebt. Den allermeisten Menschen ist klar: **Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde**, wenn wir ein lebenswertes Sachsen erhalten wollen. Allzu oft wird in diesem Zusammenhang behauptet, wir säßen alle im selben Boot. Tatsächlich herrscht auch in dieser Frage Ungleichheit: In Deutschland emittieren die reichsten 10 Prozent genauso viel Kohlendioxid wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Und der CO₂-Anteil der Reichen steigt weiter. Auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt: Während sich die einen in ihrem Pool abkühlen, können sich andere in engen Wohnungen nicht vor der extremen Hitze schützen. Gerade für ältere Menschen ist das ein erhebliches Risiko. So wichtig Klimaschutzmaßnahmen sind – sie wirken sich auf verschiedene Menschen unterschiedlich aus. Deshalb setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die Generationen- und Geschlechterfragen berücksichtigt.

Wir kämpfen für einen **Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder einseitig finanziell belastet**. Die nötigen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung müssen die Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern und nicht verschlechtern.

Wir werden ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, in dem wir sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Wir halten an dem Ziel des Pariser Klimaabkommens fest, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen und das bis dahin verbliebene CO₂-Budget nicht zu überschreiten. Dazu müssen in allen Bereichen die Bemühungen um den Klimaschutz verstärkt werden, sei es im Energie- oder Verkehrsbereich, im Gebäudesektor, in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Wir wollen regelmäßig überprüfen, ob die Ziele eingehalten werden. Bei Verfehlungen müssen die Sektoren zu Sofortmaßnahmeprogrammen verpflichtet werden.

Wir spüren die Folgen der Erderhitzung schon heute: Immer häufiger erleben wir extreme Wetterereignisse wie Starkregen, aber auch Dürren und die mit ihnen verbundenen Ernteaufschläge. Diesen Ereignissen müssen wir schon jetzt durch Klimaanpassung begegnen. Mit einem sächsischen **Klimawandelanpassungsgesetz** wollen wir Anpassungsstrategien für alle Sektoren verpflichtend festschreiben und zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern. Wir verfolgen dabei eine „**Vision Zero**“: Kein Mensch darf mehr aufgrund von Klimafolgen sterben, etwa durch extreme Hitze oder Kälte. Um dies Ziel zu erreichen, sind regelmäßige Risikoanalysen unverzichtbar, die ermitteln, welche Gruppen oder Regionen besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden. Aus den Ergebnissen der Studien müssen Aktionspläne abgeleitet werden, um den negativen Folgen entgegenzuwirken. Um besser auf Extremwetterereignisse vorbereitet zu sein, wollen wir die Präventionsmaßnahmen erweitern und die Frühwarnsysteme verbessern. Auf europäischer Ebene wollen wir die Förderung für Maßnahmen zur Klimaanpassung erhöhen.

Gerade für ältere Menschen und die Jüngsten unter uns wird Hitzeschutz in den Städten notwendig – dabei setzen wir auf den Ausbau von blau-grüner Infrastruktur: Fassadenbegrünung, Stadtumbau nach dem Motto „Bäume statt Beton“ und Wasserrückhaltmaßnahmen. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, um sozial ungleich verteilte Umweltbelastungen gezielt zu reduzieren.

Die **öffentliche Verwaltung** muss Vorbild werden, wenn es darum geht, den Klimaschutz voranzutreiben und präventiv Maßnahmen zur Klimaanpassung zu verwirklichen. Wir wollen die Kommunen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die dazu nötig sind. In möglichst allen sächsischen Gemeinden, mindestens jedoch in jedem Landkreis, werden wir Klimaschutzmanager:innen einsetzen,

653 die die Gemeinden vor Ort bei entsprechenden Planungen und Maßnahmen unterstützen und als
654 Ansprechpartner:innen für die Bevölkerung dienen.

655
656 Um die dauerhafte Versorgung mit sauberem Trinkwasser sicherzustellen, braucht es ambitionierte
657 Konzepte für eine ressourcenschonende und resiliente Wasserbewirtschaftung. Von zentraler
658 Bedeutung sind dabei neuartige Wassersysteme, die die Nutzung von Betriebswasser und die
659 Rückführung von getrennten Abwasserströmen zur weiteren Nutzung ermöglichen. Wir wollen daher
660 innovative Wasserinfrastrukturlösungen fördern und die Kooperation zwischen Unternehmen der
661 Siedlungswasserwirtschaft und Stadtentwicklung bzw. Regionalplanung unterstützen.
662 Damit bei der Planung und Verwirklichung großer Industrieprojekte die lokale und regionale
663 Versorgung mit Wasser geschützt wird, brauchen wir eine Priorisierung der Wasserversorgung in
664 Krisenzeiten. Die nachhaltige Wasserversorgung und damit die dauerhafte Versorgung der
665 Bevölkerung mit Trinkwasser hat oberste Priorität und darf dabei nicht gefährdet werden.
666 Im Freistaat Sachsen wurde lange eine Politik verfolgt, die auf überdimensionierte, zentrale
667 Abwasseranlagen in möglichst großen Zweckverbänden setzte. Damit verteilen sich die relativ hohen
668 Fixkosten solcher Systeme, die auch in ihrer Unterhaltung sehr teuer sind, auf wenige Abnehmer. Die
669 Linke setzt sich deshalb für die Förderung dezentraler Entsorgungskonzepte ein.
670 Die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung weiterhin in der öffentlichen Hand, also bei
671 Kommunen und Zweckverbänden zu belassen, ist ein wichtiges Ziel. Die Privatisierung der Aufgabe
672 selbst lehnen wir genauso ab wie den privaten Betrieb über Betriebsmodelle.

673
674 Die Abwasserbehandlung der Zukunft muss den Schutz von Flüssen, Seen sowie angrenzenden
675 sensiblen Ökosystemen gewährleisten. In Sachsen erreichten bei der letzten Erhebung im Jahr 2021
676 nicht einmal sieben Prozent der Fließgewässer einen guten ökologischen Zustand. Eine Hauptursache
677 für den schlechten Zustand der Gewässer ist die Einleitung von unbehandeltem oder unzureichend
678 behandeltem Abwasser.
679 Mikroschadstoffe wie Arzneimittel, Kosmetika, Pestizide und sonstige Chemikalien sollen nicht weiter
680 ungeklärt in die Gewässer geleitet werden. Deshalb setzt sich Die Linke dafür ein, eine vierte
681 Reinigungsstufe für Kläranlagen einzuführen und die produzierende Industrie nach dem
682 Verursacherprinzip an der Finanzierung zu beteiligen.

683 684 **Tourismus und Gastronomie**

685
686 Sachsen ist ein Land mit bezaubernden Landschaften und unzähligen Kulturschätzen. Millionen Gäste
687 aus dem In- und Ausland kommen jedes Jahr zu uns. Der Tourismus hat dadurch auch eine große
688 wirtschaftlich Bedeutung, besonders für die Kommunen. Gerade in strukturschwachen Regionen
689 bietet er eine Chance für ökonomische Entwicklung. Doch viele touristische und gastronomische
690 Betriebe stecken in Schwierigkeiten. Die Krise durch die Corona-Pandemie ist gerade erst
691 überwunden, nun müssen sie mit steigenden Kosten kämpfen, besonders für Energie. Auch der
692 Personalmangel ist ein wachsendes Problem. Wir als Linke wollen den **Tourismus stärken**. Dabei
693 denken wir nicht nur an die Gäste, die aus der Ferne zu uns kommen, sondern auch an die
694 sächsischen Familien, die im Freistaat Erholung suchen. Grundbedingung dafür, dass der Tourismus
695 wachsen kann, ist aus unserer Sicht der **Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs**, der
696 barrierefreie und attraktive Verbindungen bieten muss.

697
698 Die Linke setzt sich dafür ein, **Urlaub auch für Menschen mit geringem Einkommen** möglich zu
699 machen. Wir wollen **Tourismuseinrichtungen** mit Fördermitteln belohnen, wenn sie ein Kontingent an
700 Übernachtungsplätzen oder Freizeitangeboten für sozial Bedürftige zur Verfügung stellen. Auf diese
701 Weise können Urlaubs- und Erholungsplätze durch Ämter, aber auch durch Träger:innen der
702 Familienarbeit gezielt an Menschen vergeben werden, die sich solche Angebote sonst nicht leisten
703 könnten.

704
705 Wir wollen den **Tagestourismus ausbauen**. Bisher werden staatliche Fördermittel vor allem anhand
706 von Übernachtungs- und Bettenzahlen vergeben. An dieser Stelle muss die Tourismusstrategie
707 geändert werden.

708
709 Um den **Fachkräftemangel** in den Griff zu bekommen, braucht es praktische Modellversuche. Wir
710 setzen uns dafür ein, touristische und gastronomische Einrichtungen beim Erproben neuer, auch
711 **gemeinsamer Beschäftigungsmodelle** zu unterstützen. Kreative Lösungen müssen gefunden
712 werden, um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und touristische Einrichtungen so zu erhalten. Wo der

713 Markt touristische Einrichtungen nicht hervorbringen kann, sollen Landkreise oder Gemeinden solche
714 Einrichtungen auch selbst betreiben können. Sie könnten auf Fördermittel zurückgreifen, die von der
715 Europäischen Union zur Entwicklung ländlicher Regionen vergeben werden.

716
717 Aus unserer Sicht ist **überregionale Zusammenarbeit** entscheidend. Die Behörden dürfen einer
718 solchen Kooperation keine Hindernisse mehr in den Weg legen. Regionen wie die Lausitz oder das
719 Erzgebirge können auf diese Weise voneinander profitieren. Der Landestourismusverband kann diese
720 Prozesse koordinieren.

721
722 Wir fordern, dass die **Nachhaltigkeit** wegen ihrer großen Bedeutung für die Zukunft noch mehr in den
723 Mittelpunkt gestellt wird. Touristische und gastronomische Einrichtungen sollen Fördergelder
724 erhalten, wenn sie ihren Energieverbrauch reduzieren, weniger Abfall produzieren oder
725 wassersparende Komponenten einbauen. Der Rückstand im Bereich der Investitionen kann so
726 vermindert und die Ziele der Nachhaltigkeit erreicht werden. Unterstützung sollte den Betrieben auch
727 dabei gewährt werden, die Vorteile der **Digitalisierung** für sich zu nutzen.

728
729 Um **National- und Naturparks** zu schützen, setzt sich Die Linke dafür ein, die Besucherströme digital
730 zu steuern. Dabei müssen Einheimische, aber auch Besucher:innen gleichermaßen die Möglichkeit
731 haben, die Gebiete zu besuchen. Langzeitgästen sollten im Sinne der regionalen Tourismusförderung
732 größere Kontingente zugesprochen werden als Tagestourist:innen.

733
734 Sachsen sollte ein Zertifikat an diejenigen touristischen Einrichtungen verteilen, die die Daten ihrer
735 Kund:innen besonders gut schützen. Dieses Zertifikat sollen Einrichtungen erhalten, die nur die
736 nötigsten Daten erfassen und diese grundsätzlich auf Plattformen bearbeiten und speichern, die als
737 sicher eingestuft werden können. Dazu sind die Buchungssysteme zu überprüfen.

738 739 **Schlaglicht: Osten**

740
741 Trotz aller Jubelfeiern und Sonntagsreden ist es nicht zu übersehen: Viele Menschen in
742 Ostdeutschland, besonders in Sachsen, sind 34 Jahre nach der Vereinigung enttäuscht, unzufrieden
743 oder sogar wütend. Mehr als die Hälfte der Menschen in Sachsen hat noch immer das Gefühl, dass
744 Ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sind. Nicht einmal ein Drittel findet, dass die
745 Leistungen der Ostdeutschen angemessen gewürdigt werden. Jüngste Umfragen zeigen, dass die
746 Mehrheit der Ostdeutschen unzufrieden mit der Demokratie ist, so wie sie derzeit in Deutschland
747 funktioniert. Rechte Demagogen nutzen diesen Frust und lenken ihn auf Sündenböcke, um sich selbst
748 politische Macht zu verschaffen.

749
750 Aber wir sehen auch Zeichen der Hoffnung: Lange wurden jene, die auf Fehler und Ungerechtigkeiten
751 im Prozess der deutschen Vereinigung hinwiesen, als Ewiggestrige verunglimpft, die die DDR
752 wiederhaben wollten. Von den Ostdeutschen wurde verlangt, sie müssten sich schnellstmöglich in
753 jeder Hinsicht den Westdeutschen anpassen und ihre eigene Geschichte und Identität vergessen.
754 Damit ist endlich Schluss. **Selbstbewusste Ostdeutsche** verschaffen ihrer Perspektive in der
755 öffentlichen Debatte Gehör. Sie fragen, warum die Chance nicht genutzt wurde, die beiden deutschen
756 Staaten auf gleichberechtigte Weise mit einer gemeinsamen, neuen Verfassung zu vereinigen. Sie
757 verweisen auf den von der Treuhand organisierten Ausverkauf des Volksvermögens, die verheerende
758 Deindustrialisierung Ostdeutschlands und die folgende Massenarbeitslosigkeit, die das Leben von
759 Millionen Menschen zerstört und Wunden geschlagen hat, die bei vielen bis heute schmerzen. Sie
760 kritisieren zurecht, dass der sogenannte „Elitenwechsel“ nach 1990 nicht selten zweitklassige
761 Westdeutsche in Ämter hievte, während die Karrieren von Ostdeutschen zerstört und ihre
762 Lebensleistungen entwertet wurden. Wir stehen an der Seite dieser selbstbewussten Ostdeutschen.
763 Wir fordern, dass das **Treuhand-Unrecht endlich durch eine staatliche Kommission kritisch**
764 **aufgearbeitet** wird.

765
766 Ohne Zweifel geht es den meisten Menschen in Sachsen heute materiell besser als vor drei
767 Jahrzehnten. Sie können stolz darauf sein, was sie seit der Vereinigung in Sachsen gemeinsam
768 aufgebaut haben. Dennoch bestehen nach wie vor große Ungerechtigkeit im Verhältnis zwischen Ost
769 und West. Dank der Niedriglohnpolitik der dauerregierenden CDU liegt der Medianlohn in Sachsen
770 noch immer 600 Euro unter dem des Bundesdurchschnitts. Fast jeder fünfte sächsische Beschäftigte
771 arbeitet im Niedriglohnsektor. Hungerlöhne bedeuten aber auch Armutsrenten. Der jüngste
772 sächsische Sozialbericht verrät zudem, dass das durchschnittliche Geldvermögen der sächsischen

773 Haushalte 17000 Euro niedriger als der Bundesdurchschnitt, das Immobilienvermögen sogar nicht
 774 einmal halb so groß ist. Fast jeder fünfte Sachse besitzt überhaupt kein Vermögen! Anders als im
 775 Westen werden viele im Osten nichts erben. Für berechtigten Ärger sorgt auch, dass Ostdeutsche –
 776 wie vom „Elitenmonitor“ der Bundesregierung nachgewiesen – auch 34 Jahre nach der Vereinigung in
 777 Spitzenpositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert sind, besonders in Wirtschaft, Justiz und
 778 Wissenschaft.

779 Für uns als sächsische LINKE ist klar: Die Unzufriedenheit der Ostdeutschen lässt sich nicht durch
 780 Gesprächskreise beseitigen, sondern nur dadurch, dass **die bestehenden Ungleichheiten abgebaut**
 781 werden. Überall dort, wo der Staat selbst bestimmen kann, in Politik und Verwaltung, in Justiz und
 782 Wissenschaft, muss endlich eine angemessene Beteiligung von Ostdeutschen an den
 783 Führungsaufgaben durchgesetzt werden. Ostdeutschland und Sachsen müssen auch bei der
 784 Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen gerecht berücksichtigt werden. Das
 785 geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit in Halle darf nicht zum Trostpflaster für die
 786 Ostdeutschen werden, sondern muss ihren Ansichten und Interessen Gehör verschaffen. Wir wollen,
 787 dass **im Osten endlich die gleichen Löhne** gezahlt werden wie im Westen. Deshalb kämpfen wir für
 788 ein **Vergabegesetz**, das Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen zur Bedingung für öffentliche
 789 Aufträge macht. Wir setzen uns dafür ein, dass Tarife in Ost und West angeglichen werden. Gerade in
 790 Sachsen brauchen wir aber zunächst dringend mehr Tarifbindung und mehr Mitbestimmung in den
 791 Betrieben, um die Lage der Beschäftigten zu verbessern. In diesem Kampf stehen wir an der Seite der
 792 Gewerkschaften. Die Sächsinen und Sachsen arbeiten aktuell im Bundesschnitt schon mehr als alle
 793 anderen. Deshalb lehnen wir die Forderungen der CDU strikt ab, dass alle immer länger arbeiten
 794 sollen..

795 Gegen den Widerstand der Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat die Landesregierung es
 796 abgelehnt, dem „Härtefallfonds“ für Rentnerinnen und Rentner beizutreten, deren Ansprüche durch
 797 das Rentenunrecht der Vereinigung missachtet worden sind. Wir kämpfen dafür, nicht nur bei
 798 Härtefällen zu helfen, sondern einen **Gerechtigkeitsfonds** für alle Betroffenen aufzulegen, der das
 799 Rentenunrecht endlich vollständig ausgleicht. Wegen der niedrigen Löhne droht in Sachsen
 800 besonders vielen Menschen die Altersarmut. Wir fordern eine Mindestrente von 1200 Euro, um allen
 801 ein würdiges Leben zu ermöglichen.

802 Wir als sächsische LINKE setzen uns für die berechtigten Interessen der Ostdeutschen ein, ohne sie
 803 gegen andere Benachteiligte, etwa zugewanderte Menschen, auszuspielen. Und wir starren nicht in
 804 die Vergangenheit, sondern wollen einen **Aufbruch des Ostens in die Zukunft**. Die Ostdeutschen
 805 besitzen viele Erfahrungen und Kenntnisse, die sie dabei einbringen können: Wir fordern Medizinische
 806 Versorgungszentren nach dem Vorbild der **Polikliniken**, um die Gesundheitsversorgung in ländlichen
 807 Regionen zu sichern. Die Berufsausbildung mit Abitur wäre ein Weg, den Bedarf an Fachkräften
 808 besser zu decken. Wir wollen durch längeres gemeinsames Lernen an **Gemeinschaftsschulen** dafür
 809 sorgen, dass die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ein Ende findet.

810 Wir stehen vor großen Umbrüchen, hervorgerufen durch den Klimawandel, den Ausstieg aus der
 811 fossilen Energie, den klimaneutralen Umbau der Industrie und der stetig fortschreitenden
 812 Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen. Die Ostdeutschen haben schon einmal eine
 813 rücksichtslose, neoliberale Transformation der Wirtschaft erlebt. Viele blicken deshalb auf
 814 Veränderungen mit Skepsis. Wir werden dafür sorgen, dass Menschen in **Sachsen zu Gewinner:innen**
 815 **des Wandels** werden. Sachsen hat hierfür die besten Voraussetzungen: eine große industrielle
 816 Tradition, renommierte Universitäten und bestens ausgebildete Beschäftigte. Sachsen hat das
 817 Potential zum Vorreiter in Deutschland zu werden. Dafür brauchen wir Offenheit für moderne
 818 Technologien, vielfältige Lebensformen und Menschen, die zu uns nach Sachsen kommen wollen, um
 819 mit uns an der Zukunft zu arbeiten. Auch deshalb ist eine starke LINKE für Sachsen wichtig.

820
 821
 822
 823
 824

825 II. Soziale Daseinsvorsorge

826
827 Vorwort

828 829 Öffentliche Infrastruktur

830 **Wir wollen umsteuern und umverteilen gegen soziale Ungerechtigkeit!** Während Banken und
831 Konzerne auch in der Krise Gewinne in Milliardenhöhe einstreichen, wächst auch in Sachsen der
832 Abstand zwischen Arm und Reich. Mehreren hundert Einkommensmillionären stehen
833 Hunderttausende gegenüber, die im Niedriglohnbereich arbeiten. In manchen Landkreisen sind das
834 fast die Hälfte der Beschäftigten. Viele, die arbeiten, können nichts sparen – einige erben Reichtümer,
835 ohne etwas dafür zu leisten. Die Vermögensverteilung in Deutschland ist ein Skandal: Die reichsten 10
836 % besitzen mehr als zwei Drittel des Privatvermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung
837 gerade einmal gut 1 % besitzt – wenn sie überhaupt etwas besitzt und nicht vielmehr verschuldet ist.
838 Der Sparkassenverband befürchtet, dass bald 60 % aller Haushalte in Deutschland gezwungen sein
839 könnten, ihr gesamtes Monatseinkommen für die Lebenserhaltung auszugeben. 2021 war es noch
840 15%. Das hieße, dass mehr als die Hälfte der Deutschen nicht mehr sparen und damit Rücklagen oder
841 Vermögen bilden kann. Diese Menschen leben buchstäblich von der Hand in den Mund und müssen
842 sich Monat für Monat vor unvorhergesehenen Ausgaben fürchten. So eine krasse Ungleichheit hält
843 kein demokratisches Gemeinwesen dauerhaft aus. Deshalb wollen wir **umsteuern und endlich von**
844 **Oben nach Unten umverteilen. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen wollen wir**
845 **entlasten – Konzerne, Großverdiener und Vermögende hingegen endlich gerecht besteuern.**

846
847 Es ist die jahrzehntelange neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die für die wachsende
848 Ungleichheit verantwortlich ist, aber auch dafür, dass die öffentliche Infrastruktur vernachlässigt
849 wurde. Im Zeichen der „schwarzen Null“ wurden auf allen Ebenen „Schuldenbremsen“ eingeführt, die
850 sich jetzt als Investitionsbremsen erweisen. In Zeiten niedriger Zinsen und vergleichsweise hoher
851 Steuereinnahmen verzichtete der Staat darauf, sich Geld zu leihen, um es für sinnvolle
852 Zukunftsinvestitionen zu nutzen. Kitas, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Wohnungen
853 wurden nicht saniert oder neu errichtet, der Ausbau von Breitband-, Energie- und Wärmenetzen
854 verschleppt. Welch volkswirtschaftlicher Wahnsinn! Nun, da die Zinsen wieder steigen und die
855 Steuereinnahmen zurückgehen, stehen wir vor einem riesigen Investitionsstau im Bereich der
856 öffentlichen Einrichtungen. Auch für die dringend nötigen Investitionen in den Klimaschutz fehlt das
857 Geld. Weit schlimmer, als Kredite aufzunehmen, die sich tilgen lassen, weil sie sich auszahlen, ist es,
858 unseren Kindern ein Land mit veralteter und verrotteter Infrastruktur zu hinterlassen. Auch hier muss
859 zum Nutzen der volkswirtschaftlichen Entwicklung dringend umgesteuert werden: Die
860 „Schuldenbremsen“ im Bund und in Sachsen müssen gelöst werden, damit endlich vernünftig in die
861 Zukunft investiert werden kann. Zu den dafür erforderlichen Verfassungsänderungen sind wir bereit.
862 Außerdem ist eine deutliche Verlängerung der Tilgungsfristen nötig.

863
864 Für starke und zukunftsfähige öffentliche Infrastrukturen braucht es einen **leistungsstarken und**
865 **zukunftsfähigen Öffentlichen Dienst** in Sachsen. Der **Öffentliche Dienst** umfasst die Verwaltung und
866 die staatliche Daseinsfürsorge auf allen Ebenen in Sachsen. Von ihm hängt nicht nur in starkem Maße
867 unsere Lebensqualität ab, er ist auch dafür unverzichtbar, dass unser Rechtsstaat und unsere
868 Demokratie funktionieren. Wir wollen, dass er sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger
869 versteht. Es muss darum gehen, ihren Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir brauchen im
870 Öffentlichen Dienst eine **Kultur des Ermöglichens**. Den Menschen soll nicht gesagt werden, was
871 angeblich nicht geht, sondern gezeigt werden, wie es gehen kann.

872
873 Damit der Öffentliche Dienst seine Aufgaben erfüllen kann, muss die Politik die personellen,
874 sachlichen und finanziellen Bedingungen dafür schaffen. Nur wenn die Beschäftigten im Öffentlichen
875 Dienst motiviert und ausreichend ausgestattet sind, werden sie gute Arbeit für die Menschen in
876 Sachsen leisten. Zurecht erwarten die Beschäftigten **gute Arbeitsbedingungen und Löhne**. Wir
877 unterstützen die entsprechenden Forderungen der Gewerkschaften. Die Ergebnisse der
878 Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst sind zeit- und wirkungsgleich für die Landesbeamtinnen
879 und Landesbeamten umzusetzen. Es muss ein **modernes Personalvertretungsgesetz** auf den Weg
880 gebracht werden, das die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst und ihre
881 Mitbestimmungsrechte deutlich stärkt. Das Beförderungssystem muss fairer und geschlechtergerecht
882 gestaltet werden. Alle Beförderungsmöglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, um die Arbeit der
883 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wertzuschätzen und ihnen Möglichkeiten zur beruflichen
884 Weiterentwicklung zu bieten.

Nötig sind aber auch ausreichende **Möglichkeiten sich weiterzubilden**. Die Bediensteten verdienen mehr Zeit für ihre Qualifizierung und bessere Entwicklungschancen. Um Ausbildungs- und Arbeitsstätten gerade im ländlichen Raum attraktiv zu machen, müssen auch die weichen Standortfaktoren gesichert werden: so insbesondere die Kinderbetreuung, die Bildung, der Öffentliche Nahverkehr, die Kultur, die medizinische Versorgung und die digitale Infrastruktur. Es muss mehr Flexibilität dabei geben, Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zu integrieren. Auch im Öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen muss es mehr Menschen mit Migrationsgeschichte ermöglicht werden, eine Ausbildung zu machen und eine berufliche Perspektive zu finden. Leider sind die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zunehmend mit Unverständnis, Hass und sogar Gewalt in ihrem Dienst für die Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, so etwa durch sogenannte „Reichsbürger“. Wir müssen sie darum noch **besser unterstützen und gegen Anfeindungen und Übergriffe schützen**.

Der Freistaat Sachsen steht vor der Herausforderung, dass bis zum Jahre 2030 mehr als 40000 Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst ausscheiden werden. Es ist dringend erforderlich, neue Fachkräfte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen, ihn zu verjüngen und eine verbesserte Verwaltungskultur zu etablieren. Wir schlagen eine **Kommission zur Ermittlung des künftigen Personalbedarfs bis 2040** vor, die, wenn sie erfolgreich sein soll, spätestens im Jahre 2026 ihre Arbeit aufnehmen muss. Alle Staatsministerien und weitere sächsischen Behörden müssen die vorhandenen Personalentwicklungskonzepte evaluieren und sie endlich wirklichkeitsnah an die Entwicklung der Bevölkerung anpassen. Die Arbeitswelt wandelt sich, so etwa durch **neue Arbeitsformen und ein verändertes Selbstverständnis junger Beschäftigter** – dieser Entwicklung kann und darf sich auch der Öffentliche Dienst nicht verschließen. Das Verhältnis von Führung und Zusammenarbeit muss neu gedacht werden: Wir brauchen **weniger Hierarchie**, dafür mehr Kooperation auf Augenhöhe und Eigenverantwortung. Führungskräfte müssen sich als Vorbild und Stütze in den anstehenden Veränderungsprozessen verstehen. Deutlich ausgebaut werden sollte im nächsten Staatshaushalt der „Personalpool Demografie“ bei der Staatskanzlei, der es ermöglicht, flexibel und zeitlich begrenzt Stellen bei Ministerien zu schaffen, um Wissenstransfer zu ermöglichen oder besondere Aufgaben zu bewältigen.

Die in verschiedenen Staatsministerien angestoßenen **Ausbildungsoffensiven** müssen gebündelt und verstärkt werden. Wir als Linke wollen, dass die Zuständigkeit für die staatlichen Ausbildungsstandorte und Ausbildungseinrichtungen in Sachsen zentralisiert und beim Innenministerium oder der Staatskanzlei angebunden wird. **Der Freistaat Sachsen muss viel mehr als bisher in seine Auszubildenden investieren!** Es kann nicht sein, dass nicht genügend Wohnheimplätze zur Verfügung stehen oder Auszubildende monatelang warten müssen, bis ihnen die verauslagten Wohnkosten erstattet werden. Dass noch immer nicht in allem Wohnheimen W-LAN zur Verfügung steht, ist ein Armutszeugnis. Ein Azubi-Ticket macht nur dann Sinn, wenn man es auch nutzen kann, weil eine Verbindung mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu den Ausbildungsstandorten besteht. Deshalb müssen für entlegene, mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer oder gar nicht erreichbare Ausbildungssandorte, wie z.B. Bobritzsch, Rothenburg und Schneeberg, individuelle **Azubi-Shuttle-Verbindungen** geschaffen und mit den Trägern des Öffentlichen Personennahverkehrs vereinbart werden.

Der **Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID)** und weitere verantwortliche Organisationseinheiten im IT-Bereich des Freistaates Sachsen sind als leistungsfähige Dienstleister weiter auszubauen. Dabei sollen möglichst alle Beschäftigten bei Umstellungsprozessen nach den Methoden des Change Management mitgenommen werden – das bedeutet: informieren, qualifizieren, Support anbieten. Notwendig sind in allen Staatsministerien und Fachbehörden einheitliche Hard- und Software sowie IT-Sicherheitsstandards. Bereits vorhandene behördenspezifische Insellösungen müssen nach Möglichkeit wieder abgeschafft werden.

Kommunen

Die Städte und Gemeinden sind die kleinsten Zellen der Demokratie. In ihnen können die Menschen die Demokratie unmittelbar erleben und mitgestalten – wenigstens sollte es eigentlich so sein. Tatsächlich werden die Kommunen in Sachsen seit Langem nicht ausreichend finanziert. Sie sind kaum noch in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, geschweige denn die sogenannten „freiwilligen“ Aufgaben, die tatsächlich oft unverzichtbar sind, zum Beispiel in den Bereichen Wohnen,

945 Soziales und Kultur. **Daher müssen die Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und Kommunen eine**
946 **völlig neue Grundlage erhalten:** Sie müssen sich zukünftig am Bedarf der Kommunen orientieren und
947 regionale Besonderheiten berücksichtigen. Denn die Kommunen unterscheiden sich in Größe,
948 Bevölkerung und wirtschaftlicher Kraft. Die kommunale Selbstverwaltung muss als gelebte
949 Demokratie vor Ort wieder möglich und erfahrbar werden. Deshalb wollen wir durch eine
950 **Selbstverwaltungspauschale**, die nicht für Pflichtaufgaben verwendet werden darf, die kommunale
951 Autonomie wiederherstellen. Die Menschen müssen die Entscheidungen für ihre Heimatorte endlich
952 selbst treffen können. Dazu wollen wir die Kommunen auch ermutigen, **Bürger:innenhaushalte und**
953 **Bürger:innenbudgets** einzuführen, durch die Menschen selbst über die Verteilung von Geldern
954 entscheiden können. Wer mitentscheiden darf, fühlt sich dem Gemeinwesen stärker verbunden.
955 Demokratische Entscheidungen werden breiter akzeptiert und sind dadurch dauerhaft tragfähig. Wir
956 wollen die Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik stärken. Bislang sind gerade einmal 11%
957 der Bürgermeister:innen Frauen. Das Gleichstellungsgesetz und das Sächsische Inklusionsgesetz soll
958 auch auf kommunaler Ebene wirksam sein.

959
960 Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, eigenständig Politik betreiben zu können, statt nur
961 den Mangel zu verwalten. Das gilt insbesondere für die **kommunale Sozialpolitik**. Dazu wollen wir
962 Landeszuschüsse für kommunale Beschäftigungsprogramme und Sozialprojekte erhöhen. Wir fordern
963 die Einrichtung eines **landesweiten Netzes von Sozialberatungsstellen**, die Bürger:innen begleiten,
964 wenn sie Sozialleistungen beantragen und Unterstützungsangebote suchen. In Zusammenarbeit
965 zwischen Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und bürgerschaftlichen Initiativen sollen lokale Strategien
966 erarbeitet und umgesetzt werden, um die Armut zu bekämpfen und die soziale Teilhabe zu fördern.

967
968 **Die Förderlandschaft in Sachsen muss grundlegend umgestaltet werden:** Wir wollen weg von den
969 unzähligen Förderprogrammen mit ihren Eigenmittelvorschriften und Zweckbindungen, die einen
970 enormen bürokratischen Aufwand verursachen – hin zu einer kooperativen Aufgabenerfüllung. Dabei
971 muss gelten: Was ich bestelle, bezahle ich. Was wir gemeinsam wollen, bezahlen wir gemeinsam. Was
972 uns wichtig ist, entscheiden wir mit Blick auf die Bedeutung der Aufgaben und nicht danach, welche
973 Förderprogramme gerade verfügbar sind.

974
975 Die Kommunen sollen bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz Vorbilder sein und vorangehen können.
976 Daher fordern wir ein **verändertes Vergabegesetz**, das es erlaubt, kleine Aufträge regional zu
977 vergeben. Einen Entwurf für ein modernes Vergabegesetz hat die Linksfraktion im Sächsischen
978 Landtag bereits 2022 eingebracht. Es soll künftig dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge nur noch an
979 Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten anständig behandeln und bezahlen. Außerdem sollen
980 soziales und kulturelles Engagement sowie Engagement im Bevölkerungsschutz ebenso
981 berücksichtigt werden wie soziale, ökologische und finanzielle Folgewirkungen. Wir wollen, **dass alle**
982 **sächsischen Kommunen bis 2030 klimaneutral werden**. Dafür benötigen wir verpflichtende
983 Konzepte zur Verringerung des Energieverbrauchs, ökologisch nachhaltige Haushaltsplanung (Green
984 Budgeting) sowie die offene Beteiligung der Bürger:innen durch Klimaräte. Nur mit den Menschen,
985 nicht über ihre Köpfe hinweg, kann der Klimaschutz gelingen. Außerdem soll der Freistaat nach dem
986 Vorbild von Rheinland-Pfalz eine **Landeszentrale für Umweltaufklärung** schaffen.

987
988 Wir bleiben dabei: **Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge gehören vollständig in öffentliche**
989 **Hand, allen voran in die der Kommunen!** Wir kämpfen gegen weitere Privatisierungen. Wir lehnen es
990 ab, wenn kommunales Eigentum verschербelt werden soll, um Haushaltslöcher zu stopfen. In
991 Bereichen wie dem Wohnen und der Gesundheit darf es nicht darum gehen, Profite zu maximieren.
992 **Unser Leitbild sind kommunale Eigenbetriebe**, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen und unter
993 direkter Kontrolle der demokratisch gewählten Gemeindevertreter:innen stehen. **Ausgliederungen,**
994 **auch als hundertprozentige Tochterunternehmen, lehnen wir ab.** Sie verschlechtern oft nur die
995 Arbeitsbedingungen und die Leistungen. Eine Alternative stellt für uns nur das Modell der
996 Genossenschaft dar, an der die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.

997
998 Das Leben der Menschen spielt sich vor Ort in den Städten, Dörfern und Landkreisen ab. Dort finden
999 sie Heimat. Sie erfahren gesellschaftlichen Zusammenhalt oder eben auch nicht. In den Kommunen
1000 zeigen sich die sozialen Konflikte zuerst. Um die Institutionen der sozialen Versorgung insbesondere
1001 im ländlichen Raum langfristig zu sichern, bedarf es einer **besseren Vernetzung aller Akteurinnen**
1002 **und Akteure vor Ort**. Das beginnt beim zivilgesellschaftlichen Engagement und reicht bis zu den
1003 gemeinnützigen und regional verankerten privaten Leistungserbringern und Kostenträgern. Durch
1004 gemeinsames Handeln über Strukturen hinweg muss die Versorgung sichergestellt werden: so beim

1005 Wohnen, der Mobilität, den sozialen Diensten, der Pflege, der Medizin, den
1006 generationsübergreifenden Treffpunkten und denen für Kinder und Jugendliche, den Angeboten der
1007 Rechtspflege und in vielen anderen Bereichen mehr.

1008
1009 Um dies abzusichern, müssen zukünftig **Sozialräume** definiert werden. In diesen Sozialräumen muss
1010 Verantwortung gebündelt werden. So können die Spielräume für das Handeln vor Ort erweitert
1011 werden. Finanziell sichergestellt wird dies durch **Sozialraumbudgets**. Die demokratischen Gremien
1012 der Landkreise, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte sollen entscheiden dürfen, wie
1013 diese Mittel verwendet werden. Auf diesem Weg können die kommunalen Gebietskörperschaften
1014 besser als bisher auf regionale und lokale Defizite reagieren, insbesondere bei der sozialen
1015 Daseinsvorsorge. Die Mittel für die Sozialraumbudgets müssen dauerhaft garantiert und über den
1016 kommunalen Finanzausgleich verteilt werden.

1017
1018 **Die Infrastruktur in Dörfern und kleinen Städten muss gesichert werden!** Deshalb wollen wir, dass
1019 bestehende Läden und andere Einrichtungen gefördert werden. In kleinen Orten ist es für sie schwer,
1020 allein durch kommerziellen Erfolg zu überleben. Aber sie haben es verdient, vom Freistaat unterstützt
1021 zu werden, wenn sie weitere Aufgaben zugunsten des Gemeinwohls übernehmen: so etwa, wenn sie
1022 Produkte von regionalen Erzeuger:innen vermarkten, wenn sie Räumlichkeiten kostenfrei als
1023 Treffpunkt für die Ortsgemeinschaft oder für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stellen, oder
1024 wenn sie als Mittler zu Verwaltung für all jene fungieren, die Behördengänge nicht ohne Weiteres
1025 online erledigen können. Nur lebendige Dörfer und Städte mit funktionierender Infrastruktur können
1026 ihre Einwohnerschaft halten und attraktiv für neue Menschen werden.

1027
1028 Die Kommune, wie wir sie wollen, ist selbstbestimmt in ihrem Handeln. Sie wird von ihren Bürgerinnen
1029 und Bürgern gestaltet, die dabei von der Verwaltung nicht behindert, sondern unterstützt werden. Die
1030 kleinste Zelle unserer Gesellschaft muss wieder den Menschen gehören, die in ihr leben!

1031 Gesundheit

1032
1033 Seit Jahrzehnten wird das Gesundheitswesen unter Druck gesetzt, Profite zu machen. Wir aber
1034 sagen: **Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Recht – Menschen müssen über Profiten stehen!** Die
1035 medizinische Versorgung ist keineswegs besser geworden, seitdem sie den Gesetzen des Marktes
1036 überlassen wurde – im Gegenteil: In der Pflege fehlt es an Personal, Facharzttermine sind
1037 Mangelware, viele Menschen finden keinen Hausarzt mehr. Der Weg zum nächsten Krankenhaus wird
1038 immer länger, weil Kliniken aus Kostengründen geschlossen werden, obwohl die Menschen vor Ort sie
1039 dringend brauchen.

1040
1041 Die Lösung dieser Probleme sehen wir in einer **sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung**, die
1042 die Patient:innen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt, nicht den Profit. Daher wollen wir **alle**
1043 **Krankenhausstandorte in Sachsen erhalten**, wenn auch zum Teil mit verändertem Leistungsangebot,
1044 z.B. als 24-Stunden-Notfall-Poliklinik. Ersatzlose Schließungen lehnen wir ab, da in Sachsen bereits
1045 seit 1990 etwa ein Drittel der damals vorhandenen 112 Kliniken dichtgemacht wurden und weitere
1046 Schließungen die grundlegende medizinische Versorgung gefährden würden. **Polikliniken, ob mit**
1047 **Notaufnahme oder ohne, sind für uns im Osten eine bekannte Alternative, die stationäre und**
1048 **ambulante Versorgung intelligent verbindet**. Sie können zwar Krankenhäuser nicht völlig ersetzen,
1049 aber dennoch einen wertvollen Beitrag zur regionalen Gesundheitsversorgung leisten und den Mangel
1050 an Haus- und Fachärzten kompensieren. Wenn die Grundversorgung durch Krankenhäuser und
1051 Polikliniken in allen Regionen Sachsens gesichert ist, halten wir es für sinnvoll, Spezial- und
1052 Maximalversorgung an wenigen Standorten zu konzentrieren, die eine besonders hohe Qualität
1053 bieten.

1054
1055 Ob Kleinstadtkrankenhaus oder Universitätsklinik mit Maximalversorgung: **Der Freistaat muss endlich**
1056 **seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, Investitionen in die Modernisierung der**
1057 **Krankenhäuser ausreichend zu finanzieren**. Wir fordern eine konkrete gesetzliche Regelung der
1058 Investitionskostenzuschüsse. Zusätzlich wollen wir den Krankenhäusern **Zuschüsse für den Ausbau**
1059 **der Digitalisierung** gewähren. **Verboten werden sollen finanzielle Ausschüttungen aus dem Betrieb**
1060 **von Kliniken**. Ein Krankenhaus soll kostendeckend wirtschaften, gute Arbeitsbedingungen für seine
1061 Beschäftigten bieten und Patient:innen bestmöglich versorgen, aber nicht Aktionär:innen Dividenden
1062 einbringen oder Löcher in den Haushalten von Landkreisen stopfen!

1063
1064

1065 Uns ist bewusst, dass dies die privaten Krankenhauskonzerne abschrecken wird – und das ist auch
1066 gut so! Denn die Linke macht sich dafür stark, die Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand
1067 zurückzuführen. Kommunen und Landkreise, die diesen Schritt zur **Rekommunalisierung** gehen
1068 wollen, sollen durch einen **Rekommunalisierungsfonds** in Höhe von mindestens 100 Millionen Euro
1069 vom Freistaat unterstützt werden. Zusätzlich setzen wir uns für finanzielle Unterstützung durch den
1070 Bund ein.

1071
1072 Das bisherige Finanzierungssystem der Fallpauschalen setzt Fehlanreize und ist gescheitert. Wir
1073 begrüßen es daher, dass der Bundesgesundheitsminister nun endlich teilweise von ihnen abrückt,
1074 obwohl er vor 20 Jahren an ihrer Einführung beteiligt war. Doch wir fordern mehr: **Wir wollen**
1075 **individuelle, bedarfsgerechte und kostendeckende Budgets**, die jährlich zwischen den einzelnen
1076 Krankenhäusern und den Krankenkassen vereinbart werden. **Das ist finanzierbar, wenn die**
1077 **Krankenversicherung endlich solidarisch organisiert wird, sodass gilt: Eine für Alle!** Wir wollen die
1078 Zweiklassenmedizin überwinden und alle Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung
1079 aufnehmen. Außerdem setzen wir uns für eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ein. Die
1080 bewirkt, dass nur auf Einkommen bis zu einer bestimmten Obergrenze Beiträge abgeführt werden
1081 müssen. Alles darüber bleibt beitragsfrei. Das finden wir ungerecht, denn wer ein sehr hohes
1082 Einkommen erzielt, kann auch stärker zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen.

1083
1084 Mängel gibt es in Sachsen nicht nur bei der stationären Versorgung, sondern auch bei der ambulanten
1085 Versorgung mit Haus-, Fach- und Zahnarztpraxen, besonders im ländlichen Raum. Seit 2019 hat sich
1086 die Zahl der unbesetzten Hausarztstellen fast verdoppelt. Einige Maßnahmen wurden schon ergriffen.
1087 So ist es richtig, dass die Zahl der Studienplätze für Medizin erhöht und eine Landarztquote
1088 eingeführt wurde. Doch dies wirkt erst langfristig, wirksame Lösungen werden schon jetzt benötigt.
1089 Dringlich ist eine umfassende **Digitalisierung der Praxen**, die vom Freistaat finanziell unterstützt
1090 werden muss. In allen Bereichen der medizinischen Versorgung ist eine **Entbürokratisierung** nötig.
1091 Die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen sollten weniger Zeit für Formulare aufwenden müssen,
1092 um mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten zu haben. Weiterhin muss das Herstellen von
1093 Barrierefreiheit in den Praxen besser unterstützt werden. **Innovative Praxismodelle** wie
1094 Gemeinschaftspraxen, Praxisgemeinschaften, rollende Arztpraxen oder Gemeindeschwestern und -
1095 pfleger sind stärker zu fördern. Viele Ärzt:innen wollen in Teilzeit arbeiten, um Beruf und Familie
1096 besser miteinander vereinbaren zu können. Um die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten zu
1097 fördern, sind die sogenannten „**weichen Standortfaktoren**“ von großer Bedeutung: Überall in Sachsen
1098 müssen die Kinderbetreuung, der öffentliche Nahverkehr und die kulturellen Angebote gesichert
1099 werden. Wir wollen die **Anerkennung der Abschlüsse in Sachsen lebender ausländischer**
1100 **Ärzt:innen erleichtern und beschleunigen.**

1101
1102 Oft wird vergessen, dass eine Arztpraxis mehr ist als nur der Arzt oder die Ärztin. **Die Arbeit der**
1103 **Medizinischen Fachangestellten (MFA) muss aufgewertet und das Berufsbild durch Weiterbildung**
1104 **und Akademisierung gestärkt werden.** Entsprechende Studiengänge sollten eingerichtet,
1105 Hausbesuche durch Medizinische Fachangestellte gefördert werden.

1106
1107 Wir stehen für die **Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels „Gesund rund um die Geburt“.**
1108 Dabei sollen Schwangere, Mütter und Neugeborene umfassend und ganzheitlich betreut und versorgt
1109 werden. Dazu gehören Maßnahmen der Prävention und Früherkennung, die interdisziplinäre
1110 Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe sowie Information und Aufklärung. Besonders
1111 wichtig ist es dabei für uns, dass für die Menschen in Sachsen **flächendeckend und wohnortnah**
1112 **Geburtskliniken und -zentren sowie freiberufliche Hebammen** zur Verfügung stehen und somit die
1113 **Wahlfreiheit des Geburtsorts** sichergestellt wird. Denn die Versorgungslage in Sachsen ist auch hier
1114 leider zunehmend prekär. Eine Möglichkeit Schwangere, Mütter, Neugeborene und deren Familien,
1115 aber auch die Kliniken zu entlasten, sehen wir in der flächendeckenden Einrichtung
1116 **hebammengeleiteter Kreißsäle. Die Ausbildung der Hebammen ist zu verbessern**, indem mehr
1117 Studienplätze und zusätzliche Angebote der Weiterbildung geschaffen werden. Weiterhin setzen wir
1118 uns für die **Einrichtung einer Landesarbeitsgruppe „Hebammenversorgung“** ein, in der Hebammen
1119 und Landespolitik gemeinsam an der Verbesserung der geburtshilflichen Versorgung arbeiten.

1120
1121 **Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), neben stationärer und ambulanter Versorgung die dritte**
1122 **Säule des Gesundheitssystems in Deutschland, muss wieder gestärkt werden**, nachdem er
1123 jahrzehntelang vernachlässigt, ausgedünnt und kaputtgespart wurde. Denn er erfüllt – wie sich
1124 gerade erst während der Corona-Pandemie gezeigt hat – wichtige Aufgaben, u.a. im Bereich der

1125 gesundheitlichen Aufklärung und Beratung, beim Infektionsschutz sowie bei der Prävention. Um die
1126 Zusammenarbeit der lokalen Gesundheitsämter bei diesen Aufgaben zu koordinieren, benötigt
1127 Sachsen endlich ein **Landesgesundheitsamt**.

1128
1129 Wir wollen auch die **psychosoziale und psychiatrische Versorgung verbessern**. Die Zahl der
1130 psychischen Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren auch in Sachsen stark gestiegen – die Zahl
1131 der Therapieplätze aber nicht. Psychische Erkrankungen sind nicht nur ein individuelles, sondern auch
1132 ein gesellschaftliches Problem. Sie werden durch prekäre und überlastende Arbeitsverhältnisse,
1133 Armut, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verstärkt. Auch die gesamte Gesellschaft leidet,
1134 wenn Menschen dauerhaft krank werden und nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr arbeiten
1135 können – gerade in sozialen Berufen, wo die psychische Belastung besonders hoch ist. Obwohl
1136 Prävention sowie frühzeitige Intervention und Behandlung wichtig sind, um komplizierte
1137 Krankheitsverläufe zu verhindern, warten Betroffene oft lange auf einen kassenärztlichen
1138 Behandlungs- oder Therapieplatz, besonders im ländlichen Raum.
1139 Der **Dritte Landespsychiatrieplan** soll schnellstmöglich erscheinen und auch Antworten auf aktuelle
1140 Herausforderungen geben, etwa auf die Fragen, wie die Folgen der Corona-Pandemie bewältigt und
1141 Geflüchtete versorgt werden können. Wir setzen uns für eine **gewaltfreie, gemeindenahe**
1142 **psychiatrische und psychosoziale Versorgung und eine funktionierende Krisenintervention** ein.
1143 Zur besseren Koordination wollen wir eine „**Landesfachstelle Sozial-/Gemeindepsychiatrie**“
1144 einsetzen. **Innovative Behandlungskonzepte** sollen mit Modellprojekten gefördert werden. Wir
1145 möchten, dass **Genesungsbegleiter:innen** während der Behandlung eine größere Rolle spielen. Ihre
1146 Ausbildung wollen wir vorantreiben und finanziell absichern.
1147 Bei Legalisierung von Cannabis durch den Bundesgesetzgeber, wollen wir entsprechende
1148 **Kapazitäten der Suchthilfe ausbauen und spezielle Präventionsangebote insbesondere für Kinder**
1149 **und Jugendliche schaffen**.

1150
1151 Es gibt derzeit eine große Nachfrage nach Kuren, verstärkt wohl durch die Corona-Pandemie und ihre
1152 Folgen. **Kur- und Rehabilitationseinrichtungen müssen durch den Freistaat unterstützt werden, um**
1153 **Angebote zu erhalten und Kapazitäten auszubauen**.

1154
1155 Die Erderhitzung sorgt dafür, dass auch in Sachsen außergewöhnliche Wetterereignisse
1156 wahrscheinlicher werden. Jährlich sterben in Deutschland mehrere Tausend Menschen an den Folgen
1157 extremer Hitze. Der Freistaat soll sich durch einen **Landeshitzeschutzplan** besser darauf vorbereiten
1158 und Maßnahmen planen, die die Bevölkerung vor extremer Hitze schützen.

1159
1160 Die Gesundheitsversorgung für trans- und intergeschlechtliche Personen muss gesichert werden.
1161 Dazu wollen wir ein **Kompetenzzentrum für Gendermedizin** aufbauen, das zu einer
1162 geschlechtersensiblen Ausbildung, Lehre und Forschung in diesem Bereich beiträgt, und mehr
1163 Angebote der Aus- und Weiterbildung für die Heilberufe schaffen.

1164
1165 Alle Schwangeren sollen bei Bedarf ungehinderten und barrierearmen Zugang zu einer wohnortnahen
1166 und weltanschaulich neutralen **Schwangerschaftskonfliktberatung** haben. Im Falle der Entscheidung
1167 für einen Abbruch muss dieser ebenso ungehindert, barrierefrei und wohnortnah in einer Klinik oder
1168 Praxis durchführbar sein. Daher setzen wir uns dafür ein, auch in Zukunft ein flächendeckendes
1169 Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen nach Vorgaben des
1170 Schwangerenkonfliktgesetzes zu sichern. Da Schwangerenberatung eine gesetzlich vorgeschriebene
1171 Pflichtaufgabe ist, die zudem hochqualifizierter Fachkräfte bedarf, muss sie auch vollständig vom
1172 Staat finanziert werden.

1173
1174 Wir setzen uns für eine **Stärkung der HIV-Prävention** ein. Schwerpunktpraxen sind derzeit überlastet,
1175 in manchen Regionen fehlen sie völlig. Wir wollen den Zugang zur Präexpositionsprophylaxe
1176 erleichtern, indem den Gesundheitsämtern diese Aufgabe übertragen wird. Dadurch können
1177 Ärzt:innen sich auf therapeutische Maßnahmen für die Betroffenen konzentrieren. Modellprojekte wie
1178 „Checkpoint plus“ der Aidshilfe Dresden wollen wir fördern.

1179 1180 Pflege

1181
1182 Über 300.000 Menschen in Sachsen sind pflegebedürftig. Weil die sächsische Bevölkerung im
1183 bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich alt ist, wird sich diese Zahl noch erhöhen. Gleichzeitig
1184 sinkt die Zahl der Berufstätigen in der Pflegebranche, obwohl in Zukunft eigentlich mehr Pflegende

benötigt werden. Die Inflation treibt die Kosten für die Pflege nach oben, viele Pflegebedürftige können sie nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Dass die Löhne für die in der Pflege Beschäftigten in den vergangenen Jahren gestiegen sind, ist erfreulich. Dennoch liegen sie in Sachsen noch immer unter dem Niveau im Westen der Republik. Die Arbeitsbelastung in Zeiten der Corona-Pandemie war hoch, sie könnte durch den Fachkräftemangel sogar noch wachsen.

Die Politik muss sich endlich darum kümmern, die Menschen zu entlasten, die in der Pflege beschäftigt sind. Nötig sind bessere Arbeitsbedingungen und eine Anpassung des Lohnniveaus an das höhere Niveau im Westen, mindestens aber 3000 Euro brutto im Monat. Digitalisierung, Entbürokratisierung und technische Pflegeunterstützung müssen dazu genutzt werden, den Beschäftigten ihre Arbeit zu erleichtern. Zudem sollte ihnen Fort- und Weiterbildung erleichtert und gesundheitliche Prävention ermöglicht werden. **Es gelingt derzeit nicht, genügend Fachkräfte für die Pflege auszubilden oder zu gewinnen – das muss sich ändern.** Wir wollen mehr Plätze in Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Anpassungsqualifizierungen schaffen. Die Kosten für die Ausbildungsvergütung sollten durch den Freistaat übernommen werden. Außerdem muss er finanzielle Anreize bieten, eine Ausbildung, Weiterbildung oder Qualifizierung in der Pflege aufzunehmen. Wir wollen eine einjährige, **landesrechtlich anerkannte Pflegeassistentenausbildung einführen.**

Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wird jedoch **von Angehörigen oder nahestehenden Personen zu Hause gepflegt. Diese gilt es, besser zu unterstützen.** Pflegenden sollten sich vom Beruf mit einem Recht auf Rückkehr freistellen lassen können, wie dies beim Mutterschutz bereits garantiert ist. Sie sollten Entgeltersatzleistungen erhalten und ihre Pflegezeiten rentenrechtlich – ähnlich wie Erziehungszeiten – angerechnet bekommen. Außerdem sollten ihnen Beratungs- und Weiterbildungsangebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung zur Verfügung stehen. Die Mehrzahl der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Unser Ziel ist eine **geschlechtergerechte Verteilung auch dieser Sorgearbeit.**

Grundsätzlich sollte gelten, dass die häusliche bzw. ambulante Pflege Vorrang vor der stationären Unterbringung hat, damit Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Dazu wollen wir die **Nachbarschaftshilfe als niedrigschwellige Entlastungshilfe für Pflegebedürftige sowie andere alternative Formen der ambulanten Pflege wie Quartierspflege oder sorgende Gemeinschaften stärken.** Ebenso ist eine **Öffnung der Krankenhäuser für die Übergangs- und Kurzzeitpflege** zu prüfen.

Wir wollen in Sachsen eine **regional differenzierte Pflegebedarfsplanung** einführen, auf deren Grundlage ein **Landespflegekonzept** erstellt werden soll. Diese regionale Bedarfsplanung soll alle wesentlichen Bereiche wie notwendige Kapazitäten, Fachkräfteangebot und Nachwuchssicherung sowie bestehende Pflege- und Präventionsangebote erfassen und analysieren. Weiterhin gilt es, ein flexibles sektorenübergreifendes und **transparentes Leistungs- und Abrechnungssystem für die ambulante Pflege** zu schaffen. Die Leistungen der mobilen Pflegedienste sollen nach Zeitaufwand vergütet und auch Fahrtkosten berücksichtigt werden.

Die Interessen von Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen sowie der in der Pflege Beschäftigten brauchen mehr Gehör! Deshalb wollen wir eine:n **Landespflegebeauftragte:n** einsetzen, der vom Landtag gewählt wird und sich um die Wahrung dieser Belange kümmert.

Die Kosten der Pflege sind in den vergangenen Jahren explodiert, die zu entrichtenden Eigenanteile wachsen enorm. Viele Pflegebedürftige müssen deshalb, nachdem sie ein Leben lang gearbeitet haben, noch Sozialleistungen beantragen. Das ist entwürdigend. Daher setzen wir uns langfristig für eine **solidarische Pflegevollversicherung** ein, die alle Pflegeleistungen deckt und in die alle einzahlen, auch Beamte:innen, Selbstständige und Politiker:innen. Bis dahin setzen wir uns für eine **Deckelung der Eigenanteile durch den Bund** ein. Solange das nicht passiert, muss der Freistaat den Pflegeeinrichtungen bzw. deren Trägern **Zuschüsse zu den Investitionskosten** analog zur Krankenhausfinanzierung gewähren, um die Eigenanteile zu reduzieren. Zudem fordern wir ein **Landespflegegeld.**

Inklusion

Wir kämpfen für eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch Rahmenbedingungen findet, in denen er seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, niemand außerhalb der Gesellschaft steht und alle sich einbringen können. Wir gestalten inklusive Strukturen entsprechend des Slogans der autonomen Behindertenbewegung "Nichts über uns ohne uns!". Menschen mit Behinderungen sollen am politischen, sozialen und kulturellen Leben gleichberechtigt teilhaben und dieses aktiv und selbstbestimmt mitgestalten. Dazu brauchen wir in Sachsen einen **grundsätzlichen Paradigmenwechsel**, wie er im Bundesteilhabegesetz und in der UN-Behindertenrechtskonvention vorgesehen ist: **Selbstbestimmung und Selbstermächtigung statt Almosen**. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aus abgeschlossenen Sonderwelten holen und stattdessen eine **Gesellschaft für alle** schaffen.

Wir wollen die **UN-Behindertenrechtskonvention in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen politischen Ebenen** umsetzen. Dazu gehört die Abschaffung trennender Strukturen in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Bildung, die Menschen mit Behinderungen ausschließen. Das Sächsische Inklusionsgesetz muss überarbeitet und seine Geltung auf den kommunalen Bereich ausgeweitet werden. Auch die Maßnahmen des Landesaktionsplans der Sächsischen Staatsregierung sind in Form konkreter Gesetzesvorhaben umzusetzen. Ziel muss es dabei sein, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihre gleichberechtigte Teilhabe zu garantieren. Ihre Belange sind bei allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung konsequent zu berücksichtigen. **Inklusion ist nichts, was von der Kassenlage abhängen darf**. Menschenrechte müssen für alle gewährleistet werden. Die **mehrfache Diskriminierung** aufgrund von Behinderung, Geschlecht, Sprache oder sexueller Orientierung muss besonders berücksichtigt werden, da sie oft zu spezifischen Problemlagen führt.

Erwerbsarbeit und ein entsprechendes Einkommen sichern die soziale Teilhabe und schützen vor Armut. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen werden aufgrund vielfältiger Barrieren und Vorurteile an einer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsleben gehindert, obwohl ihnen dieses Recht gemäß UN-Behindertenrechtskonvention zusteht. Sie werden damit in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt. Daher ist unser Ziel die **gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt**. Das bedeutet die konsequente Umsetzung des Rechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Gestaltung eines offenen, für alle zugänglichen Arbeitsmarkts und Arbeitsumfelds.

Das **Bundesteilhabegesetz (BTHG)** sieht personenzentrierte Teilhabeleistungen vor. Wir begrüßen dies, wissen aber auch, dass die Träger der Eingliederungshilfe, insbesondere die Kommunen, dabei vor hohen Mehrkosten stehen. **Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes muss der Freistaat sie stärker unterstützen** und auf Basis von Evaluationsstudien nachbessern. Zudem müssen angemessene personelle Kapazitäten bereitgestellt werden.

Der Fachkräftemangel macht sich leider auch in der Eingliederungshilfe bemerkbar. Deshalb wollen wir den Beruf der **Heilerziehungspflege durch Kampagnen und eine Reform der Ausbildung attraktiver machen**.

Wir wollen Barrierefreiheit in sämtlichen Lebensbereichen vollumfänglich umsetzen. Barrierefreiheit muss bei baulichen und sonstigen Anlagen, bei Fahrzeugen, Verkehrsmitteln, technischen Gebrauchsgegenständen, Informations- und Kommunikationssystemen, akustischen und visuellen Informationsquellen sowie in allen anderen Lebensbereichen verwirklicht werden. Nur so sind sie unabhängig von der Art der Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar. Barrierefreiheit muss von Beginn an bei der Planung neuer Bauprojekte zwingend berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns für eine **Überführung der DIN 18040 (Barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen) in das sächsische Baurecht** und die Schaffung entsprechender Gutachter- und Beratungsstellen ein, die schon während der Planungsphase verpflichtend konsultiert werden müssen. Wir wollen deutlich mehr **barrierefreien Wohnraum** schaffen und inklusive Wohnquartiere, Wohngemeinschaften und Wohnprojekte fördern, damit Menschen mit Behinderungen entsprechend einer echten und ihnen zustehenden Wahlfreiheit selbstständig und selbstbestimmt ihre Wohnform wählen können.

Wir setzen uns dafür ein, das **Barrierefreiheitsstärkungsgesetz** im öffentlichen wie auch privaten Bereich **verbindlich umzusetzen**. Die zahlreichen Ausnahmeregelungen und langen Übergangsfristen sind dabei kritisch zu prüfen. Wir wollen schnellere Fortschritte bei der **digitalen Barrierefreiheit**. Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung digitaler Medien für die soziale Teilhabe eindringlich gezeigt. Zudem wollen wir eine unabhängige Landesfachstelle Barrierefreiheit einrichten, wie sie bereits auch schon auf Bundesebene sowie in den Gleichstellungsgesetzen vieler anderer Bundesländer verankert ist. Durch die damit ermöglichte Bereitstellung kompetenter Beratungsangebote wird die Herstellung von Barrierefreiheit und die Einhaltung notwendiger Standards gezielt gefördert.

Wir wollen das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen umsetzen. Daher setzen wir uns für ein qualitativ hochwertiges, inklusives Bildungssystem in allen Bildungsbereichen ein, sodass die tatsächliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglicht und die institutionelle Ausgrenzung überwunden wird. Auch die **politische Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung wollen wir stärken**. Dazu muss u.a. das Übersetzen von (behördlichen) Dokumenten und Websites in Leichte Sprache ausgebaut, Gebärdensprachdolmetschende bei allen politischen Veranstaltungen standardmäßig eingesetzt und Parteiprogramme der Kommunal- und Landtagswahlen verpflichtend in Gebärdensprache übersetzt werden.

Das sächsische Landesblindengeldgesetz muss überarbeitet werden. Ertaubte Menschen müssen in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden. Wir wollen das **Landesblindengeld auf 600 Euro monatlich, den Nachteilsausgleich für Sehbehinderte auf 250 Euro, für Taubblinde auf 1000 Euro erhöhen**. Außerdem sollen diese Leistungen wieder **an die Inflationsrate angepasst werden, zuzüglich eines weiteren Prozentes pro Jahr**. Damit soll eine **Kopplung an die Rentenanpassung** erfolgen. Wir setzen uns für eine **Mehrwertsteuer von einheitlich 7 % für alle Hilfsmittel ein**, unabhängig vom Anbieter und Ort des Verkaufs. Assistenzen für Taubblinde sollen für 20 Stunden je Woche bewilligt werden. Eine finanzielle Förderung von Ehrenamtsassistenzen muss es auch für in der Selbsthilfe tätige Vereine geben.

Wir unterstützen weiterhin die Schaffung von Beratungsangeboten zu Fragen der Partnerschaft, Sexualaufklärung, Familienplanung und Schwangerschaft für Menschen mit Behinderungen.

Senior:innen und Rente

Über ein Viertel der Menschen in Sachsen sind 65 Jahre und älter. Wie für alle anderen Menschen in Sachsen muss auch für die ältere Generation soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung gewährleistet werden. Ältere verdienen besonderen Schutz, aber sollen sich auch aktiv einbringen können. Wir wollen ein **Seniorenmitbestimmungsgesetz** für Sachsen. Seniorenvertretungen müssen in allen Kommunen und Landkreisen eingerichtet werden, ihre Mitglieder sollen eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die **barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes** gesetzlich vorgeschrieben und ausreichend finanziert wird, vor allem im Verkehr, der Kultur und der Nah- und Gesundheitsversorgung. Wir wollen mehr **Begegnungsmöglichkeiten für ältere Menschen** schaffen, insbesondere an den Wochenenden. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass weniger ältere Menschen unter Vereinsamung leiden.

Die Digitalisierung bietet Chancen auch für ältere Menschen, doch ist sie für Seniorinnen und Senioren oft auch eine Hürde. Die wollen wir abbauen, indem wir mehr Angebote zur Schulung an digitalen Endgeräten anbieten. Neben einer möglichst **barrierefreien Digitalisierung** müssen aber weiterhin auch analoge Möglichkeiten zur Beteiligung gegeben sein. Besonders die Verwaltung muss sich bemühen, ihre Angebote für ältere Menschen leicht zugänglich zu machen.

Altenhilfepläne und Pflegekoordinator:innen sind in allen Kreisen sowie kreisfreien Städten zu etablieren. Maßnahmen der Prävention und pflegerischen sowie medizinischen Versorgung müssen so angelegt sein, dass Menschen trotz altersbedingter Beeinträchtigungen so lange wie möglich selbstbestimmt im eigenen, gewohnten Umfeld leben können. Dazu bedarf es auch dringend der **Schaffung von mehr bezahlbaren, altersgerechten und barrierefreien Wohnungen**.

Zum 1. Juli 2023 wurden die Rentenwerte zwischen Ost und West, über 30 Jahre nach der Einheit, endlich angeglichen. Dennoch besteht das Rentenunrecht weiter fort: Für tausende ostdeutsche Rentner:innen ist es immer noch bittere Realität, dass ihre Ansprüche aus DDR-Zusatzrenten- und

1363 Sonderversorgungssystemen nicht anerkannt werden. Der von der Bundesregierung etablierte
1364 **Härtefallfonds** ist ein erster Schritt der Wiedergutmachung, aber ein unzureichender. Viel zu wenige
1365 Anspruchsberechtigte werden anerkannt und entschädigt. Es ist ein Skandal, dass die sächsische
1366 Staatsregierung nicht einmal diesem Härtefallfonds beigetreten ist. **Wir setzen uns dafür ein, dass**
1367 **Sachsen dem Fonds beiträgt und die Entschädigungssumme mindestens verdoppelt wird.** Darüber
1368 hinaus kämpfen wir weiter für die **Entschädigung aller Betroffenen** durch einen Gerechtigkeitsfonds.
1369 Solange der Osten Niedriglohnland ist und die Lohnunterschiede zwischen Ost und West noch groß
1370 sind, muss die **Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente** erhalten bleiben. Die bisherige
1371 Umrechnung der ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung muss also so lange in Kraft bleiben
1372 und angewendet werden, bis die Löhne in den ostdeutschen Bundesländern das entsprechende
1373 Niveau der westdeutschen Bundesländer erreicht haben. Generell setzen wir uns für die
1374 **Hochrechnung von Gehältern im Niedriglohnbereich** in der Rente ein, unabhängig davon, ob die
1375 Beschäftigten aus dem Osten oder dem Westen kommen.

1376
1377 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine **sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53%** des
1378 Durchschnittseinkommens ein. **Das Renteneintrittsalter wollen wir absenken: auf 65 Jahre bzw. 60**
1379 **Jahre nach 40 Beitragsjahren.** Erhöhungen des Renteneintrittsalters sind nichts anderes als
1380 verdeckte Rentenkürzungen – wir lehnen sie ab! Wir wollen eine **Solidarische Mindestrente in Höhe**
1381 **von 1200 Euro monatlich.** Um dies zu finanzieren, wollen wir die Rentenversicherung reformieren: Wir
1382 brauchen eine **Solidarische Rentenversicherung**, die auch Beamt:innen, Politiker:innen und
1383 Selbstständige einbezieht. Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf 10.000 Euro monatlich erhöht
1384 werden. Sehr hohe Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittsniveaus sollen
1385 abgeflacht werden.

1386 1387 Kinder und Jugend

1388
1389 Kinder und Jugendliche benötigen Unterstützung und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Unser
1390 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale voll ausschöpfen und ihr
1391 Leben selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Wir kämpfen für **Kinder- und**
1392 **Jugendgerechtigkeit** und eine Politik, die aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen denkt.
1393 Politik für junge Menschen ist keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung, um denen, die in
1394 Zukunft unsere Gesellschaft gestalten werden, die bestmöglichen Startbedingungen zu bieten.
1395 Deshalb kämpfen wir entschieden dagegen, die Mittel für Jugendangebote zu kürzen und
1396 Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Jugendverbände, Jugendclubs,
1397 soziokulturelle Zentren und Vereinshäuser sind wichtige Orte, die wir so ausstatten wollen, dass sie
1398 ihre Aufgaben gut erfüllen können. Wir kämpfen für ein **modernes sächsisches**
1399 **Landesjugendhilfegesetz.** Es muss den Anforderungen an eine inklusive Jugendhilfe und den
1400 unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden.

1401
1402 **Wir wollen die Jugendhilfe und Jugendarbeit stärken!** Die vielfältigen Angebote der Kinder- und
1403 Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit sind für junge Menschen unverzichtbar auf dem Weg des
1404 Erwachsenwerdens. Sie sind gesetzliche Pflichtaufgaben, gelten aber vielen Amtsträgern als
1405 vermeintlich „freiwillige“ Leistungen. So werden sie wegen der vielerorts desaströsen kommunalen
1406 Haushaltslage ausgedünnt und abgebaut. Das müssen wir im Interesse der kommenden Generation
1407 verhindern. Wir setzen uns für eine **deutlich höhere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe** ein.
1408 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere die Jugendarbeit nach §11-14 des Achten
1409 Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) sind kommunale Pflichtaufgaben und müssen als solche
1410 anerkannt und flächendeckend abgesichert werden.

1411
1412 Bei **der kommunalen Jugendhilfeplanung** muss umgedacht werden. Sie ist fachlich zu begleiten und
1413 zu prüfen. Vor allem aber müssen die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, die
1414 folgerichtig unter deren Beteiligung ermittelt werden müssen, am Anfang aller Planungen stehen, statt
1415 die Leistungen nach der aktuellen Kassenlage zu bemessen. Die verfehlte Sparpolitik der sächsischen
1416 Landesregierung darf Kommunen nicht dazu zwingen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu
1417 streichen. Jeder junge Mensch hat das gleiche Recht auf einen **Zugang zu Angeboten der Kinder-**
1418 **und Jugendhilfe** in seiner Nähe und nach seinen Bedürfnissen.

1419 Wir wollen die **Jugendpauschale erhöhen und jährlich an die Entwicklung von Personal- und**
1420 **Sachkosten anpassen.** Wir setzen uns entschieden **gegen jegliche Kürzungsvorhaben** bei den
1421 Geldern für die Jugendarbeit ein. Auch soll die Jugendpauschale an konkrete fachlich-inhaltliche
1422 Kriterien wie einen Mindestpersonalschlüssel, Mindestangebote sowie daran gebunden werden, dass

1423 ein angemessener Anteil der Mittel für Jugendarbeit verwendet wird. Darüber hinaus müssen die
1424 Mittel für Jugendarbeit nach § 11 und 12 SGB VIII deutlich erhöht werden. Es soll sichergestellt
1425 werden, dass ein angemessener Anteil der Mittel aus der Jugendpauschale für Jugendarbeit nach § 11
1426 SGB VIII verwendet wird. Wir wollen die Förderrichtlinie Jugendpauschale in Zusammenarbeit mit den
1427 Trägern weiterentwickeln.

1428
1429 **Die Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen dringend verbessert werden, um**
1430 **dieses Arbeitsgebiet für Fachkräfte attraktiv zu machen.** Ein sicherer, unbefristeter, tariflich
1431 gebundener Arbeitsplatz muss der Normalfall sein. In stationären Einrichtungen muss mehr Personal
1432 zur Verfügung stehen, damit die Zahl der Fälle pro Sozialarbeiter:in verringert werden kann. Um den
1433 Fachkräftebedarf in der Sozialen Arbeit und in der Kinder- und Jugendhilfe zu decken, müssen die
1434 Ausbildungskapazitäten an sächsischen Hochschulen sowie in der Erzieher:innenausbildung erweitert
1435 werden. Außerdem wollen wir die **Ausbildung kostenfrei** machen. Um den Einstieg in den Beruf zu
1436 erleichtern, setzen wir uns für eine bessere Begleitung und Betreuung der Absolvent:innen ein.

1437
1438 **Familien- und Erziehungsberatung** finden in den letzten Jahren eine verstärkte Nachfrage. Wir
1439 werden die ombudtschaftliche Beratung junger Menschen in Sachsen stärken. Sie unterstützt junge
1440 Menschen und Familien in Konflikten mit der Kinder- und Jugendhilfe und mit dem Jugendamt. **Die**
1441 **Finanzierung der entsprechenden Beratungsstellen soll verbessert werden.** Auch Online-Angebote
1442 sollen zur Verfügung gestellt werden.

1443
1444 Wir wenden uns nachdrücklich **gegen eine Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen**
1445 **Raum.** Stattdessen wollen wir **mehr freie, öffentliche und möglichst selbstbestimmte Räume**
1446 **schaffen**, in denen Jugendliche ihren Interessen nachgehen und sich mit Gleichaltrigen treffen
1447 können. **Keine Jugendkultur ist illegal!** Ob Sport, Kunst, Fußball im Verein, Skateboarden oder Graffiti
1448 – wir lehnen es ab, bestimmte Formen der Freizeitgestaltung oder bestimmte Jugendkulturen in
1449 Spießermanier als „störend“, „unordentlich“ oder als „Vandalismus“ zu denunzieren.

1450
1451 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind bei allen politischen Entscheidungen stärker zu
1452 berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere auch planerische und bauliche Entscheidungen. Wir
1453 setzen uns für **mehr öffentliche Spielplätze, Sport- und Calisthenics-Plätze, legale Graffiti-Wände**
1454 **und Skate-Anlagen** ein. Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist es für uns, allen Kindern und
1455 Jugendlichen in Sachsen **kostenlos Mittagessen in Kita und Schule, den Öffentlichen Nahverkehr**
1456 **sowie kulturelle Angebote wie Musikschulen, Bibliotheken oder Sportstätten** zur Verfügung zu
1457 stellen.

1458
1459 Wir kämpfen gegen Kinderarmut und deswegen für **eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen**
1460 **verdient** und alle Kinder aus der Armut holt. Die jetzt durch die Bundesregierung beschlossene
1461 Kindergrundsicherung ist ein Etikettenschwindel, weil von ihrer ursprünglichen Zielsetzung nichts
1462 mehr übrig ist. Außerdem wollen wir **das Angebot und den Kreis der Anspruchsberechtigten beim**
1463 **Familienpass weiter ausbauen.** Beratungsangebote für Familien sollen erweitert werden. Schließlich
1464 fordern wir eine landesweite Berichterstattung zum Thema Kinder- und Jugendarmut.

1465
1466 Sachsen braucht ein reformiertes, für die Zukunft taugliches **Landesjugendhilfegesetz.** Es muss die
1467 2021 auf Bundesebene erfolgte Änderung des SGB VIII und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
1468 berücksichtigen. Wir setzen uns für einen **breiten Beteiligungsprozess** bei der Gesetzesnovelle ein,
1469 wie er vorbildhaft in Brandenburg durchgeführt wurde. Dabei müssen öffentliche und freie Träger, die
1470 Wissenschaft, die Verbände, aber besonders auch die Kinder und Jugendlichen selbst eingebunden
1471 werden. Wir wollen von den jungen Menschen wissen, wie sie sich ein kinder- und jugendfreundliches
1472 Sachsen vorstellen und was sie von einem Gesetz erwarten, das sich mit ihnen und ihrem
1473 unmittelbaren Lebensumfeld beschäftigt.

1474 Wohnen

1475
1476 Sachsen braucht eine **Offensive für den Sozialen Wohnungsbau.** Denn gerade in den Großstädten ist
1477 es in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir
1478 fordern mehr Landesmittel und eine **Reform der Förderbedingungen:** Die Förderung muss an die
1479 gestiegenen Baukosten und die Zuschüsse an die reale Angebotsmiete angepasst werden.
1480 Mietpreis- und Belegungsbindungslaufzeiten müssen verlängert werden. Wir setzen uns für
1481 Modellprojekte mit dauerhaften Bindungen ein: **Eine Sozialwohnung muss möglichst lange, am**
1482

1483 **besten für immer eine Sozialwohnung bleiben.** Beim Bau von Sozialwohnungen sollen besonders
 1484 öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen gefördert werden. Zugleich muss der
 1485 Blick erweitert und auch der Speckgürtel von Großstädten mit einbezogen werden. Auf Bundesebene
 1486 setzen wir uns dafür ein, **eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit** einzuführen. Bislang gilt der
 1487 Sozialwohnungsbau nur als eine „soziale Zwischennutzung“, in der Regel mit einer auf 20 Jahre
 1488 begrenzten Förderung von sozialen Mieten. Durch die neue Wohnungsgemeinnützigkeit kann ein **auf**
 1489 **Dauer angelegter Sozialwohnungssektor** entstehen. Wohnungsunternehmen, die sich zur Schaffung
 1490 bezahlbarer Wohnungen verpflichten, sollen Steuererleichterungen und einen privilegierten Zugang
 1491 zu Fördermitteln erhalten.

1492
 1493 Der Osten der Republik, damit auch Sachsen, steht vor der Herausforderung einer „zweiten
 1494 Sanierungswelle“: Viele Bestände, die in den 90er Jahren saniert wurden, müssen nach 30 Jahren
 1495 bald noch einmal renoviert werden. Das stellt besonders kommunale und genossenschaftliche
 1496 Wohnungsunternehmen vor große Probleme. Es bietet sich aber auch eine Chance dafür, die
 1497 Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen uns hierbei für ein **Programm „Seriell Sanieren Ost“** ein.

1498
 1499 Wir wollen Menschen vor explodierenden Mieten schützen – alle Möglichkeiten dazu müssen genutzt
 1500 werden. Wir wollen eine **wirksame Mietpreisbremse** einführen, den Kündigungsschutz bei
 1501 Eigenbedarfskündigungen verlängern und es verbieten, dass Miet- in Eigentumswohnungen
 1502 umgewandelt werden. Außerdem fordern wir ein **striktes Zweckentfremdungsverbot von**
 1503 **Mietwohnungen**: Es muss Schluss damit sein, dass sie als Ferienwohnungen oder anderweitig
 1504 gewerblich missbraucht werden oder aus Gründen der Spekulation leer stehen.

1505
 1506 Außerhalb der Großstädte Dresden und Leipzig ist nicht der Mangel an Wohnungen das größte
 1507 Problem, hier geht es vor allem darum, Leerstand und Verfall zu verhindern. Nötig ist es, **Wohnungen**
 1508 **altersgerecht** umzubauen, um den immer mehr älteren Menschen gerecht zu werden, aber auch
 1509 **familienfreundliche Wohnungen** zu schaffen, um Zuzug zu ermöglichen. Gezielte
 1510 **Quartiersentwicklung** kann Wohnungsabriss und Verödung verhindern. Dafür wollen wir **passgenaue**
 1511 **Förderinstrumente ohne hohe Eigenkapitalquoten und bürokratische Antragsverfahren** schaffen,
 1512 zum Beispiel in Form von **Regionalbudgets**. Das Landesberatungsnetz für selbstorganisierte
 1513 Wohnformen soll gestärkt werden. Dabei ist der Blick gerade auf den ländlichen Raum zu richten. Wir
 1514 wollen **Fördermöglichkeiten für Baugemeinschaften** schaffen, die mit dauerhaftem
 1515 gemeinschaftlichem Eigentum das Ziel verfolgen, generationenübergreifend zusammenzuleben.

1516
 1517 **Zwangsräumungen müssen verboten werden.** Wir wollen ein **Landesprogramm zur Prävention und**
 1518 **Hilfe gegen Wohnungslosigkeit** schaffen. **Housing-first-Projekte**, die Obdachlose in einem ersten
 1519 Schritt mit einer Wohnung versorgen, sollen landesweit etabliert werden. **Bei der Vergabe von**
 1520 **sozialem Wohnraum soll es gerecht zugehen**: Soziale, familiäre und gesundheitliche Kriterien
 1521 müssen beachtet, langjährig wohnungslose Menschen besonders berücksichtigt werden. Auch bei
 1522 negativem Schufa-Eintrag, Mietschulden oder Bezug von Bürgergeld sind Wohnberechtigungsscheine
 1523 mit Belegungs- und Besetzungsrechten zu gewähren. Einer **Senkung der Grunderwerbssteuer für**
 1524 **junge Familien** stehen wir offen gegenüber.

1525
 1526 Wir wollen eine **Landeswohnungsbaugesellschaft** schaffen. Diese hat die Aufgabe, landeseigene
 1527 Grundstücke zu entwickeln, selbst Grundstücke aufzukaufen und die Kommunen bei Planung, Bau und
 1528 Sanierung von Wohnungen zu unterstützen. Außerdem soll sie kommunale Wohnungsunternehmen,
 1529 die in Not geraten, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, um ihren Betrieb zu sichern.

1530
 1531 Wir wollen einen **Fonds zur Tilgung von Altschulden der sächsischen Wohnungsunternehmen**
 1532 auflegen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen in Sachsen haben noch rund 445 Millionen Euro
 1533 „schuldlose Schulden“ aus DDR-Zeiten, die sie aus Mieteinnahmen tilgen müssen. Diese hemmen
 1534 Investitionen und können im schlimmsten Fall zur Privatisierung von Wohnungsbeständen führen.

1535
 1536 Ein **Landesprogramm für energetische Sanierung** soll zur Modernisierung von Wohnhäusern
 1537 beitragen und Mieten stabil halten. Wir wollen die im Heizungsgesetz der Bundesregierung
 1538 gemachten Vorgaben für Mieter:innen sozial abfedern. Angesichts des Klimawandels setzen wir uns
 1539 für die Dekarbonisierung der Fernwärmeproduktion, den Netzausbau in diesem Bereich und für
 1540 Schwammkonzepte bei der Bebauung ein. **Mieterstrom wollen wir fördern. Auf kommunaler Ebene**
 1541 **soll eine verbindliche Hitze- und Wärmeplanung erfolgen.** Wir wollen für Kleinstädte Begrünungs-
 1542 und Wasserrückhalteprogramme auf den Weg bringen. Schottergärten wollen wir verbieten.

1543
1544 Immer noch gibt es in Sachsen viel Leerstand, der eigentlich Potenzial böte. Ein
1545 **Leerstandsmanagement** soll diese Möglichkeiten erkennen und nutzen. Industriebrachen und
1546 sonstige Brachen können umgenutzt oder abgerissen werden, womit Flächen entsiegelt würden.

1547
1548 Der Bedarf an **altersgerechten und barrierefreien Wohnungen** wird in Sachsen in den nächsten
1549 Jahren stark wachsen. Wir wollen die **Förderung des Umbaus von Wohnungen erleichtern und die**
1550 **Förderung deutlich erhöhen.**

1551
1552 Wir setzen uns für die **staatliche Unterstützung des Azubi-Wohnens** ein. Arbeits- und Fachkräfte
1553 lassen sich nur gewinnen, wenn sie ausreichend mit Wohnraum versorgt werden. Wir wollen die
1554 **Schaffung eines landesweiten Ausbildungswerkes** prüfen, das auch als Träger von Azubi-
1555 Wohnformen fungieren soll. Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ sollen
1556 verwendet werden, um Azubi-Wohnheime zu errichten. An ihrem Betrieb sollen sich Land, Kommunen
1557 und Unternehmen finanziell beteiligen.

1558
1559 **Mobilität und Verkehr**

1560
1561 Wir stehen für eine **sozial-ökologische Verkehrswende** und eine staatlich gesicherte
1562 Mobilitätsgarantie. Die Haupttätigkeit des sächsischen Verkehrsministeriums in den letzten 10 Jahren
1563 beschränkte sich vor allem darin, Gelder des Bundes für Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
1564 und Radverkehr an die Kommunen weiterzugeben und sich für deren Verkehrspolitik nicht zuständig
1565 zu fühlen. Wir wollen endlich eine aktive Verkehrspolitik des Freistaats, die auf die Stärkung des
1566 ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs ausgerichtet ist. Dazu gehört neben der Bereitstellung
1567 zusätzlicher Landesmittel auch politischer Gestaltungswille.

1568
1569 Der ÖPNV muss ausgebaut und attraktiver gemacht, der Güterverkehr stärker auf die Schiene
1570 verlagert werden. Wir wollen eine **ÖPNV-Offensive** in Sachsen starten, stillgelegte Bahnstrecken
1571 wieder in Betrieb nehmen und Mindestbedienstandards einführen. In jeder Gemeinde mit mehr als
1572 500 Einwohner:innen soll mindestens im Zwei-Stunden-Takt, bei mehr als 5.000 mindestens jede
1573 Stunde und bei mehr als 10.000 mindestens alle 30 Minuten ein Bus jeden Ortsteil mit dem
1574 nächstgelegenen Bahnhof und dem Ortskern verbinden. Auch am Wochenende, in den Schulferien
1575 und in den Abendstunden muss es ein ausreichendes und zuverlässiges Angebot geben, damit auch
1576 Menschen ohne eigenes Auto überall mobil sein können. Dazu müssen alle Busse und Bahnen
1577 barrierefrei erreichbar sein. Anrufbusse, die nach Wunsch und Bedarf verkehren (On-Demand-
1578 Verkehre), können insbesondere in ländlichen Regionen ein gutes ÖPNV-Angebot unterstützen.
1579 Solche Modelle, bei denen auch autonom fahrende Fahrzeuge zum Einsatz kommen können, werden
1580 wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort und in Verbindung mit Beschäftigungsgarantien zügig in
1581 den Regelverkehr überführen.

1582
1583 Auch der Schienenfernverkehr in Sachsen muss endlich ausgebaut werden, besonders Chemnitz,
1584 Südwestsachsen und die Lausitz brauchen bessere Verbindungen. Die Voraussetzungen dafür
1585 müssen durch flächendeckende Elektrifizierungen der Schienenstrecken geschaffen werden. Als
1586 Zwischenlösung dafür begrüßen wir den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Schienenfahrzeugen.
1587 Der Freistaat muss sich gegenüber dem Bund für eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus
1588 einsetzen, notfalls aber auch selbst die Planungen anstoßen.

1589
1590 Wir fordern, dass der Preis des **Deutschlandtickets** fünf Jahre lang nicht steigt und dass es
1591 sachsenweit als **Sozialticket** zum halben Preis angeboten wird. Schüler:innen, Studierende,
1592 Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen, mindestens
1593 jedoch auch ein vergünstigtes Deutschlandticket erwerben können. Wir wollen so schnell wie möglich
1594 einen kostenlosen ÖPNV für alle.

1595
1596 Mobilität ist entscheidend für eine inklusive Gesellschaft. Das Personenbeförderungsgesetz des
1597 Bundes gibt vor, bis zum Jahr 2022 einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu schaffen. Dieses Ziel
1598 wurde in Sachsen deutlich verfehlt. Damit der ÖPNV wirklich von allen Menschen genutzt werden
1599 kann, muss dieser vollständig barrierefrei werden, was auch die Wege von und zu den Haltestellen
1600 einschließt. Barrierefreie Mobilität ist wesentliche Voraussetzung für eine uneingeschränkte Teilhabe
1601 am öffentlichen Leben, da sie den Zugang zu allen notwendigen Lebensbereichen wie Arbeit,
1602 Wohnen, Freizeit, Sport, Medien und sozialen Kontakten ermöglicht. Barrierefreie Mobilität bedeutet

1603 Lebensqualität und Selbstbestimmtheit. Besonders im Bereich des ÖPNV gibt es zahlreiche
 1604 Mobilitätsbarrieren, von denen besonders Menschen mit Behinderungen betroffen sind und ihnen die
 1605 selbständige Teilnahme und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erschweren bzw. sogar
 1606 verhindern. Im Sinne einer barrierefreien Mobilität sind daher Wegeführungen notwendig, die allen
 1607 Menschen das Erreichen ihres Ziels ermöglichen, z.B. durch durchgängige Blindenleitstreifen,
 1608 ausreichend verfügbare und nutzbare Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Fahrkartenautomaten
 1609 oder auch rollstuhlgerechte PKW-Parkplätze.

1610 Ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen, soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dazu sind sie
 1611 mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Wir werden ihnen aber auch die Möglichkeit
 1612 einräumen, alternative Finanzierungsmodelle für den ÖPNV einzuführen, wie etwa die
 1613 **Nutznießerfinanzierung**. Demnach würden auch Firmen oder Personen, die vom ÖPNV-Angebot
 1614 profitieren, ohne dass sie es selbst nutzen, einen Beitrag zum ÖPNV leisten.
 1615 Wir werden die **Vereinigung der sächsischen Verkehrsverbünde** vorantreiben. Dazu werden wir als
 1616 ersten Schritt die neu gegründete Sächsische Mobilitätsgesellschaft mit entsprechenden
 1617 Kompetenzen ausstatten, um eine Beschaffung und Harmonisierung über Verkehrsverbünde hinweg
 1618 zu erreichen. Perspektivisch wollen wir einen gemeinsamen mitteldeutschen Verkehrsverbund mit
 1619 Sachsen-Anhalt und Thüringen gründen.

1620 Wir werden die **„Region der kurzen Wege“** zum Leitbild für Planung und Entwicklung machen und die
 1621 Chancen der Digitalisierung zur Wegevermeidung nutzen. Wir wollen es möglich machen, dass
 1622 unvermeidbare Wege sachsenweit möglichst per Fahrrad, zu Fuß oder mit öffentlichen
 1623 Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können. Ob in der Stadt oder auf dem Dorf: Jeder Mensch in
 1624 Sachsen soll die Möglichkeit haben, auf die Nutzung des PKWs zu verzichten. Das Landesamt für
 1625 Straßenbau und Verkehr werden wir in ein neu strukturiertes **Landesamt für nachhaltige Mobilität**
 1626 überführen, um den Schwerpunkt der Verkehrspolitik auf ökologisch nachhaltige Verkehrsträger zu
 1627 lenken. Das Amt wird die Straßeninfrastruktur erhalten, den ÖPNV zentral organisieren sowie den
 1628 Ausbau von Radverkehrsanlagen, sicheren Gehwegen und Fußgängerzonen ermöglichen. Für diese
 1629 müssen Planung und Bau deutlich beschleunigt werden, die dafür nötigen Stellen wollen wir schaffen.
 1630 In der Verkehrsplanung muss der Fokus auf die Nahmobilität verschoben werden, um dem Rad- und
 1631 Fußverkehr mehr Raum auf Sachsens Straßen zu geben, u.a. durch mehr Zebrastreifen. Dabei
 1632 unterstützen wir auch die interkommunale Zusammenarbeit sowie Pilotprojekte zur Stärkung von Rad-
 1633 und Fußverkehr

1634 Für die Menschen, die nach wie vor auf das Auto angewiesen sind, wollen wir **flächendeckende**
 1635 **Möglichkeiten zum Leihen oder Teilen von PKWs** schaffen und den Umstieg auf batteriebetriebene
 1636 Fahrzeuge ermöglichen. Dazu gehört der Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur. Mit der
 1637 Umstellung der Fahrzeugflotte auf elektrische Kleinfahrzeuge und der Nutzung von Car-Sharing-
 1638 Modellen soll die öffentliche Verwaltung zum Vorbild werden.

1639 Den weiteren **Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle** lehnen wir ab. Schon jetzt belastet der Flughafen
 1640 die Anwohner:innen, das Klima und die Umwelt. Wir setzen uns für eine deutliche
 1641 Nutzungsentgelderhöhung für die Frachtkonzerne ein, damit einerseits die Beschäftigten der
 1642 Flughafen AG besser entlohnt werden können und am Flughafen entstehende Kosten nicht am Ende
 1643 zulasten der Staatskasse gehen. Wir unterstützen die Anwohner:innen in ihrer Forderung nach
 1644 weitergehenden Lärmschutzmaßnahmen und setzen uns für eine konsequente Umsetzung des
 1645 geltenden Nachtflugverbots ein, welches Starts und Landungen in der Nacht nur für zwingend
 1646 notwendige Expressgüter erlaubt.. Die Nutzung sächsischer Flughäfen für Militärtransporte oder als
 1647 Abschiebeflughäfen lehnen wir ab.

1648 **Tierschutz**

1649 Dass der **Tierschutz eine wichtige Aufgabe der Daseinsfürsorge** ist, wird meist erst bemerkt, wenn
 1650 er nicht mehr funktioniert, so etwa, wenn streunende, oft auch leidende Tiere massenhaft im
 1651 öffentlichen Raum auftreten. Noch ist es in Sachsen nicht ganz so weit, aber den zumeist
 1652 ehrenamtlich im Tierschutz Aktiven fällt es zunehmend schwer, ihre Aufgaben mit den vorhandenen
 1653 Mitteln zu erfüllen. Obwohl der Tierschutz in der sächsischen Landesverfassung als Staatsziel
 1654 benannt wird, zieht sich der Freistaat bei der Erfüllung dieser Aufgabe aus der Affäre. Die
 1655 überwiegend ehrenamtlich tätigen Tierschutzvereine und Tierheime springen für den Staat ein. Ihre
 1656 Arbeit wird durch die Landesregierung und die Kommunen auch noch seit Jahrzehnten nicht
 1657 ausreichend finanziell unterstützt.

1663
1664 Nach Auffassung von Expert:innen wären Ausgaben von einem Euro pro Einwohner für den Tierschutz
1665 angemessen. Das wären in Sachsen etwa vier Millionen Euro jährlich. Im aktuellen Doppelhaushalt
1666 2023/2024 ist aber nur etwas mehr als eine Million Euro jährlich eingeplant. Angesichts der Folgen
1667 der Corona-Pandemie und der derzeitigen Inflation ist das völlig unzureichend. Wir wollen **die Mittel**
1668 **für den Tierschutz deutlich erhöhen** und verlangen eine **Fördergarantie für Tierheime** und andere
1669 Tierschutzeinrichtungen. Ein flächendeckendes und ausreichendes Angebot muss gesichert werden,
1670 indem Investitionen, der Unterhalt, der laufende Betrieb und die Personalkosten finanziert werden.

1671
1672 Die Kommunen müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, sich um Fund- und Verwahtiere zu
1673 kümmern. Schließen sie Verträge mit Tierheimen bzw. Tierschutzvereinen ab, die diese Aufgabe
1674 stellvertretend erfüllen, dann muss garantiert sein, dass die Versorgung kostendeckend und
1675 fachgerecht erfolgt. **Die Aufwendungen dafür sind den Kommunen vollständig vom Freistaat zu**
1676 **erstatten.** Weiterhin soll eine **zentrale Aufnahmestelle für Reptilien, exotische und gefährliche Tiere**
1677 geschaffen werden, da deren Zahl steigt und sie den Tierheimen besonders hohe Kosten
1678 verursachen. Auch das Netz an Anlaufstellen für Wildtiere soll ausgebaut und besser gefördert
1679 werden.

1680
1681 Wir begrüßen, dass – wie von uns seit Langem gefordert – in Sachsen das Amt eines/einer
1682 Landestierschutzbeauftragten eingeführt wird. Wir setzen uns weiterhin für die staatliche
1683 Anerkennung von Tierschutzorganisationen und die Gewährung eines **Verbandsklagerechts** für
1684 solche anerkannten Organisationen ein.

1685
1686 **Die Rassehundeliste wollen wir abschaffen. Stattdessen soll ein Sachkundenachweis für**
1687 **Hundehalter:innen verpflichtend werden**, wenn ihr Hund, gleich welcher Rasse, auffällig geworden
1688 ist, etwa durch Bisse. Probleme gibt es in Sachsen örtlich mit Kolonien streunender Katzen. Das
1689 Engagement von Ehrenamtlichen, so etwa in Kastrationsprogrammen, nützt nichts, wenn beständig
1690 aus Privathaushalten Nachschub an fortpflanzungsfähigen, freilaufenden Tieren kommt. Daher wollen
1691 wir betroffenen Kommunen im Rahmen eines **Katzenschutzgesetzes** die Möglichkeit geben,
1692 tierschutzrechtlich eine Registrier- und Kastrationspflicht für freilaufende Hauskatzen anzuordnen. Ein
1693 solches Gesetz hat die Linksfraktion im Sächsischen Landtag bereits 2023 eingebracht. Die Kosten
1694 hierfür sollen den Bürger:innen durch die Kommunen, diesen wiederum durch den Freistaat erstattet
1695 werden.

1696
1697 Im Bereich der tierärztlichen Notversorgung gibt es in Sachsen zunehmend Engpässe. Auch die Zahl
1698 der Tierkliniken geht zurück, insbesondere solcher, die einen 24-Stunden-Notdienst anbieten. Wir
1699 setzen uns für eine **Erhöhung der Anzahl veterinärmedizinischer Studienplätze** und einen
1700 erleichterten Zugang zu diesen Fächern ein. Außerdem wollen wir die Haushaltsmittel für die
1701 Kleintierklinik der Universität Leipzig erhöhen. Er ist der einzige Maximalversorger in der Region. Nach
1702 dem Vorbild Thüringens beabsichtigen wir, eine **zentrale tierärztliche Notrufnummer** einzurichten,
1703 die eine bessere Koordination der Notdienste leisten soll.

1704
1705 **Tierversuche müssen deutlich reduziert werden.** Verboten werden sollten Versuche, die mit
1706 schweren und langanhaltenden Schmerzen und Leiden für Tiere verbunden oder die medizinisch nicht
1707 notwendig bzw. bereits vollumfänglich ersetzbar sind. Die Forschung und Entwicklung an
1708 Alternativmethoden muss vom Freistaat stärker gefördert werden.

1709 Wir setzen uns für ein **Verbot von Wildtieren in Zirkussen** und ein **Verbot der Pelzherstellung** ein.

1710
1711 **Drogen und Suchthilfe**

1712
1713 Im staatlichen Umgang mit Drogen gilt für uns der Grundsatz: **Gesundheitsschutz statt**
1714 **Kriminalisierung. Suchtkranke dürfen nicht stigmatisiert werden!** Wir setzen uns dafür ein, die
1715 Suchthilfe auszubauen und Präventionsarbeit tabufrei zu betreiben. Der Besitz illegalisierter
1716 Substanzen sollte nicht länger kriminalisiert werden. Wir wollen in Sachsen **Drugchecking-**
1717 **Pilotprojekte** starten, bei denen Konsument:innen über die Wirkung von Substanzen aufgeklärt
1718 werden und sie auf Verunreinigungen testen lassen können. **Substitutionstherapie** muss allen
1719 Opioidkonsumierenden offenstehen. Der Zugang und die Behandlung müssen vereinfacht werden, vor
1720 allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir mehr Substitutionsärzt:innen. Die seit vielen Jahren
1721 bundesrechtlich legalisierten **Konsumräume** haben in unzähligen Notfällen Leben gerettet. Wir wollen

1722 eine Landesverordnung erlassen, die für den Betrieb dieser Einrichtungen nötig ist, und den
1723 Kommunen die Entscheidungshoheit darüber geben, ob sie diese Räume einrichten wollen.

1724
1725 **Süchte sind keine Straftaten.** Überzogene Strafverfolgung stärkt die organisierte Kriminalität,
1726 behindert eine glaubwürdige Präventionsarbeit, erhöht die Hürden für die Drogen- und Suchthilfe und
1727 verhindert jeden Jugend- und Verbraucher:innenschutz. **Repression werden wir daher zurückfahren**
1728 und unnötige Härte bei Bagatelldelikten beenden. Stattdessen wollen wir die bestehenden
1729 Regelungen zum Umgang mit geringen Mengen, etwa bei Cannabis, erweitern. Außerdem wirken wir
1730 auf eine bundesweite Vereinheitlichung hin. Wir werden **kommunale Beratungsstellen einrichten**,
1731 deren Auftrag in einer ganzheitlichen Fürsorge besteht, die harte und aufwändige Strafprozesse
1732 überflüssig macht. Für uns gilt dabei zwingend der **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** bei allen
1733 Verwaltungsakten, repressiven Maßnahmen und politischen Entscheidungen. Da Konsum allein keine
1734 Straftat ist und wir Repressionsmaßnahmen in diesem Kontext für ungeeignet halten, streben wir
1735 **perspektivisch die Entkriminalisierung jeglicher Drogen** an.

1736
1737 Die tödlichsten Drogen in Deutschland sind weiterhin die legalen und gesellschaftlich akzeptierten
1738 Drogen wie Alkohol und Tabakprodukte. In Sachsen gibt es zudem einen vergleichsweise starken
1739 Konsum von Crystal Meth. **Auch im Bereich von Alkohol und Tabakprodukten wollen wir die**
1740 **Prävention und Suchthilfe stärken und Kampagnen für einen verantwortungsbewussten Umgang**
1741 **auf den Weg bringen.**

1742 Bevölkerungsschutz

1743

1744
1745 Mehr als 50.000 Menschen engagieren sich in Sachsen ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz, also im
1746 Bereich des Brandschutzes, des Rettungsdienstes oder des Katastrophenschutzes. Trotzdem ist es
1747 gerade im ländlichen Raum nicht immer einfach, die Institutionen des Bevölkerungsschutzes
1748 funktionsfähig zu erhalten. Wir wollen, neben den Freiwilligen Feuerwehren als Hauptsäule der
1749 Gefahrenabwehr, in ländlichen Räumen eine neue Säule der Hilfe in Not einführen, um die
1750 Tagesbereitschaft abzusichern. Wir wollen hauptamtlich besetzte **Standortfeuerwehren**, die,
1751 gemeinsam mit dem bodengebundenen Rettungsdienst, in Regionen, in denen die Hilfe sonst nicht
1752 mehr rechtzeitig eintrifft, die erste Welle der Rettung einleitet. Dabei setzen wir auf Verbundsysteme
1753 und wollen dafür auch neue Strukturen und Rechtsgrundlagen entwickeln. Hilfe im ländlichen Raum
1754 muss sich an den Menschen orientieren. Sie darf nicht davon abhängig sein, wie reich eine Kommune
1755 ist, wo sie sich befindet oder wie viel Zeit ehrenamtliche Helfer:innen zur Verfügung haben. Wir
1756 setzen uns für die Öffnung insbesondere der Freiwilligen Feuerwehren für FLINTA* ein.

1757
1758 Brandschutz soll eine **weisungsgebundene Pflichtaufgabe** werden, damit sie nicht mehr vom
1759 Geldbeutel der Kommune abhängig ist. Der Freistaat muss so eine **sachsenweit gleiche**
1760 **Grundausstattung der Feuerwehren** garantieren und für die Finanzierung aufkommen. Ein Einsatz im
1761 Bevölkerungsschutz bedeutet nicht nur, jederzeit abrufbar zu sein, sondern auch, im Notfall sein
1762 Leben zu riskieren. Dieses besondere Engagement im Bevölkerungsschutz muss angemessen
1763 anerkannt werden. Das Mindeste ist es, dass endlich **Bildungsurlaub** für nötige Weiterbildungen
1764 gewährt und gefördert wird. Wir fordern außerdem **Rentenpunkte** als Anerkennung für diesen
1765 außergewöhnlichen Dienst an der Gesellschaft.

1766
1767 Wir wollen die **Prüfung einer gemeinschaftlichen Feuerwehrabgabe** für zusammenhängende
1768 Gewerbe- und Wirtschaftsansiedlungen, die durch gemeindliche Freiwillige Feuerwehren geschützt
1769 werden.

1770
1771 Wir wollen die Strukturen der humanitären Hilfe weiter ausbauen und den Bevölkerungsschutz mit all
1772 seinen Bereichen als gemeinsame Aufgabe denken. Dazu gehört für uns auch der **Aufbau**
1773 **europäischer Katastrophenschutzeinheiten** in Sachsen, die beispielsweise bei Flächenbränden oder
1774 Hochwasser zum Einsatz kommen können. Im Sinne der Inklusion sind die Bedürfnisse von Menschen
1775 mit Behinderung umfassender zu berücksichtigen, nicht nur im Rettungsfall. Wir setzen uns für einen
1776 **inklusiven Bevölkerungsschutz** ein, in dem auch Menschen mit Behinderung in den aktiven Dienst
1777 eingebunden werden können. Dazu gehören auch **barrierefreie Warnsysteme**, die im Ernstfall auch
1778 Menschen mit Behinderung erreichen.

1779
1780 Um die Menschen in Sachsen resilient zu machen, ist Aufklärung und Bildung nötig. Wir fordern den
1781 Ausbau von Bildungsangeboten ab der Kita und die entsprechende Ausstattung der Ausbilder:innen.

1783 Verbraucher:innenschutz

1784

1785 Zur sozialen Daseinsfürsorge gehört es auch, Menschen in ihrer Rolle als Konsumierende gegen oft
1786 übermächtige Marktakteure zu schützen. Diese Aufgabe erfüllt der Verbraucher:innenschutz. Dafür
1787 benötigt er eine **planbare, verlässliche und auskömmliche Finanzierung** von Seiten des Freistaats.
1788 Wir wollen, dass das nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen Raum, in den
1789 kleinen und mittleren Städten Sachsens erfolgt: Wir wollen den **Verbraucher:innenschutz im**
1790 **ländlichen Raum stärken**, z.B. durch die Förderung von Kooperations- und Kompetenzzentren der
1791 Verbraucherschutzzentrale oder durch die Verstetigung mobiler Beratungsprojekte. Im Sinne einer
1792 Entlastung der sächsischen Gerichte und eines **besseren Rechtsschutz für Verbraucher:innen** sollen
1793 Verbraucherschutzorganisationen bei der rechtlichen Durchsetzung von Verbraucher:inneninteressen
1794 in Form von Musterfeststellungs- oder EU-Verbandsklagen finanziell durch den Freistaat unterstützt
1795 werden.

1796

1797 Wir setzen uns für einen gesetzlichen **Rechtsanspruch auf kostenlose Schuldner:innenberatung** ein.
1798 Die Beratungen sollen nicht zeitlich begrenzt angeboten werden, sondern sich am Bedarf der
1799 Ratsuchenden orientieren. Damit die Kommunen dies gewährleisten können, müssen die Mittel
1800 deutlich aufgestockt werden. Freistaat und Kommunen sollen für eine effektive Schuldenprävention
1801 außerdem darauf hinwirken, dass die **Schuldner:innen- und die**
1802 **Verbraucher:inneninsolvenzberatung besser miteinander verknüpft** werden. Potenzial zum Ausbau
1803 der Angebote gibt es beim **Verbraucherschutz im digitalen Bereich**.

1804

1805 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, für **ausreichende Kapazitäten bei der**
1806 **Lebensmittelkontrolle** zu sorgen. Wir wollen das Personal der Landesuntersuchungsanstalt (LUA)
1807 aufstocken und setzen uns für interdisziplinäre Kontrolleinheiten ein. Die Ergebnisse der Hygiene- und
1808 Lebensmittelkontrollen müssen öffentlich zugänglich und verständlich sein.

1809

1810 Auch wenn immer mehr Menschen ihre alltäglichen Geldgeschäfte per Online-Banking abwickeln,
1811 setzen wir uns dafür ein, dass die **Sparkassen weiterhin flächendeckend einen Zugang zu Bargeld**
1812 **und Dienstleistungen vor Ort in ihren Filialen sicherstellen**. Das ist für uns eine Frage der
1813 Grundversorgung und der gleichberechtigten Teilhabe.

1814

1815 Weil die Klimakrise Extremwetterereignisse mit großen Schäden immer wahrscheinlicher macht,
1816 wollen wir das gesetzliche Recht, aber auch die Pflicht zur **Elementarschadenversicherung**. Alle
1817 Eigentümer müssen die Möglichkeit haben, ihr Objekt bezahlbar versichern zu lassen.

1818

1819 Angesicht der Verunsicherungen und Fragen, die mit der Energiewende einhergehen, setzen wir uns
1820 für den gezielten **Ausbau der unabhängigen Energieberatung** ein. Wir wollen die
1821 **Verbraucher:innenbildung stärken**, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Lebensweise.
1822 Der gesundheitliche Verbraucherschutz hat angesichts der demographischen Entwicklung in Sachsen
1823 eine große Bedeutung. Wir setzen uns daher für die **Einrichtung einer neutralen Patient:innen- und**
1824 **Pflegeberatung** ein.

1825

1826 Schlaglicht: Stadt & Land

1827

1828 Die Lebensentwürfe von Menschen sind verschieden: Viele schätzen die Ruhe und Naturnähe, die
1829 man in der Kleinstadt und auf dem Dorf genießen kann, andere ziehen das quirlige Treiben der
1830 Großstädte vor. Das ist auch völlig in Ordnung so. Wir finden, dass der Staat für **gleichwertige**
1831 **Lebensverhältnisse in Stadt und Land** sorgen muss. Niemand sollte dazu gezwungen sein, seinen
1832 Wohnort zu verlassen, weil er oder sie sich die eigene Wohnung nicht mehr leisten kann oder in der
1833 Heimat keine berufliche Perspektive findet.

1834

1835 Von diesem Zustand sind wir in Sachsen leider weit entfernt. Der aktuelle Sozialbericht der
1836 Landesregierung hat es einmal mehr gezeigt: Zwischen den beiden Metropolen Leipzig und Dresden
1837 und dem Rest Sachsens klafft eine große Lücke bei der Wirtschaftskraft, den Löhnen, der
1838 Infrastruktur und folglich auch bei der Zufriedenheit der Menschen. Der Bericht sagt auch voraus:
1839 Während Dresden und Leipzig in den nächsten Jahren wachsen werden, wird die Bevölkerung in
1840 ländlichen Regionen wie der Lausitz und dem Erzgebirge durch Abwanderung und Geburtenmangel
1841 weiter schrumpfen und altern.

1842

Wir fordern zuallererst, dass die Landkreise und Kommunen vom Freistaat für die Aufgaben, die er ihnen zuweist, das nötige Geld auch wirklich bekommen. Über die Verwendung ihrer Mittel sollten die **Kommunen selbstständiger** entscheiden können.

Die unterschiedlichen Lebenschancen in Stadt und Land führen dazu, dass die Menschen in den verschiedenen Regionen sich voneinander entfremden. Wer die gesellschaftliche Spaltung wirklich überwinden will, muss für gleichwertige Bedingungen sorgen. Nur wenn auch die Dörfer, Klein- und Mittelstädte attraktiv sind, werden sich junge Familien, Zuwanderer und innovative Unternehmen im ländlichen Raum ansiedeln. **Kreativität, Vielfalt und Offenheit** sind unverzichtbar auch für den wirtschaftlichen Erfolg von Regionen. Wo auf dem Land Räume rechter Vorherrschaft entstehen, sind gesellschaftlicher Rückschritt und ökonomischer Niedergang unvermeidlich.

Was die ländlichen Regionen brauchen, ist **Anschluss**. Das gilt zunächst für den Öffentlichen Fern- und Nahverkehr. Wir wollen den Menschen, die zur Arbeit pendeln oder Wege zu Schule und Ausbildung zurücklegen müssen, das Leben erleichtern. Deswegen treten wir für **Mindestbedienstandards** bei öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Flexible Rufbusse und Carsharing könnten dieses Angebot insbesondere in kleineren Gemeinden sinnvoll ergänzen. In einer Pilotgemeinde könnten auch die Potenziale der Beförderung mit autonomen Fahrzeugen erprobt werden. Der Preis für das schon jetzt zu teure 49-Euro-Ticket darf keinesfalls noch weiter erhöht werden. Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen sollen einen Rechtsanspruch auf **kostenlose ÖPNV-Nutzung** erhalten. Der ländliche Raum darf aber noch in einer anderen Hinsicht den Anschluss nicht verlieren: Nur mit schnellem Internet wird er auch für junge Leute und Start-up-Unternehmen attraktiv. Der Breitbandausbau muss beschleunigt und weiße Flecken beseitigt werden. Da der Markt dabei mancherorts versagt, muss der Staat selbst tätig werden und eine **Sächsische Gesellschaft für die Digitalisierung** gründen, die eine flächendeckende Versorgung sicherstellt.

Für die Menschen im ländlichen Raum ist es außerdem entscheidend, dass Bildung, Gesundheit und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort erreichbar und bezahlbar bleiben. Es dürfen keine weiteren Schulen geschlossen werden. Die Gründung von **Gemeinschaftsschulen** und freien Schulen darf nicht länger behindert, sie muss unterstützt werden. Wir treten auch für den Erhalt aller sächsischen Krankenhausstandorte ein. **Ganztags-Polikliniken** mit Notfallaufnahme und 24-Stunden-Betrieb sind eine Möglichkeit, die medizinische Versorgung auf dem Land zu sichern. Der Mangel an Haus- und Facharztpraxen zwingt viele Sachsen, lange Wege oder lange Wartezeiten auf sich zu nehmen. Wir wollen eine Entbürokratisierung, Anreize für Studierende der Medizin und bessere Löhne für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, damit wieder mehr Arztpraxen im ländlichen Raum entstehen. Wo Genossenschaften und Vereine **Ortstreffpunkte** gründen, muss der Staat dies finanziell unterstützen. Auch bestehende Läden, touristische und gastronomische Einrichtungen, können zu Treffpunkten werden, die zugleich als Laden, Café, Postfiliale und Tourismusinformation dienen und einen Raum bieten, wo Einheimische und Besucher:innen miteinander ins Gespräch kommen. Dies muss staatlich gefördert werden, um wirtschaftliche und soziale Perspektiven zu bieten.

Wirklich attraktiv wird das Leben erst durch das, was über das Notwendige hinausgeht. Wir brauchen auf dem Land Orte der Begegnung, Verständigung und Kultur. Wir wollen die **Mittel für die Kulturräume erhöhen**, um Kulturhäuser, Museen, Theater und Orchester auch im ländlichen Raum zu erhalten. Der Freistaat muss sich weiterhin darum bemühen, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in die sächsischen Regionen fließen. Nur so können auch Jugendtreffs, soziokulturelle Zentren und Vereinshäuser erhalten bleiben, in denen echtes Gemeinschaftsleben stattfinden kann. Der Freistaat muss die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Sportvereine auch deswegen besser unterstützen, weil sie für das Sozialleben im ländlichen Raum unverzichtbar sind. In vielen stark überalterten Kommunen kommen die Interessen der Jugendlichen zu kurz. Damit muss Schluss sein. Es braucht Freiräume für junge Leute, etwa selbst organisierte Jugendklubs, Skateanlagen und legale Graffitiflächen. Die professionelle **Jugendarbeit** darf nicht dem Sparzwang zum Opfer fallen, die Mittel dafür im Landeshaushalt müssen erhöht werden.

Es gibt aber auch Probleme, die besonders die Großstädte betreffen. Drängend sind hier der **Wohnungsmangel** und die immer schneller steigenden Mieten, die gerade für Studierende und andere Menschen mit geringem Einkommen das Leben unbezahlbar machen. In ihrem Interesse werden wir weiter dafür kämpfen, einen **wirksamen Mietendeckel** durchzusetzen, profitgierige Immobilienkonzerne zu vergesellschaften und eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen, um

1903 endlich einen sozialen Wohnungsbau in großem Umfang zu organisieren, der günstigen Wohnraum
1904 schafft. Dem weiteren Wachsen der Städte ins Umland, ziehen wir, wo möglich, die Entwicklung der
1905 Stadtzentren und zentrumsnahen Gebiete vor. Damit wollen wir dafür sorgen, dass die Kernstädte
1906 zum Arbeiten, Einkaufen und Leben attraktiv bleiben, statt weiter vorrangig Einkaufszentren,
1907 Gewerbegebiete und neue Wohnsiedlungen auf die „grüne Wiese“ zu bauen.
1908
1909 Wir wollen dafür sorgen, dass in Sachsen die Menschen in Stadt und Land einander nicht mehr
1910 misstrauisch oder neidvoll beäugen, sondern sich als gleichberechtigte Teile derselben Gesellschaft
1911 verstehen.
1912

1913 III. Bildung

1914
1915 Vorwort

1916 Kita

1918
1919 Erfolgreiche Bildung beginnt schon in der ersten Lebensphase, also in den Kinderkrippen und
1920 Kindergärten. Zusammen mit den Horten für Grund- und Förderschüler:innen gehören sie zu den
1921 Kindertageseinrichtungen (Kitas). Die Arbeit in den Kitas in Sachsen erfolgt nach dem Sächsischen
1922 Bildungsplan. Er hat sich prinzipiell bewährt, sollte aber ständig an neue gesellschaftliche
1923 Bedingungen und Entwicklungen angepasst werden.

1924
1925 In vielen europäischen Staaten sind **Kindertagesstätten** bereits **kostenfrei für Eltern**. Auch andere
1926 Bundesländer wie Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben das schon erreicht – nicht zuletzt dank
1927 des Einsatzes der Linken. Wir wollen, dass dies auch in Sachsen bald so ist – weil eine gute Bildung
1928 der Kindern nicht davon abhängen darf, wie viel Geld ihre Eltern haben. In einem ersten Schritt wollen
1929 wir in Sachsen in Kindertageseinrichtungen und in Schulen die **Kosten für die Essenversorgung**
1930 **abschaffen**. Bereits seit 2008 fordern wir im Sächsischen Landtag eine kostenfreie
1931 Mittagsversorgung in Kita und Schule. Der Bürgerrat „Ernährung und Wandel“ gibt uns mit seiner
1932 Empfehlung vom Januar 2024 „Investition in die Zukunft: **Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder** als
1933 Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit.“ recht. Ein warmes, gesundes und
1934 abwechslungsreiches Mittagessen, am besten gekocht in der Kitaeigenen Küche, gehört zum Kita-
1935 Tag dazu. Die Kosten hierfür sollten im Landeshaushalt eingestellt sein. Das sollte Sachsen seine
1936 Kinder wert sein! Die eigentlichen **Kita-Beiträge** sollen nicht mehr steigen und innerhalb der nächsten
1937 fünf Jahren schrittweise **abgeschafft** werden.

1938
1939 Wir wollen auch die Qualität der Betreuung in den Kitas verbessern. Wir streben eine **Fachkraft-Kind-**
1940 **Relation (Betreuungsschlüssel)** von 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten an. Bei der
1941 Berechnung von Personalschlüsseln müssen Vor- und Nachbereitungszeiten ebenso wie Ausfallzeiten
1942 (wie Krankheit oder Urlaub) in die Berechnung einfließen, um die Fachkraft-Kind-Relation von
1943 mindestens 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten sicherzustellen. Dies ist jedoch
1944 frühestens in zwei Wahlperioden zu erreichen, da es dazu zunächst einer ausreichenden Zahl gut
1945 ausgebildeter Erzieher:innen bedarf. Dann sollen auch **multiprofessionelle Teams** in den Kitas eine
1946 Selbstverständlichkeit sein.

1947
1948 Deshalb wollen wir der **Erzieher:innenausbildung** auch eine besondere Priorität einräumen. Wir
1949 wollen mehr junge Menschen, gerade auch Männer, für diesen Beruf gewinnen – durch attraktive
1950 Ausbildungsbedingungen mit einer Vergütung der Ausbildung und durch gute Berufsperspektiven.
1951 Den Zugang zur Erzieher:innenausbildung wollen wir erleichtern, um kurzfristig die Situation zu
1952 verbessern.

1953
1954 Die Arbeit mit Kindern in Kindertageseinrichtungen muss insgesamt attraktiver werden. Dazu muss
1955 der **Arbeits- und Gesundheitsschutz** verbessert werden, etwa durch ergonomisch gute Stühle für
1956 Erzieher:innen. Sie brauchen auch eine großzügigere **Vor- und Nachbereitungszeit für die**
1957 **pädagogische Arbeit** und nicht zuletzt eine deutlich **bessere Bezahlung**.

1958
1959 Kinder mit Behinderung, Kinder ohne deutsche Muttersprache und Kinder mit Fluchterfahrung
1960 erfordern zusätzliches Personal und zusätzliche Ressourcen – die wollen wir im Sinne einer
1961 **konsequenten Inklusion** jeder Kindertageseinrichtung zur Verfügung stellen. Der grundlegende
1962 Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung gilt auch für Kinder mit Behinderungen.
1963 Bislang liegt es jedoch im Ermessen des Einrichtungsträgers, ob die notwendigen Förderbedingungen
1964 bereitgestellt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kinder mit Behinderungen oder
1965 besonderem Förderbedarf zusammen mit Kindern ohne Behinderungen inklusiv betreut und
1966 individuell gefördert werden. Dementsprechend müssen der Personalschlüssel und die bauliche
1967 Gestaltung und Ausstattung der Einrichtung bzw. der Räumlichkeiten der Kindertagespflegestelle
1968 angepasst werden.

1969
1970 In der frühkindlichen Bildung wollen wir die **Akzeptanz** von unterschiedlichen Lebensentwürfen und
1971 von Interkulturalität stärken. Wir wollen überall in Sachsen Kitas zu **Eltern-Kind-Zentren**

1972 weiterentwickeln. Diese Entwicklung muss inhaltlich und personell gefördert werden. Wir brauchen
1973 nicht immer neue „Modellprojekte“, sondern ein flächendeckendes System guter Kitas.

1974

1975 Die Kosten für alle Verbesserungen im Kita-Bereich wollen wir nicht den Städten und Gemeinden
1976 aufbürden, sondern komplett aus dem sächsischen Landeshaushalt finanzieren.

1977

1978 Den Rückgang der Geburten im Freistaat Sachsen sehen wir als Chance, die Bildungsqualität und die
1979 Arbeitsbedingungen an den sächsischen Kitas zu verbessern. Er darf nicht dazu missbraucht werden,
1980 die Mittel im Landeshaushalt für den Landeszuschuss zu kürzen, der den Kindertageseinrichtungen
1981 zugutekommt! Den Spielraum, den uns die demografische Entwicklung gibt, wollen wir nutzen, um
1982 den **Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern** (Kinder im Alter von 0-3 Jahren 1:4, für Kinder im Alter
1983 von 3-6 Jahren 1:10 und für Kinder im Alter von 7-10 Jahren 1:16).

1984

1985 **Schule**

1986

1987 Schule ist keine Rennstrecke, Verstehen braucht Zeit. Schule und Unterricht können und müssen sich
1988 wandeln. Lehrinhalte sollen interdisziplinär und altersstufenübergreifend vermittelt werden. Schule
1989 sollte als ein Ort der Begegnung von Generationen und von Kulturen verstanden werden, mit der
1990 Aufgabe, gemeinsame Orientierungen zu entwickeln, die trotz aller Verschiedenheit das **Fundament**
1991 **einer demokratischen Gesellschaft** bilden.

1992

1993 Wir wollen eine Reform der Bildung, die mehr anstrebt als kurzfristiges Qualitätsmanagement um
1994 ökonomischer Standortvorteile willen. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen und offenen Debatte
1995 darüber, wo die Defizite des gegenwärtigen Bildungssystems liegen und welche Veränderungen
1996 notwendig sind. Es braucht mehr analoge und digitale Räume, in denen Kinder die Freiheit haben,
1997 gemeinsam an Projekten zu arbeiten.

1998

1999 Wir setzen uns dafür ein, dass die **Gemeinschaftsschule** zum Standard im sächsischen
2000 Bildungssystem wird. Dafür muss diese Schulform mit Unterstützung der zukünftigen Verwaltung
2001 sowie regionaler Beratungsstellen weiter ausgebaut werden. Bisher wurden lediglich vier
2002 Gemeinschaftsschulen und drei Oberschulen+ gegründet. Wir möchten die Gründung von
2003 Gemeinschaftsschulen erleichtern, beispielsweise die erforderliche Zahl von Parallelklassen
2004 (Mindestzügigkeit) senken, um auch im ländlichen Raum längeres gemeinsames Lernen zu
2005 ermöglichen. Zunächst kann die Oberschule+ dafür den Weg ebnen, doch halten wir langfristig an
2006 dem Ziel fest, die Gemeinschaftsschule überall in Sachsen zu etablieren, damit jedes Kind die
2007 Möglichkeit bekommt, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen. Wir wollen dafür sorgen, dass die
2008 Verwaltung sich Schulgründungen gegenüber freundlich verhält und sie personell, organisatorisch
2009 und finanziell unterstützt. Nötig sind dazu auch differenzierte Lernkonzepte für die Kinder sowie die
2010 Weiterbildung von Lehrkräften. Gemeinschaftsschulen können helfen, den Lehrkräftemangel zu
2011 lindern, Unterrichtsausfall zu vermeiden und Schulabbrüche zu verhindern. An ihnen wird
2012 jahrgangsübergreifend, selbstbestimmt und projektbezogen gelernt. Zudem **fördern**
2013 **Gemeinschaftsschulen auch die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.**
2014 Dort kann jedes Kind bis zuletzt jeden Abschluss erreichen, ohne voreilig aussortiert zu werden.

2015

2016 **Schulen in freier Trägerschaft** sind ein wichtiger Bestandteil des sächsischen Bildungssystems, der
2017 durch verfassungsgesetzliche Vorgaben gesichert ist. Den freien Schulen dürfen in personeller,
2018 finanzieller Ausstattung sowie bei der Bezahlung von Lehrkräften keine Nachteile gegenüber den
2019 staatlichen Schulen entstehen, denn sie geben wichtige inhaltliche, konzeptionelle und methodische
2020 Impulse für das gesamte Schulwesen.

2021

2022 Wir wollen mit einem **Schulbudget** den Schulen mehr Flexibilität ermöglichen, um selbstständig
2023 besondere Bedarfe abzudecken und auch kurzfristig auf Herausforderungen im Schulalltag reagieren
2024 zu können. Wir fordern, dass allen Schülerinnen und Schülern alle **notwendigen Lernmittel kostenfrei**
2025 zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch die technische Ausstattung, die für den Unterricht
2026 erforderlich ist, sowie der Zugang zu schnellem Internet. Jeder **Lehrkraft** muss ein professionell
2027 installiertes und gewartetes Endgerät zur Verfügung gestellt werden. An den Schulen sind IT-
2028 Administrator:innen für die Gerätewartung zuständig, nicht die Lehrkräfte. Um die digitalen
2029 Kompetenzen der Lehrkräfte zu verbessern, müssen ihnen Weiterbildungen angeboten werden. Eines
2030 unserer Herzensanliegen ist die **kostenlose, vollwertige und gesunde Mittagsversorgung** an
2031 allgemeinbildenden Schulen und der Betrieb schuleigener Küchen. Wir fordern die Einführung

2032 **individueller Kompetenztests Motorik** an allen sächsischen Grundschulen (analog zum
 2033 Kompetenztest Deutsch und Mathematik) sowie die Rückkehr zur 3. Sportstunde. **Schulbibliotheken**
 2034 und Leseräume sollen Standard an allen Sächsischen Schulen sein. Das muss sowohl personell als
 2035 auch finanziell entsprechend abgesichert sein.

2036
 2037 Wir fordern **Rahmenlehrpläne**, die mehr Freiräume für Lehrende und Lernende lassen und es ihnen
 2038 ermöglichen, sich stärker an den lebensweltlichen Belangen von Schülerinnen und Schülern zu
 2039 orientieren. Der Unterricht soll von vornherein stärker projektbezogen und handlungsorientiert
 2040 angelegt werden. Wir wollen prüfen, inwieweit in den Lehrplänen und Stundentafeln die wichtigen
 2041 Themen Politische Bildung, Medienbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker
 2042 berücksichtigt werden können. Daneben setzen wir uns für eine Stärkung der musischen Fächer ein.
 2043 Rahmenlehrpläne sollen dazu genutzt werden, die Berufsbilder und Lehrinhalte an die Bedingungen
 2044 unserer Zeit anzupassen.

2045
 2046 Wir wollen ein zusätzliches **Fach „Medienkunde“** einführen. Nur Menschen, die mit Medien kompetent
 2047 umgehen können, tragen zur Entwicklung einer funktionierenden Demokratie bei. Daher ist es eine
 2048 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für Medienkompetenz zu sorgen. Medien bestimmen unseren
 2049 Alltag, besonders die neuen digitalen und sozialen Medien haben an Bedeutung gewonnen. Eine
 2050 mündige und verantwortungsvolle Mediennutzung setzt eine stetig wachsende Medienkompetenz
 2051 voraus, deren Grundlagen bereits im Schulunterricht geschaffen werden sollten. Ziel muss es sein,
 2052 Schüler:innen, Lehrer:innen und auch Eltern bei der Nutzung digitaler Medien zu unterstützen. Dafür
 2053 benötigen wir Medienpädagog:innen an den Schulen. Sie können dann auch beraten, wenn sich
 2054 aktuelle Fragen stellen, wie z.B. beim Umgang mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im
 2055 Lehr- und Lernalltag. Wir werden eine Offensive auf dem Gebiet der Medienbildung in Sachsen
 2056 starten. Sie soll sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Eltern und Lehrkräfte
 2057 richten. Die Vorstellung, man könnte junge Leute vor schädlichen Einflüssen abschirmen, ist
 2058 illusorisch. Stattdessen setzen wir darauf, ihnen einen selbstbewussten und kompetenten Umgang
 2059 mit allen Medien beizubringen. Medienkompetenz umfasst dabei für uns folgende Punkte: Menschen
 2060 müssen in die Lage versetzt werden, kritisch zu konsumieren, Medien zielgerichtet einzusetzen, mit
 2061 ihnen zu interagieren und sie weiterzuentwickeln. Sie müssen wissen, wie Medieninhalte rechtssicher
 2062 geschaffen werden können und welche Rolle Algorithmen bei ihrer Zusammenstellung spielen. Sie
 2063 sollten sensibel dafür werden, wie sie mit ihren personenbezogenen Daten im Netz umgehen. Sie
 2064 sollten lernen, sich in der Welt elektronischer Medien zu orientieren und wissen, welche Chancen für
 2065 Information und Teilhabe, aber auch welche Gefahren sich ergeben. Nur so können sie
 2066 selbstbestimmt in einer digitalisierten Gesellschaft agieren. Nur so kann auch der
 2067 Jugendmedienschutz sichergestellt werden. Medienpädagogische Angebote müssen flächendeckend
 2068 und ausreichend finanziert für alle Altersgruppen in Sachsen zur Verfügung stehen.

2069
 2070 **Außerschulische Lernorte** wie Bibliotheken, Museen, Konzerthäuser, Forschungszentren, Theater
 2071 und Gedenkstätten sollten in die Unterrichtsgestaltung mit einbezogen werden. Gleiches gilt für
 2072 externe Bildungsträger sowie Akteurinnen und Akteure aus der **Berufspraxis**.

2073
 2074 **Schulsozialarbeit** muss es verpflichtend an allen Schulen geben, den Grund- und Oberschulen, den
 2075 Gymnasien sowie den Gemeinschafts- und Förderschulen und auch an Berufsschulen. Wir streben an,
 2076 **für jede Schule mindestens ein:e Sozialarbeiter:in** zur Verfügung zu stellen. Für die
 2077 Schulsozialarbeiter:innen muss der Verwaltungsaufwand verringert werden. Die Sachkostenpauschale
 2078 zur finanziellen Absicherung strukturqualitativer Prozesse (z.B. Fachberatung, Teamleitung) soll
 2079 erhöht werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, den **schulpsychologischen Dienst und das Anti-**
 2080 **Mobbing-Programm** auszubauen.

2081
 2082 Wir wollen eine „**Schule für alle**“, an der alle Kinder gemeinsam lernen können, unabhängig von ihrer
 2083 sozialen Herkunft, Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. So lassen
 2084 sich Vorurteile abbauen und Solidarität kann erlernt werden. Gemeinsames Lernen wirkt nachweislich
 2085 positiv auf den Lernerfolg, wenn es richtig konzipiert und fachlich unterstützt wird. Eine inklusive
 2086 Gesellschaft beginnt in der Kita und setzt sich in einer inklusiven Schule fort. In der
 2087 Klassenbildungsverordnung ist die Schwelle der Anerkennung von Kindern mit besonderem
 2088 Förderbedarf zu hoch, die Förderung sollte erleichtert werden. Sachsen hält an einem
 2089 Förderschulwesen fest, das nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar ist und auch
 2090 immer wieder international kritisiert wird. Das Recht auf inklusive Beschulung muss im Sächsischen
 2091 Schulgesetz verankert werden. Wir wollen chancengleiche Bildung ohne Diskriminierung. Wir wollen

2092 allen Schüler:innen und ihren Eltern das Recht auf die freie Wahl der Schulform ermöglichen. Dazu
 2093 wollen wir die Trennung der Schulformen überwinden, das Förderschulsystem zurückbauen und die
 2094 Aufnahme von Schüler:innen mit Behinderungen in Regelschulen ermöglichen. Für eine inklusive
 2095 Bildung ist eine umfassende Ausstattung der Regel-schulen notwendig. Sonderpädagog:innen, die für
 2096 den inklusiven Unterricht dringend benötigt werden, sollen auch in regulären Schulen unterrichten.
 2097 Außerdem setzen wir uns dafür ein, inklusive Lehr- und Lernkonzepte in der allgemeinen
 2098 Lehrer:innenausbildung fest zu verankern sowie alle Lehrkräfte im Bereich inklusive Bildung
 2099 weiterzubilden. Mehr Schulassistenzen sollen den Unterricht unterstützen, barrierefreie
 2100 Schulgebäude müssen geschaffen werden, damit der Wunsch, eine bestimmte Schule zu besuchen,
 2101 nicht an einer fehlenden Rampe scheitert. Schließlich sollte die Deutsche Gebärdensprache als
 2102 Fremdsprache anerkannt und an Schulen verstärkt vermittelt werden. Wir wollen außerdem eine
 2103 gesetzliche Grundlage für den Anspruch auf Beschulung in Gebärdensprache für gehörlose
 2104 Schüler:innen (in Förderzentren) schaffen und die kontinuierliche Kompetenzerweiterung von
 2105 Lehrkräften im Ausüben und Anwenden der Deutschen Gebärdensprache sicherstellen.

2106
 2107 Es wird keine gute Bildung für alle geben, wenn nicht im Grundgesetz **Bildung als**
 2108 **Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern** verankert wird. Ebenso wichtig ist es, Schule, Kita
 2109 und Hort zusammenzudenken. Wir wollen ein **kommunales Bildungsmanagement** einführen. Es kann
 2110 entscheidend dazu beitragen, das kommunale Bildungswesen weiterzuentwickeln. Die Daten und
 2111 Fakten der jeweiligen Bildungssituation vor Ort müssen analysiert werden, aus den Ergebnissen der
 2112 Analyse lässt sich schließen, wie die Bildungsangebote gesteuert und koordiniert werden müssen,
 2113 damit der Bedarf gedeckt wird.

2114
 2115 Es braucht einen **Zukunftsstaatsvertrag zur verstärkten Zusammenarbeit der Länder im Bereich**
 2116 **der Bildung**. Dieser Zukunftsstaatsvertrag sollte die folgenden Regelungen zur Kooperation und
 2117 Vereinheitlichung enthalten: Der Bedarf an Lehrkräften für die beteiligten Bundesländer sollte über
 2118 standardisierte Prognosen ermittelt werden. Alle Bundesländer verpflichten sich, Lehrkräfte in einer
 2119 Zahl und Art auszubilden, die dem Bedarf gerecht wird. Gemeinsame Standards werden eingeführt
 2120 und umgesetzt, insbesondere werden gemeinsame Standards der Auswahl, der Qualifizierung und
 2121 der Qualitätssicherung des Quereinstiegs in das Lehramt einheitlich festgelegt. Für die
 2122 Ausbildungskosten wird ein gerechter Länderfinanzausgleich eingeführt. Für Länder, aus denen vor
 2123 Ort ausgebildete Lehrer:innen in andere Bundesländer abwandern, muss es einen finanziellen
 2124 Ausgleich geben.

2125
 2126 Wir wollen **Kopfnote abschaffen**. Die Persönlichkeit eines jungen Menschen lässt sich nicht mit vier
 2127 Zahlen erschöpfend erfassen. Es ist gut möglich, dass diese grobe und unvollständige Darstellung
 2128 des Entwicklungsstandes ungerechtfertigte Nachteile verursacht. Deshalb ist es sinnvoll, die
 2129 Kopfnote durch **schriftliche Beurteilungen** zu ersetzen. Um Rechtssicherheit zu schaffen und
 2130 Rechtsstreitigkeiten künftig zu vermeiden, ist eine gesetzliche Regelung nötig. **Hausaufgaben sollen**
 2131 **abgeschafft werden**. Wir wollen die Ganztagschule mit vielfältigem Lehr- und Lernangebot.
 2132 Hausaufgaben werden überflüssig, auch fehlt die Zeit im Schulalltag. Zudem haben Studien gezeigt,
 2133 dass Hausaufgaben nur geringen Einfluss auf die Leistungsentwicklung der Schülerinnen und Schüler
 2134 haben. In der Freizeit sollten Sport, Kultur und Freund:innen an erster Stelle stehen dürfen. Schule
 2135 verstehen wir als inklusiven Lernort mit multiprofessionellen Bildungsteams. Die Diagnostikverfahren,
 2136 die individuelle Lernstände erfassen, sollten so reformiert werden, dass Schüler:innen von Beginn an
 2137 die Unterstützung erhalten, die sie für ein erfolgreiches Lernen benötigen.

2138
 2139 Die Arbeitsbelastung der **Lehrkräfte** hat enorm zugenommen. Sie müssen lange arbeiten und haben
 2140 auch in den Ferien kaum Zeit, sich ausreichend zu erholen. Im Schuljahr 2022/2023 fielen 1,6 Millionen
 2141 Unterrichtsstunden aus, auch wegen des hohen Krankenstandes.
 2142 Wir wollen, dass Lehrkräfte sich wieder mehr auf die Bildung der Kinder und Jugendlichen
 2143 konzentrieren können. Dafür müssen sie entlastet werden, indem bessere Arbeitsbedingungen
 2144 geschaffen werden. Aufgaben, die nichts mit dem Unterricht zu tun haben, sollten durch
 2145 multiprofessionelle Teams übernommen werden, in denen Spezialist:innen für Verwaltung,
 2146 Informationstechnik, Schulsozialarbeit und Psychologie arbeiten. Es ist notwendig, das
 2147 **Regelstundenmaß abzusenken** oder **zusätzliche Anrechnungsstunden für Klassenlehrer:innen**
 2148 einzuführen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass **keine „Zwangsteilzeit“** für Lehrer:innen
 2149 eingeführt wird, auch wenn es zu dem Rückgang der Schüler:innenzahl kommt, der für die Zukunft
 2150 vorhergesagt wird. Im Gegenteil: Wenn sich das Zahlenverhältnis zwischen Lehrkräften und
 2151 Schüler:innen ändert, muss das unbedingt dafür genutzt werden, die Qualität des Unterrichts zu

verbessern. So sollte es möglich werden, **die maximale Größe von Klassen (Klassenteiler) zu senken**, damit sich die Lehrkräfte intensiver um ihre Schüler:innen kümmern können.

Wir setzen uns dafür ein, zusätzliche **Anreize für das Lehramtsstudium** zu bieten, um dem gegenwärtigen Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken. Wir brauchen deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer! Anreize könnten zum Beispiel Stipendien sein. Der Schwerpunkt des Lehramtsstudiums muss auf der Vermittlung didaktischer Kenntnisse liegen. Die fachlichen Inhalte sollten sich, besonders in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen, stärker an den Bedürfnissen der Unterrichtspraxis orientieren. So ließe sich auch verhindern, dass weiterhin so viele Studierende ihr Studium in diesem Bereich abbrechen. Die Praxisanteile in der Lehramtsausbildung sollten deutlich erhöht werden. Ausländische Abschlüsse müssen wesentlich schneller anerkannt werden.

Die zweite Phase der Lehramtsausbildung, das Referendariat, ist unbedingt für alle Bewerbenden zu gewährleisten, wir dürfen hier niemanden von den Absolvent:innen verlieren. Zugleich muss im **Referendariat** mehr unterstützend als abprüfend an die Ausgebildeten herangegangen werden. Viele empfinden diese Phase als emotional belastend und brechen ab, sodass Sachsen Menschen für das Lehramt verliert. Im Referendariat sollte in Lehrer:innenbildungsseminaren und an den Ausbildungsschulen stärker individuell auf die Referendar:innen eingegangen und die Qualität der Ausbildung mit Bezug zur Praxis weiter vertieft werden. Die neueren Herausforderungen des Schulalltags (Inklusion, Digitalisierung, Veränderungen der Lebenswirklichkeiten) müssen eine angemessenere Rolle spielen.

Wir setzen uns für eine **Regionalisierung der Lehramtsausbildung** ein. Auf diese Weise können wir Lehrerinnen und Lehrer besser für die Regionen in Sachsen gewinnen, in denen der Lehrkräftemangel am höchsten ist. Dazu sollten Außenstellen der Universitäten in Ost- und Westsachsen errichtet werden. Zudem wollen wir prüfen, ob das **Lehramtsstudium zum Dualen Studium** weiterentwickelt werden kann. So bekäme es mehr Bezug zur Praxis und wäre besser regional verankert. Lehrkräfte sollten nach Schulstufen statt nach Schularten ausgebildet werden, damit sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind. Wir müssen jungen Menschen, die heute Lehrkraft werden wollen, Flexibilität und Chancen für ihre persönliche Entwicklung bieten.

Wir setzen uns dafür ein, **Deutsch als Zweitsprache** an jeder Schule zu fördern. Es ist problematisch, dass die Sprachförderung meist abbricht, wenn die Kinder und Jugendlichen von der Vorbereitungsklasse in die Regelklasse wechseln. Es braucht etwa fünf bis sechs Jahre, bis man sicher in der Bildungssprache ist. Der Unterricht in den Vorbereitungs- oder Übergangsklassen ist in der Regel aber auf ein bis zwei Jahre begrenzt. Die wichtigste Voraussetzung für einen gelungenen DaZ-Unterricht sind gut ausgebildete Lehrkräfte. Die haben wir noch zu wenig. Für uns ist klar: sprachliche Förderung von Zugewanderten muss eine Standardaufgabe im Bildungssystem sein. Dafür braucht es dauerhafte Ressourcen und entsprechende Unterstützung durch das passende Unterrichtsmaterial an allen Schulen.

Das Pilotprojekt „**Schule der Vielfalt**“ wollen wir auf ganz Sachsen ausweiten und vielfältige Sexualbildung in allen Lehrplänen verankern. An Schulen und Hochschulen sollen verbindlich unabhängige Beschwerdestellen für Queerfeindlichkeit und Rassismus eingerichtet werden. Für queere Jugendliche aus Elternhäusern, die die sexuelle Identität ihrer Kinder nicht akzeptieren, wollen wir Zufluchtsmöglichkeiten schaffen.

Die zukünftig **sinkende Zahl an Schüler:innen** im Freistaat Sachsen sehen wir als **Chance**. Anders als die Regierenden möchten wir sie nicht nutzen, um Geld zu sparen, sondern um kleinere Klassen zu schaffen. Das kommt der Bildung zugute und entlastet die Lehrerinnen und Lehrer. Mit uns wird es **keine Schulschließungen** geben! Besonders nicht im ländlichen Raum.

Zum Schutz der **sorbischen Identität** gehört es für uns auch, die Verbotspolitik der Nationalsozialisten gegenüber den Sorben aufzuarbeiten. Sorbisch als zweite Amtssprache sollte weiter ausgebaut werden. Es sollte flächendeckend die Möglichkeit geben, in Sachsen Sorbisch zu lernen. Sorbische Geschichte sollte Teil des Schulunterrichts werden.

Wir wollen die Entwicklung und Umsetzung von zukunftsfähigen Konzepten für lebenslange Bildung in Sachsen. Wir verstehen Bildung als lebenslangen Prozess. Um ihn zu ermöglichen, benötigen wir

2212 fortschrittliche Konzepte. Jede und jeder in Sachsen sollte die Möglichkeit haben, an Bildung
2213 teilzuhaben. Deshalb wollen wir Bildungsgutscheine einführen, die landesweit gültig sind. Mit diesen
2214 Bildungsgutscheinen soll es den Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, anerkannte Kurse,
2215 Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen bei öffentlichen und privaten Bildungsträgern
2216 wahrzunehmen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass das informelle Lernen und non-formale
2217 Bildungsangebote anerkannt und gefördert werden, also lebenslange Bildung außerhalb der
2218 Institutionen in Alltag und Freizeit.

2219
2220 Die **Volkshochschulen** und andere anerkannte Träger:innen der Weiterbildung haben einen
2221 gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Grundförderung, um die Erwachsenenbildung
2222 flächendeckend, aufsuchend, inklusiv und leistungsfähig auszubauen. Lebenslanges Lernen ist für
2223 uns eine Selbstverständlichkeit. Umso mehr setzen wir uns für den Erhalt der Volkshochschulen, den
2224 umfassenden Ausbau der kommunalen Präsenz in ganz Sachsen und die dafür notwendige
2225 Grundfinanzierung durch den Freistaat Sachsen ein. Für die VHS-Kursleiter:innen sind rechtlich
2226 abgesicherte und angemessen vergütete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Die
2227 Volkshochschulen und andere anerkannte Träger:innen der Weiterbildung werden durch uns das
2228 Recht erhalten, staatliche Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen
2229 durchzuführen.

2230 2231 Berufliche Bildung

2232
2233 Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Sachsen das bewährte **duale System der Berufsausbildung** der
2234 Regelfall bleibt. Es ist eine Grundlage dafür, dass die Beschäftigten in Sachsen so gute Arbeit leisten.
2235 Leider entscheiden sich zu wenige junge Menschen für eine Ausbildung, zu viele brechen sie ab. Wir
2236 wollen die **Berufsausbildung attraktiver** machen.

2237
2238 An erster Stelle steht hier für uns eine **Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % des tariflich**
2239 **gezahlten Entgelts**. Dies ist absolut notwendig, denn die Ausbildungsvergütungen sind selbst in
2240 Schlüsselbranchen des sozial-ökologischen Wandels deutlich zu niedrig. Um die Auszubildenden in
2241 Sachsen zu entlasten, **müssen sämtliche Schulgelder im Freistaat Sachsen abgeschafft werden**.
2242 Auszubildende benötigen eine elternunabhängige **Grundsicherung**. Wir fordern eine
2243 Mindestausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht. Wir wollen außerdem
2244 ein **kostenfreies Mobilitätsticket** für den öffentlichen Nahverkehr, denn ein großer Teil der
2245 sächsischen Auszubildenden muss lange Wege zur Berufsschule zurücklegen. Das kostet Zeit und
2246 Geld. Aus dem gleichen Grund wollen wir sicherstellen, dass Auszubildende in Landesfachklassen
2247 überall **ausreichend mit Wohnheimplätzen** versorgt werden. Um die Auszubildenden beim Weg
2248 zwischen Ausbildungsbetrieb und Wohnort zu entlasten, wollen wir einen kostenfreien Azubi-Shuttle-
2249 Service zwischen Betrieb und Wohnort.

2250
2251 Zu viele junge Menschen brechen ihre Ausbildung ab, weil sie zu spät feststellen, dass die Ausbildung
2252 nicht zu ihnen passt. Um dies zu verhindern, benötigen wir ein durchgängiges
2253 **Berufsorientierungssystem** an weiterführenden Schulen: Um einen erfolgreichen Übergang von der
2254 Schule in die Berufsausbildung zu erleichtern, sollen als Orientierungshilfe bereits ab Klasse 5
2255 unterschiedliche Berufsfelder vorgestellt werden. Übergangsphasen wie das Berufsvorbereitungsjahr
2256 und das Berufsgrundbildungsjahr wollen wir weiterentwickeln. Wir wollen außerdem den praktischen
2257 Unterricht an den Schulen erweitern, damit Schüler:innen Lust aufs Handwerk bekommen. Um allen
2258 den Abschluss einer Berufsausbildung zu ermöglichen, muss die Förderung der beruflichen
2259 Erstausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit über das 25. Lebensjahr hinaus ermöglicht
2260 werden. Wir schlagen zudem eine „Landes(nach)ausbildungsinitiative“ für junge Menschen ohne
2261 vollwertigen Berufsabschluss vor. Studierende auf Lehramt müssen besser auf die Aufgabe der
2262 Berufsorientierung vorbereitet werden. Gemäß dem „Pakt für duale Ausbildung“ sollte die
2263 **Berufsausbildung als gleichwertige und attraktive Alternative** zur akademischen Ausbildung
2264 gezeigt werden.

2265
2266 Um zu vermeiden, dass Auszubildende scheitern, muss aber auch die **Ausbildungsqualität gesichert**
2267 werden. Für die Berufsschulen müssen ausreichend Lehrkräfte gewonnen und qualifiziert werden. Die
2268 **Arbeitsbedingungen müssen kontrolliert werden**: durch die Kammern nach den Vorgaben des
2269 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und durch staatliche Behörden nach den Regeln des Jugendschutzes.
2270 Geprüft werden muss verstärkt, ob ein betrieblicher Ausbildungsplan vorhanden ist, ob die vertraglich
2271 geregelten und gesetzlich festgeschriebenen Arbeitszeiten eingehalten werden, ob verbotene

2272 ausbildungsfremde Tätigkeiten tatsächlich unterbleiben und ob die Freistellungsansprüche
2273 eingehalten werden. Wir wollen außerdem durchsetzen, dass die **sozial-psychologische Betreuung**
2274 **der Auszubildenden** verstärkt wird. Denn manchmal sind es persönliche oder soziale Schwierigkeiten
2275 der oft noch minderjährigen Auszubildenden, die zum Abbruch der Ausbildung führen.

2276
2277 Wir wollen das Verfahren zur Anerkennung von Berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft
2278 reformieren. Die staatlichen **Beruflichen Schulzentren (BSZ)** dürfen gegenüber berufsbildenden
2279 Schulen in freier und privater Trägerschaft nicht länger benachteiligt werden. Das gilt für die
2280 Ausbildungsverträge und für die Bereitstellung des nötigen Lehrpersonals. Wir fordern, dass beide
2281 Schulformen gleichgestellt werden. Zudem setzen wir uns für den Ausbau der Berufsberatung ein,
2282 insbesondere für den zweiten Bildungsweg. Außerdem wollen wir zur Überwindung längst überholter
2283 Geschlechterrollen auf dem Arbeitsmarkt bereits frühzeitig ansetzen, indem wir den Bereich der
2284 Berufsorientierung für Schüler:innen reformieren und ausbauen. Dazu wollen wir eine
2285 geschlechtersensible Berufsberatung und -orientierung fördern sowie gendersensible Sprache in
2286 Schulen nutzen, um berufliche Rollenklischees aufzubrechen.

2287
2288 Wir werden ein **inklusives Ausbildungssystem** für die Berufsausbildung von Menschen mit
2289 Behinderung etablieren, in dem niemand ausgeschlossen wird. Dazu müssen die Berufsschulen
2290 angemessen ausgestattet werden. Wir wollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung für Menschen
2291 mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen so erweitern, dass flexible Möglichkeiten zur
2292 Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschlusses bestehen.

2293
2294 **Jugendliche mit Migrationsgeschichte** in ihrem Wunsch nach Ausbildung zu unterstützen, ist nicht
2295 nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein Mittel, den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen.
2296 Dazu brauchen Unternehmen verlässliche Anlaufpunkte für die Beratung und Rechtssicherheit. Die
2297 jungen Migrant:innen müssen vor und während ihrer Ausbildung begleitet und unterstützt werden.
2298 Dazu gehört auch Hilfe dabei, Fragen des Aufenthaltsrechts zu klären. Zusätzliche
2299 Weiterbildungsangebote, besonders zum Erwerb der deutschen Sprache, sind unverzichtbar. Wir
2300 schlagen dazu vor, die Arbeitsmarktmentor:innen aufzuwerten und fachlich zu spezialisieren.
2301 Abschlüsse müssen schneller und einfacher anerkannt werden.

2302
2303 Wir werden eine **Sächsische Ausbildungsumlage** einführen, um die duale Ausbildung besser und
2304 gerechter zu finanzieren. Ausbildungsfähige Betriebe zahlen dabei in einen Fonds ein – Betriebe, die
2305 ausbilden oder sich an überbetrieblicher Ausbildung beteiligen, erhalten aus dem Fonds eine
2306 Förderung. Die Mittel des Fonds sollen auch dazu genutzt werden, die außerbetriebliche Ausbildung
2307 von Jugendlichen zu fördern, die keinen dualen oder überbetrieblichen Ausbildungsplatz bekommen
2308 haben.

2309 2310 Hochschulen

2311
2312 Hochschulpolitik von links heißt: Widerstand gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen. Die
2313 Marktradikalen wollen Hochschulen zu Unternehmen umbauen. Statt zu bilden, sollen sie die
2314 Menschen nur noch für die Wirtschaft zurichten. Wir als Die Linke setzen unsere Vision einer offenen,
2315 freien, vielfältigen und demokratischen Hochschule dagegen. Verwirklichen lässt sich diese
2316 Vorstellung nur, wenn die Hochschulen auch ausreichend finanziert werden.

2317
2318 Unsere Hochschulen treiben nicht nur die Innovation in Sachsen voran, sie sind auch ein wichtiger
2319 Bestandteil einer starken demokratischen Gesellschaft. Alle Menschen, die an den Hochschulen
2320 beschäftigt sind, verdienen gleichermaßen unsere Wertschätzung. Wir wollen den **gesamten**
2321 **wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau an Hochschulen stärken**.
2322 Deshalb wollen wir befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. Wir fordern
2323 stattdessen: **Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden!** Für Dauerstellen dürfen
2324 keine befristeten Arbeitsverträge geschlossen werden. Die Zahl der Befristungen an Hochschulen
2325 muss deutlich sinken. Außerdem muss es endlich einen **studentischen Tarifvertrag** geben, damit
2326 auch studentische Beschäftigte vor Ausbeutung geschützt werden. Dem akademischen Mittelbau
2327 fehlt bislang eine gesetzlich verankerte Vertretung auf Landesebene – sie muss eingerichtet werden.
2328 Für Lehrbeauftragte an Musik- und Kunsthochschulen fordern wir eine deutlich bessere Vergütung.

2329
2330 Auf Bundesebene setzten wir uns dafür ein, das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)**
2331 **abzuschaffen** und stattdessen ein Wissenschaftsqualifizierungsgesetz zu beschließen.

2332 Höchstbefristungslaufzeiten müssen verschwinden, stattdessen soll es Planungssicherheit für alle
 2333 Beschäftigten in der Wissenschaft geben.

2334
 2335 Die **studentische Mitbestimmung** muss gestärkt werden, indem eine Viertelparität in den
 2336 akademischen Gremien eingeführt wird. Wir setzen uns für **studentische Prorektor:innen** im Rektorat
 2337 ein. Studierende müssen für die Arbeit in den Gremien der Hochschulen ein angemessenes
 2338 Sitzungsgeld bekommen. Die direkt gewählten Gruppengremien wie der Senat und der Fakultätsrat
 2339 benötigen mehr Kompetenzen gegenüber den exekutiven Organen. Der Hochschulrat muss zu einem
 2340 Hochschulbeirat werden, der nur eine beratende Funktion hat und Brücke in die Gesellschaft sein
 2341 kann.

2342
 2343 Die **Studierendenwerke** müssen ausreichend finanziert werden. Auskömmliche Zuschüsse für den
 2344 laufenden Betrieb sind nötig. Damit sie Studierendenwohnheime sanieren und neu bauen können,
 2345 muss ein Investitionsprogramm auf den Weg gebracht werden.

2346
 2347 Wir wollen den Zugang zum Hochschulstudium erleichtern. Darum wollen wir **alle Studiengebühren**
 2348 **und den Numerus Clausus abschaffen** und eine **Grundsicherung für alle Studierenden einführen**.
 2349 Wer ein Studium beginnt, der begibt sich bislang oft in die Gefahr, zu verarmen oder Schulden
 2350 aufnehmen zu müssen. Nur 11 % der Studierenden bekommen überhaupt noch eine Unterstützung
 2351 nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**), die wenigsten davon den Höchstsatz. Die
 2352 letzte zaghafte BAföG-Erhöhung wurde schon von der Inflation aufgeessen. Das BAföG muss an die
 2353 Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. Über 30 % aller
 2354 Studierenden sind armutsgefährdet oder leben in Armut. Wir werden uns daher für die Einführung
 2355 einer Grundsicherung für Studierende einsetzen, um Studierende aus der Armut zu holen. Bis dieses
 2356 langfristige Ziel erreicht ist, werden wir wie bisher auch auf Landesebene für eine Reform des BAföGs
 2357 kämpfen, damit es wieder für Bildungsgerechtigkeit sorgt. Die vergangene **BAföG**-Reform reicht uns
 2358 nicht! Ein modernes BAföG muss ein elternunabhängiger Zuschuss sein.

2359
 2360 Wir setzen uns dafür ein, dass Studierende überall das Recht bekommen, ein mindestens
 2361 zweisemestriges **Orientierungsstudium** zu absolvieren. Es soll nicht auf die Regelstudienzeit
 2362 angerechnet werden, BAföG soll den Studierenden zustehen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf
 2363 Teilzeitstudium einführen. Um die Qualität des Studiums zu sichern, plädieren wir dafür, eine
 2364 Akkreditierungspflicht des Lehrangebotes auch in Sachsen einzuführen. Außerdem fordern wir, dass
 2365 die Begrenzung von Prüfungsversuchen im Hochschulgesetz endgültig abgeschafft wird.

2366
 2367 Wir wollen eine **geschlechtergerechte und inklusive Hochschule**. Die Gleichstellungsbeauftragten
 2368 und Inklusionsbeauftragten müssen angemessen mit Räumen und Ressourcen ausgestattet werden.
 2369 Für ihre Tätigkeit sind sie zu entlasten, indem ihr Lehrdeputat verkleinert, ihre Qualifizierungszeit
 2370 verlängert und eine Beurlaubung ermöglicht wird. Studentische Beauftragte sind angemessen für ihre
 2371 Arbeit zu vergüten. In den Gremien der Hochschulen soll eine Quote von nicht-männlichen Mitgliedern
 2372 eingehalten werden. Studierende mit Behinderungen sollen deshalb einen rechtlichen Anspruch auf
 2373 Nachteilsausgleich erhalten. Im Hochschulrecht muss verankert werden, dass sie nach einer
 2374 krankheitsbedingten Unterbrechung des Studiums zurückkehren können. Campus und Lehre müssen
 2375 barrierefrei werden. Auch die digitale Barrierefreiheit an Hochschulen wollen wir weiterhin ausbauen
 2376 und sicherstellen. Darüber hinaus setzen wir uns für den Schutz aller Angehörigen einer Hochschule
 2377 vor Diskriminierung ein. Zum Schutz vor sexualisierter Belästigung und Gewalt soll es unabhängige
 2378 Beratungsstellen und Präventionsmaßnahmen geben.

2379
 2380 Die Queer- und Gender-Studies, die Antirassismus- und die Kolonialismusforschung müssen einen
 2381 festen Platz an den sächsischen Hochschulen haben. Ihre Lehrstühle sind vom Freistaat angemessen
 2382 auszustatten.

2383
 2384 Wir setzen uns dafür ein, **internationale Studierende** noch besser zu unterstützen. Die Zahl von
 2385 Sprachkursen muss ebenso erhöht werden wie die Kapazitäten der Studienkollegs. Die Studierenden
 2386 aus dem Ausland brauchen Hilfe besonders in der Startphase des Studiums und bei der
 2387 Wohnungssuche. Angesichts des Fachkräftemangels ist Sachsen unbedingt darauf angewiesen,
 2388 attraktiver für ausländische Studierende zu werden. Das gilt nicht nur für die Hochschulen selbst,
 2389 sondern auch für das Arbeits- und Lebensumfeld.

2390

Wir wollen, dass sämtliche **Praktika und Vorbereitungsdienste**, die während des Studiums zu absolvieren sind, mindestens in Höhe des BAföG-Höchstsatzes vergütet werden. Für alle Studierenden im praktischen Jahr, im Praktikum und in Referendariaten/Vorbereitungsdiensten sollen die Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge übernommen werden. Krankheitstage sollen einheitlich gewährt werden. Außerdem werden wir die Praxisphasen so gestalten, dass ein angemessener Freiraum für Lehrveranstaltungen und das Selbststudium bleibt. Arbeitskleidung und Arbeitsmaterial müssen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, auch Kleidung und persönliche Gegenstände müssen kostenfrei aufbewahrt werden können.

Wir halten an der **Zivilklausel** fest. Forschung darf ausschließlich für zivile Zwecke stattfinden. Die Bundeswehr darf kein Drittmittelgeber an Sachsens Hochschulen sein.

Zielvereinbarungen zwischen dem Ministerium und den Universitäten sollen sich an der Zahl erfolgreicher Absolvent:innen, nicht an der Zahl der Studienanfänger:innen orientieren. Zielvereinbarungen sollen vom Senat bestätigt werden. Der **Hochschulentwicklungsplan** ist zukünftig vom Landtag zu beschließen.

In einem **dualen Studium** müssen wie in einer Berufsausbildung Qualitätsstandards für die Praxisphasen verankert sein. Dazu zählen aus unserer Sicht eine Mindestausbildungsvergütung, das Verbot von ausbildungsfremden Tätigkeiten und Regelungen zur Freistellung. Außerdem müssen die Standards des Bundesurlaubsgesetzes und der Entgeltfortzahlung angewandt werden.

Auch die Hochschulen sind gefordert, ihren Beitrag zum **Klimaschutz** zu leisten. Dies kann zum einen dadurch gelingen, dass in diesem Bereich intensiver geforscht und gelehrt wird, beispielsweise in Form von Modulen zur Klimagerechtigkeit, die für den Studienablauf verpflichtend werden. Zum anderen müssen sich die Hochschulen selbst zur Klimaneutralität verpflichten. Um die nötigen Umstellungen vornehmen zu können, sollten sie ausreichend ausgestattet werden. An jeder sächsischen Hochschule muss ein Nachhaltigkeitsbüro (Green Office) eingerichtet werden.

Der wissenschaftliche Fortschritt und eine lebendige Forschungskultur leben vom wissenschaftlichen Austausch. Dazu gehört, dass Professor:innen, Doktorand:innen, Studierende und andere Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs die Ergebnisse ihrer Arbeit frei veröffentlichen können. Diese Veröffentlichungen sollten dann aber auch möglichst leicht verfügbar und zugänglich sein. Wir wollen deshalb eine umfassende **Open-Access-Förderstrategie** entwickeln. Dazu gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht, das im Sächsischen Hochschulgesetz verankert werden soll. Forschungsergebnisse, Forschungsdaten und Softwarecodes, die in Sachsen durch öffentliche Mittel finanziert wurden, sollen der Öffentlichkeit auch zugänglich sein und als Open-Access-Publikation erscheinen. Nur so kann es gelingen, wissenschaftliche Erkenntnisse auch für die Gesellschaft verfügbar und nachvollziehbar zu machen.

Schlaglicht: Gleichstellung

Was ist **Gleichstellung**? „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Mit diesem Satz verbietet das Grundgesetz (Artikel 3 Absatz 2) eine normative Ungleichbehandlung von Männern und Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Vor dem Recht sind Männer und Frauen also gleich. Der Begriff Gleichstellung umfasst mehr als das. Gleichstellung bedeutet, dass die rechtliche Gleichheit auch in allen Lebenssituationen praktisch Anwendung findet und kein Mensch aufgrund des Geschlechts Nachteile erfahren darf. Das gilt für Cis-Männer und -Frauen genauso wie für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen.

Noch immer sind die **Geschlechter nicht gleichgestellt**. In Sachsen gibt es eine Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von 11,8 % bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in Deutschland nimmt ab dem 30. Lebensjahr stark zu – wesentlich stärker als beispielsweise in den skandinavischen Ländern Dänemark und Schweden. Das liegt vor allem daran, dass Frauen, wenn sie Mütter werden, für ein bis zwei Jahre im Job ausfallen – ausgerechnet dann, wenn Männer die Karriereleiter erklimmen und die meisten Beförderungen erhalten. Auch nach der Elternzeit sind es meist Frauen, die Teilzeitjobs übernehmen, um sich um den Nachwuchs zu kümmern. Das bedeutet auch, dass Frauen tendenziell stärker von Altersarmut betroffen sind. Weniger Einkommen bedeutet auch weniger Rente – ein Problem, dass sich mit einer Trennung noch verschärft.

2451
 2452 Nach wie vor gelten manche Berufe als typische „**Frauenberufe**“. Meist werden diese Tätigkeiten
 2453 **schlechter bezahlt** als typische „Männerberufe“. Es gilt, für diese ungleichen (Be)Wertungen von
 2454 Frauen- und Männerarbeit ein Bewusstsein zu schaffen – und damit auch eine Sensibilität dafür, dass
 2455 diese unterschiedlichen Zuschreibungen von Wert am Geschlecht festgemacht werden. Um Arbeit
 2456 ohne Diskriminierung zu bewerten, müssten ganz andere Kriterien beachtet werden: Die Arbeit und
 2457 die Anforderungen am Arbeitsplatz wären zu bewerten – nicht die Person. Der Inhalt der Arbeit wäre
 2458 bedeutsam – nicht der Titel einer Position, etwa der des Chefkochs. Der gesamte Inhalt, der für die
 2459 Arbeitsanforderungen relevant ist, müsste spezifiziert werden. Dabei wären auch die „unsichtbaren“
 2460 Arbeitsanforderungen zu beachten, die bisher kaum erkannt und berücksichtigt wurden – vor allem
 2461 bei typischen Frauenarbeitsplätzen. Erst dann wären Bewertungen übergreifend vergleichbar.

2462
 2463 Nach wie vor herrscht ein signifikantes Ungleichgewicht, was den **Anteil von Frauen in**
 2464 **Führungspositionen** angeht. Auch wenn ihr Anteil in Führungspositionen im Osten Deutschlands
 2465 höher ist als im Westen, sind weniger als 30 % Frauen im Top-Management kein Grund zu feiern.
 2466 Ähnlich sieht der Frauenanteil bei den Lehrstühlen an Universitäten aus – und das, obwohl Frauen zu
 2467 Beginn der akademischen Laufbahn noch überproportional vertreten sind. Noch schlimmer sieht es
 2468 bei den politischen Ämtern aus. Der Sächsische Landtag hat im bundesweiten Vergleich einen der
 2469 niedrigsten Frauenanteile. Ein ähnliches Bild zeigt sich auf der kommunalen Ebene.

2470
 2471 **Für Die Linke ist die Gleichstellung ein wesentliches Ziel.** Die Bedeutung des Geschlechts als
 2472 gesellschaftlich hierarchisierende Kategorie wollen wir zurückdrängen. Im Bereich öffentlicher
 2473 Unternehmen und der Verwaltung werden wir **anonymisierte Bewerbungsverfahren** bei der
 2474 Personalauswahl einführen und Maßnahmen ergreifen, um den **Anteil von Frauen in**
 2475 **Führungspositionen zu erhöhen**. Wir wollen in ganz Sachsen Tarifverträge mit geschlechtersensibler
 2476 Arbeitsbewertung.

2477
 2478 In unserer Gesellschaft führen stereotype Rollenbilder und bestehende Geschlechterverhältnisse
 2479 weiterhin zu konkreten und erheblichen Unterschieden – bei der Berufswahl wie beim Zugang zur
 2480 gesellschaftlichen Teilhabe und zu finanziellen Ressourcen. Menschen, die sich weder dem
 2481 männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen oder deren Geschlecht nicht mit dem
 2482 ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt, werden marginalisiert, erfahren
 2483 Diskriminierung und Gewalt. **Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter.**

2484
 2485 Die durch nichts zu rechtfertigende **Lohnlücke zwischen Frauen und Männern muss geschlossen**
 2486 **werden**. Wir werden eine umfassende geschlechtersensible Bildungsarbeit auf allen Ebenen
 2487 etablieren. Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die von Diskriminierung betroffen
 2488 sind, werden wir ausbauen und fördern. **Sexismus, Queer-, Trans- und Interfeindlichkeit sowie**
 2489 **sexualisierte Gewalt müssen geächtet werden**. Laut der Studie „Sachsen-Monitor“ nimmt die
 2490 Queerfeindlichkeit bei uns zu – wir treten dieser Entwicklung entgegen. Wir werden uns dafür
 2491 einsetzen, den Artikel 3 des Grundgesetzes um das Diskriminierungsmerkmal „sexuelle Orientierung“
 2492 zu erweitern.

2493
 2494 Werbung im öffentlichen Raum begleitet uns auf Schritt und Tritt. Genauso wie das Fernsehen oder
 2495 das Internet tragen die präsentierten Bilder von „typischen“ Frauen und Männern zur Bildung
 2496 stereotyper Rollenklischees bei. So schreiben sie Sexismus und Geschlechterungerechtigkeit fort.
 2497 Deshalb werden wir ein Verbot sexistischer und diskriminierender Werbung im öffentlichen Raum
 2498 durchsetzen.

2499

2500 IV. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt

2501
2502 Vorwort

2503 Direkte Demokratie, Bürger:innenbeteiligung und Transparenz

2504

2505
2506 Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich einzubringen
2507 und mitzuentcheiden. Aber Sachsen hat deutschlandweit die höchste Hürde bei der
2508 Volksgesetzgebung. Würde die Mindestbeteiligung (Quorum) reduziert, die für Volksanträge und
2509 Volksbegehren nötig ist, könnten diese demokratischen Möglichkeiten viel häufiger genutzt werden.
2510 Für Die Linke ist daher die **Halbierung des Quorums auf 20.000 Unterschriften für einen**
2511 **Volksantrag** ein folgerichtiger Schritt. Im nächsten Schritt muss das **Unterschriftenquorum für das**
2512 **Volksbegehren auf fünf Prozent** reduziert werden, bezogen auf die bei der letzten Landtagswahl
2513 Wahlberechtigten. Um die direktdemokratischen Verfahren zu verbessern, treten wir für weitere
2514 Maßnahmen ein: So kann ein Volksantrag neben einem Gesetz auch einen allgemeinen Gegenstand
2515 der politischen Willensbildung zum Gegenstand haben. Außerdem sollen Volksbegehren früh auf ihre
2516 Zulässigkeit geprüft werden. Das zuständige Ministerium soll eine **kostenlose Beratung** zum Start der
2517 Sammlung anbieten. Abstimmungsbroschüren sollen eingeführt und den Initiativen ein **Rede- und**
2518 **Anhörungsrecht** eingeräumt werden. Es muss auch möglich sein, **Volksinitiativen** außerhalb der
2519 Gesetzgebung durchzuführen.

2520
2521 Auch im Bereich der kommunalen Angelegenheiten wollen wir, dass mehr Menschen teilhaben
2522 können. Dafür ist es entscheidend, die **Quoren für Einwohner:innenanträge, Bürger:innenbegehren**
2523 **und Bürger:innenentscheide in Landkreisen, Städten und Gemeinden und damit die Hürden für**
2524 **unmittelbare Beteiligung weiter zu senken** und kommunalen Interessengruppen mehr
2525 Entscheidungsbefugnis zu geben.

2526
2527 Die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen wird durch zahlreiche Barrieren
2528 erschwert. So ist es für sie im ländlichen Raum oft schon schwer möglich, das aktive Wahlrecht
2529 auszuüben – nur wenige **Wahllokale sind barrierefrei**. Das muss sich ändern! Die Bereitstellung und
2530 Nutzung barrierefreier Wahllokale in den Kommunen muss gesetzlich vorgeschrieben und deren
2531 Einrichtung durch das Land finanziell unterstützt werden. Politische Information und Bildung sollten
2532 deshalb barrierefrei und in Leichter Sprache zugänglich sein.

2533
2534 Auf kommunaler Ebene sollen flächendeckend Inklusionsbeauftragte hauptamtlich berufen und das
2535 Aufgabenprofil der bisher tätigen Behindertenbeauftragten entsprechend erweitert werden. Parallel
2536 sollen auf dieser Ebene ehrenamtliche Inklusionsbeiräte tätig werden, die vor allem mit Menschen mit
2537 Behinderungen besetzt werden. Die Arbeit des Landesbeirats soll durch eine Ausweitung der
2538 Befugnisse und Ausstattung unterstützt und so auch öffentlich stärker wahrnehmbar werden. Der
2539 Anspruch einer politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Menschen mit Behinderungen
2540 muss stärker in den maßgeblichen Gesetzen und Verordnungen des Freistaates Sachsen verankert
2541 und nachgeschärft werden: im Sächsischen Inklusionsgesetz, in der Sächsischen Gemeindeordnung
2542 und in der Sächsischen Landkreisordnung. Zur Koordination von Maßnahmen und zur fachlichen
2543 Begleitung und Vernetzung der Akteur:innen und Verbände soll in enger Zusammenarbeit mit der
2544 Landeszentrale für politische Bildung eine Fachstelle „Politische Bildung inklusiv“ etabliert werden, in
2545 der Expertise gebündelt, Wissen barrierefrei zur Verfügung gestellt wird und Menschen mit
2546 Behinderungen auch aktiv zur politischen Beteiligung motiviert werden können.

2547
2548 Damit Bürgerinnen und Bürger sich erfolgreich beteiligen können, benötigen sie Instrumente, um die
2549 Politik verbindlich zum Dialog aufzufordern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die
2550 **Bürger:innenmitbestimmung** ausgebaut und gefördert wird. Mitwirkungs- und
2551 **Mitbestimmungsrechte marginalisierter Gruppen** sollen gesichert werden. Wir dringen auf die
2552 Einführung öffentlicher Petitionen, bei denen es für die Petenten einen **Anspruch auf eine öffentliche**
2553 **Anhörung** gibt, wenn ein bestimmtes Quorum erfüllt ist. Ebenso brauchen wir eine dauerhafte
2554 **Beratungsstelle für Bürger:innenbeteiligung**.

2555
2556 Für Die Linke trägt ein modernes Petitionswesen zu einer lebendigen Demokratie bei. Petitionen
2557 bieten die Möglichkeit, sich direkt am demokratischen Prozess zu beteiligen und Vorschläge
2558 einzubringen. Dazu muss der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger allerdings wahrnehmbar sein. Das
2559 sächsische Petitionsrecht genügt diesem Anspruch nicht. Das geltende Sächsische

2560 Petitionsausschussgesetz wollen wir durch ein **modernes Petitionsgesetz** ablösen. Die Linksfraktion
2561 im Sächsischen Landtag hat dazu bereits per Gesetzentwurf Vorschläge unterbreitet. So muss das
2562 Petitionsrecht allen offenstehen: Deshalb sollen Petitionen auch in Brailleschrift, mündlich oder
2563 gebärdensprachlich eingereicht werden können, wie in Hessen oder Thüringen. Der Landtag muss
2564 Online-Petitionen ermöglichen, wie es der Bundestag schon 2005 getan hat. Eine öffentliche **Online-**
2565 **Petitionsplattform** soll Debatten ermöglichen. Den **Schutz personenbezogener Daten** wollen wir so
2566 regeln wie das Verfahren zu Massen- und Sammelpetitionen. Zudem schlagen wir vor, dass die
2567 Staatsregierung vier Wochen, nachdem eine Petition eingereicht wurde, Stellung nehmen muss, in
2568 Eilfällen binnen sieben Tagen. Sie muss außerdem den Landtag innerhalb von sechs Wochen
2569 schriftlich darüber informieren, was sie veranlasst hat. Nicht zuletzt soll der Petitionsausschuss
2570 finanzielle Mittel für einen **Härtefallfonds** erhalten. Damit soll er Petentinnen und Petenten direkt
2571 helfen können, die unverschuldet in eine besondere wirtschaftliche Notlage geraten sind.

2572
2573 Das beschlossene Transparenzgesetz muss zügig evaluiert werden, um schneller als bisher geplant
2574 für **mehr öffentliche Transparenz** der staatlichen und kommunalen Verwaltungen zu sorgen.
2575 Kommunen sowie Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sollten ins
2576 Transparenzgesetz aufgenommen werden. Uns ist es wichtig, dass die Entscheidungen von
2577 Regierungen, Behörden und staatlichen sowie kommunalen Einrichtungen vollständig nachvollziehbar
2578 sind.

2579
2580 Wir wollen gesetzlich verankern, dass bei der Listenaufstellung für Wahlen verpflichtend ebenso viele
2581 Frauen wie Männer zu berücksichtigen sind. Mit einem rechtssicheren **Parité-Gesetz** streben wir eine
2582 **geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente** an.

2583 **Zivilgesellschaftliches Engagement und Antifaschismus**

2585
2586 Die Linke setzt sich konsequent gegen menschenverachtende Denkmuster wie Antisemitismus,
2587 Nationalismus, Rassismus und andere diskriminierende Einstellungen ein. Menschenfeindliches
2588 Denken und Handeln gibt es leider in allen Altersgruppen und allen gesellschaftlichen Bereichen.
2589 Dagegen anzugehen ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Anstrengungen sind in allen Feldern
2590 der Politik nötig. Rassistische Einstellungen und Taten müssen als Problem benannt werden. Wir
2591 fordern den Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten zur präventiven Arbeit gegen die
2592 extreme Rechte sowie um Menschen zu befähigen, sich mit den aktuellen Erscheinungen von
2593 Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und ihre Handlungskompetenzen zu stärken. Diese Fort-
2594 und Weiterbildungsangebote sind vor allem für Menschen in der Jugend- und Sozialarbeit, für
2595 Lehrkräfte, für die Verwaltung sowie für Polizei und Justiz wichtig. Gerade bei diesem Problem ist
2596 größte Sensibilität nötig.

2597
2598 Ein offenes Land mit freien Menschen schützt sich vor den Gegner:innen von Demokratie und
2599 Republik. Daher muss die entschlossene Auseinandersetzung mit der extremen Rechten,
2600 antidemokratischen Strukturen, menschenfeindlichen Strömungen und rassistischen Bestrebungen
2601 ein permanentes Ziel staatlicher Politik im Freistaat Sachsen sein. Dies gewährleistet eine
2602 **Antifaschismus-Klausel in der Sächsischen Verfassung**. Sie verpflichtet alle staatlichen
2603 Institutionen daran mitzuwirken, die extreme Rechte zurückzudrängen.

2604
2605 Das von der Staatsregierung aufgelegte „**Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus**“ muss
2606 beibehalten, mit der Hilfe von Expertisen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stetig fortentwickelt
2607 und in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen umgesetzt werden. Dabei kommt es
2608 entscheidend auf die bessere Kooperation aller Beteiligten an.

2609
2610 Die wichtige Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen darf nicht länger durch Misstrauen behindert
2611 werden. Die Linke Sachsen unterstützt antifaschistische und antirassistische Projekte, Initiativen und
2612 Bündnisse, die sich für mehr Miteinander und Toleranz einsetzen sowie das **Programm „Weltoffenes**
2613 **Sachsen für Demokratie und Toleranz“**. Dieses Programm soll dauerhaft fortgeführt werden und
2614 muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

2615
2616 Die Gefahr durch die extreme Rechte sowie durch Verschwörungsideologien sowie rassistische und
2617 menschenfeindliche Ideologien ist ungebrochen. Wir fordern, dass die Behörden und die Polizei die
2618 Menschen vor diesen Gefahren schützen, statt radikal rechte Akteur:innen machen zu lassen, was sie
2619 wollen. **Die rechte Szene muss entwapfnet werden!** Rechte, rassistische und antisemitische

2620 Täter:innen müssen endlich den Druck der Verfolgung spüren. Polizei und Justiz müssen im Kampf
 2621 gegen rechte Gewalt wirksamer werden.

2622
 2623 Für Die Linke ist die Errichtung eines **Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur**
 2624 **Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘**
 2625 **(NSU)“** ein folgerichtiger Schritt. Unter die Aufarbeitung dieser Morde kann und darf angesichts vieler
 2626 offener Fragen kein Schlusstrich gezogen werden. Die Planung des Dokumentationszentrums muss
 2627 unterstützt, seine Errichtung finanziell ermöglicht und die Unabhängigkeit des Projekts gesichert
 2628 werden. Zudem sollte die **Aufarbeitung des NSU-Komplexes auch Teil des Unterrichts an**
 2629 **sächsischen Schulen** sein.

2630
 2631 Wir halten es für nötig, die erfahrenen, langjährigen Träger der **Beratungsnetzwerke** (Opferberatung
 2632 sowie mobile Beratung), die vielfältige Kontakte in den sächsischen Regionen haben, kontinuierlich
 2633 weiter zu fördern und stärker zu institutionalisieren. Außerdem muss die Landesregierung die
 2634 Kommunen dabei unterstützen, Nazikonzerte, extrem rechte Demonstrationen und Häuserkäufe durch
 2635 rechte Gruppen oder Personen zu verhindern.

2636
 2637 Wir wollen ein **Landesgesetz zur Demokratieförderung**, das das Demokratie-Zentrum
 2638 weiterentwickelt und die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Initiativen sichert.

2639
 2640 Der **Sachsen-Monitor** ist ein wichtiges Mittel dazu, die Einstellungen der sächsischen Bevölkerung zu
 2641 erforschen. Wir treten dafür ein, ihn weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass er unabhängig,
 2642 transparent und wissenschaftlich fundiert erarbeitet wird. Die Auswertung der Daten sollte einer
 2643 akademischen Institution überlassen werden.

2644
 2645 Seit 2014 liegt die Zahl der jüdenfeindlichen Straftaten in Sachsen jährlich fast durchgängig im
 2646 dreistelligen Bereich. Die meisten dieser Taten kommen von rechts. Wir fordern daher eine:n
 2647 **hauptamtliche:n Antisemitismusbeauftragte:n**, der bei der Sächsischen Staatskanzlei angesiedelt
 2648 wird. Die aktuelle Stelle des „Beauftragten für jüdisches Leben in Sachsen“ reicht nicht aus. Die/der
 2649 Beauftragte sollte künftig hauptamtlich, möglichst unabhängig und ressortübergreifend
 2650 Antisemitismus vorbeugen und ihn bekämpfen können. Er muss dazu mit eigenen Kontroll- und
 2651 Initiativrechten ausgestattet sowie durch einen Fachbeirat unterstützt werden. Gemeinsames Ziel
 2652 muss es sein, den Antisemitismus zurückzudrängen – gleichgültig, in welcher Form er sich zeigt und
 2653 aus welcher politischen oder weltanschaulichen Richtung er kommt.

2654
 2655 **Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges demokratisches Grundrecht, das gewahrt und**
 2656 **gewährleistet werden muss. Demonstrationsrechte müssen** gestärkt werden. Dazu gehört es auch,
 2657 die Arbeit von Medien jederzeit zu ermöglichen. Die Polizei muss Journalist:innen wirksam gegen
 2658 Anfeindungen und Angriffe von Rechtsaußen schützen.

2659
 2660 Wir fordern die **Entkriminalisierung von antirassistischem und antifaschistischem sowie**
 2661 **zivilgesellschaftlichem Protest**. Wir setzen uns für die Auflösung der „Soko LinX“ ein.

2662
 2663 **Kampf gegen Diskriminierung**

2664
 2665 Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Dies gilt auch für
 2666 Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität. Deshalb setzen wir uns auch
 2667 queerpolitisch für eine zielgerichtete und umfassende Politik gegen Diskriminierung ein.

2668 **Antidiskriminierungsbüros** wollen wir insbesondere im ländlichen Raum ausbauen und zudem
 2669 spezifische Angebote wie queere Wohngruppen oder autonome MINTA*- und FLINTA*-Häuser
 2670 schaffen. Vereine und freie Träger, die in diesem Bereich tätig sind, wollen wir finanziell besser
 2671 ausstatten, damit sie mehr Personal einsetzen können. Die Vernetzungs- und Demokratiearbeit der
 2672 queeren Vereine wollen wir in Förderrichtlinien verankern. Zudem setzen wir uns für eine unabhängige
 2673 Melde- und Beratungsstelle nach dem Berliner Vorbild „Maneo“ ein. Wir fordern die rechtliche
 2674 Gleichstellung bei Kinderwunschbehandlungen und Adoptionen. Wir wollen Polizei und Justiz dafür
 2675 sensibilisieren, entschiedener gegen queerfeindliche Hasskriminalität vorzugehen. Die Interessen von
 2676 queeren Geflüchteten sind besser zu schützen.

2677
 2678 Das Sächsische Prostituiertenschutzausführungsgesetz (SächsProstSchGAG) wollen wir grundlegend
 2679 erneuern. Die Stigmatisierung und das Kontrollregime müssen ein Ende haben. Stattdessen müssen

2680 **Sexarbeiter:innen unterstützt** und ihre **Selbstbestimmung am Arbeitsplatz gefördert** werden. Wir
 2681 wollen die wichtige Arbeit der Beratungsstellen unterstützen, aber auch die Sexarbeiter:innen darin,
 2682 sich selbst zu organisieren.

2683
 2684 Opfer von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung und Zwangsprostituierte, die von
 2685 Ausbeutung, Gewalt und Zuhälterei betroffen sind, müssen besser geschützt und unterstützt werden.
 2686 Wir möchten **umfassende Schutzrechte für Betroffene** unabhängig von Aufenthaltsfragen und der
 2687 Bereitschaft, mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren. Wir wollen die Fachberatungsstellen
 2688 für Betroffene des Menschenhandels ausreichend finanzieren, damit diese **Zufluchtswohnungen**
 2689 bereitstellen und somit unmittelbar Sicherheit schaffen können. Um die Vertraulichkeit zu sichern,
 2690 sollen Berater:innen ein Zeugnisverweigerungsrecht bekommen.

2691
 2692 Im Bereich des Gewaltschutzes drängen wir auf eine vollständige **Umsetzung der Istanbul-**
 2693 **Konvention**. Koordinierungs- und Interventionsstellen müssen dem Bedarf entsprechend ausgebaut,
 2694 die Beratung angemessen gefördert werden. Die Zahl der Schutzplätze muss mindestens verdoppelt
 2695 werden. Landesweit sind Trauma-Ambulanzen einzurichten. Außerdem braucht es vermehrt Cyber-
 2696 Gewalt-Expertise sowie ein Femizid-Monitoring.

2697 Polizei und Justiz müssen besser geschult werden, insbesondere was Präventionsmaßnahmen sowie
 2698 den Grundsatz „Gewaltschutz vor Umgangsrecht“ betrifft. **Schutzeinrichtungen** sind barrierefrei
 2699 auszubauen und vollständig vom Freistaat zu finanzieren, sodass Betroffene nicht mehr gezwungen
 2700 sind, einen Eigenanteil zu bezahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete, die von Gewalt
 2701 betroffen sind, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

2702
 2703 Menschen mit Behinderungen werden mehrfachdiskriminiert und ausgeschlossen. Wir setzen uns für
 2704 inklusive Strukturen ein und für die konsequente **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**.
 2705 Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigter und integrierter Teil der Gesellschaft sein, ein
 2706 erfülltes und selbstbestimmtes Leben führen können und an sämtlichen gesellschaftsrelevanten
 2707 Fragen beteiligt werden. Wir überprüfen bestehende Gesetze, Verordnungen und Praktiken
 2708 hinsichtlich der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention und passen sie, wenn notwendig,
 2709 entsprechend an.

2710
 2711 **Geschlechtergerechte Sprache** ist für uns ein Mittel, um auf geschlechtliche Vielfalt hinzuweisen –
 2712 so u.a. in Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen und Durchführungsbestimmungen des
 2713 Freistaats. Dementsprechend setzen wir uns für eine Anpassung von Statistiken, Formularen,
 2714 Homepages, Handreichungen, Rundschreiben und anderen Dokumenten ein, deren Urheber der
 2715 Freistaat ist. Die unsägliche Weisung des Kultusministers an Schulen zum Verbot
 2716 geschlechtergerechter Schreibweisen wollen wir umgehend revidieren.

2717
 2718 **Kinder- und Jugendmitbestimmung**

2719
 2720 Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Daher ist
 2721 Mitbestimmung und Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von größter Bedeutung. Kinder und
 2722 Jugendliche streben danach, aktiv teilzunehmen und tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen zu
 2723 haben, die sie betreffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **UN- Kinderrechtskonvention**
 2724 umgesetzt wird. Es geht nicht nur um **Räume zur freien Entfaltung**, sondern um echte
 2725 Mitbestimmung: Wir müssen Kindern und Jugendlichen vertrauen und ihnen zutrauen, dass sie sich
 2726 gesellschaftlich einbringen können. Diesem Engagement müssen wir einen institutionellen Rahmen
 2727 geben, damit junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigenen politischen Interessen zu
 2728 vertreten.

2729
 2730 Damit die Interessen der jungen Generation auch im Prozess der politischen Willensbildung stärker
 2731 berücksichtigt werden, fordern wir: **Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie**
 2732 **Volksentscheiden muss in einem ersten Schritt auf 16 Jahre gesenkt werden!** Langfristig setzen wir
 2733 uns für die Einführung eines aktiven **Wahlrechts aller Personen ohne Altersbeschränkung** ein und
 2734 führen diese Debatte mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteur:innen sowie im
 2735 Parlament weiter fort.

2736
 2737 Da sich Demokratie aber nicht in einem Urnengang alle paar Jahre erschöpft, setzen wir uns für mehr
 2738 **Jugendbeteiligung durch Jugendbeteiligungsforen** ein – sowohl auf kommunaler als auch auf
 2739 Landesebene. Daher setzen wir uns auf Landesebene auch für eine „**Gesamtstrategie Kinder- und**

2740 **Jugendbeteiligung**“ ein, da Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von Kindern und
 2741 Jugendlichen praktisch gelebt werden muss. Die Jugendbeteiligungsforen sollen ein regelmäßig
 2742 stattfindendes Angebot sein, bei dem junge Menschen einer Gemeinde nach Belieben mitmachen
 2743 können, um im Austausch miteinander ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend eigene
 2744 Projekte zu realisieren. Jugendbeteiligungsforen sollen jungen Menschen dazu dienen, ihre Interessen
 2745 zu artikulieren und sich einen politischen Willen zu bilden. Die Politik und Verwaltung der jeweiligen
 2746 Ebenen müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Jugendforen funktionieren. Sie
 2747 müssen den Jugendlichen die Räume für ihre Treffen bereitstellen und sie bei Bedarf in
 2748 organisatorischen Fragen beraten. Sie sollen aber nicht bevormunden und den inhaltlichen oder
 2749 methodischen Rahmen vorgeben. Zusätzlich werden die Jugendforen mit einem eigenen Budget
 2750 ausgestattet, über das die Jugendlichen für die Umsetzung ihrer Projekte frei verfügen können.
 2751 Parallel bleiben **Angebote der politischen und demokratischen Bildung** wichtig, auch an Schulen.

2752
 2753 Kinder und Jugendliche können sich noch nicht vollständig selbst vertreten, daher braucht es eine
 2754 Politik, die die Interessen und Bedürfnisse der Jüngeren in den Blick nimmt. Außerdem sind Kinder
 2755 und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen in geeigneter Weise wirksam zu beteiligen,
 2756 insbesondere in kommunalen Gremien wie Orts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisträten.

2757
 2758 Kinder und Jugendliche werden als Träger:innen eigener Rechte in der politischen und
 2759 gesellschaftlicher Realität oft ignoriert, ihre Interessen dabei missachtet. Deswegen soll sich Sachsen
 2760 auf Bundesebene dafür einsetzen, **Kinderrechte ins Grundgesetz** aufzunehmen – mit einer Regelung,
 2761 die die Rechte von Kindern tatsächlich stärkt und nicht hinter den Status quo zurückfällt. Das gilt auch
 2762 für die Integration von **Kinderrechten in die sächsische Verfassung**. Die Verankerung von
 2763 Kinderrechten im Grundgesetz und in der sächsischen Verfassung darf kein bloß symbolischer
 2764 Akt sein. Er muss die regierende Politik dazu verpflichten, die spezifischen Bedürfnisse und
 2765 Interessen von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.
 2766 Wir kämpfen dafür, dass auch Kindern mit besonderen Förder- bzw. Inklusionsbedürfnissen das Recht
 2767 auf Teilhabe und das Recht auf gutes Aufwachsen garantiert wird.

2768
 2769 Kinder haben grundsätzlich ein Anrecht auf Schutz und Unterstützung. Um **Kinderschutz**
 2770 sicherzustellen, gegen alle Formen von Gewalt gegen Kinder vorzugehen und Kinder und Jugendliche
 2771 zu unterstützen, die von Gewalt betroffen sind, setzen wir uns dafür ein, solche Fälle kindzentriert
 2772 und betroffenensensibel zu bearbeiten. Wir fordern Präventionsmaßnahmen, verbindliche
 2773 Schutzkonzepte und einen Fokus auf das Kindeswohl. Jede Form von Gewalt gegen Kinder, ob verbal,
 2774 physisch oder sexualisiert, muss bekämpft werden. Der Kinderschutz ist auf allen Ebenen zu stärken.
 2775 Das Kindeswohl kann jedoch auch durch Armut gefährdet werden. Kinder, Jugendliche und ihre
 2776 Familien benötigen stabile Lebensverhältnisse, um eigenverantwortlich über ihr Leben zu entscheiden
 2777 und den Alltag erfolgreich zu meistern. Für uns sind daher Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut
 2778 unerlässlich, auch um Kinderschutz und Kinderrechte zu verwirklichen. Um das kindliche
 2779 Wohlergehen in familiären Notsituationen unterschiedlicher Art zu sichern, sind eine **krisenfeste**
 2780 **Kinder- und Jugendhilfe** sowie teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung wesentlich. Sie müssen
 2781 dem Bedarf entsprechend ausgestattet und finanziert sein. Das Wegsperrn von Kindern und
 2782 Jugendlichen war und ist keine Lösung. Wir lehnen es entschieden ab, die geschlossene
 2783 Unterbringung wieder einzuführen.

2784
 2785 Die Demokratie lebt von einer engagierten, aktiven Zivilgesellschaft. Wer von Anfang an
 2786 zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt, legt die besten Grundlagen auch für
 2787 Demokratiebildung und Demokratieförderung. Deswegen wollen wir den **Jugendfreiwilligendienst**
 2788 **aufwerten**, indem sein Taschengeld erhöht wird. Alle Kürzungsvorhaben im Bereich der
 2789 Freiwilligendienste lehnen wir ab, stattdessen müssen sie finanziell besser ausgestattet werden.

2790
 2791 Die offene Jugendarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Deshalb ist für uns vor
 2792 allem die Förderung der **demokratischen Jugendarbeit** und **Jugendbildung** ein wesentlicher Punkt.
 2793 Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Mitarbeitenden müssen hier deutlich verbessert werden.
 2794 Zudem fordern wir die Stärkung der **selbstverwalteten Jugendhäuser und autonomen**
 2795 **Jugendzentren (AJZ)**.

2796
 2797 Die Antwort auf Kinder- und Jugendkriminalität sind nicht repressive Maßnahmen, sondern vor allem
 2798 **sozialpädagogische und psychologische Interventionen**. Der Rechtsstaat hat an dieser Stelle eine
 2799 besondere Verantwortung. Alle zuständigen Behörden wie Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte

müssen hierfür die logistischen Voraussetzungen schaffen. Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen ein und fordern mehr Häuser wie das „Haus des Jugendrechts“ in Leipzig. Unser Ziel ist es, die Anzahl der **kriminälpräventiv tätigen Sozialarbeiter:innen** im Freistaat zu erhöhen.

Wir wollen Gewaltprävention, Demokratieverständnis, kulturelle Bildung und Empathie für Opfer zu festen Bestandteilen der Lehrpläne an den sächsischen Schulen machen. Politik und politische Partizipation sollten für sächsische Schüler:innen vertraute Begriffe und gelebte Praxis sein, damit sie sich gut gewappnet für eine fortschrittliche Zivilgesellschaft engagieren können.

Wir wollen einen „**Kinder- und Familienfreitag**“ am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen gesetzlichen Feiertag in Sachsen einführen. Damit wollen wir Eltern und Großeltern mehr Zeit für sich und ihre Kinder schenken und zugleich die Aufmerksamkeit auf die Kinder, ihre Lebenssituation und ihre Rechte lenken. In vielen Ländern ist der Internationale Kindertag bereits jetzt ein Feiertag.

Queerpolitik

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere (lsbtqi*) Menschen sind ein fester Bestandteil der sächsischen Gesellschaft. Unwiderlegbare Beweise dafür sind die vielen Demonstrationen zum Christopher Street Day, die sich gegen alle Widerstände durchgesetzt haben. Es gibt sie überall in Sachsen, von Plauen bis Weißwasser, von Zittau bis Torgau. Diese selbstbewusste Sichtbarkeit muss mit sozialer und rechtlicher Sicherheit einhergehen, damit sie nicht nur auf den Demonstrationen, sondern auch im Alltag gelebt werden kann. Diese Grundhaltung spiegelt sich in allen Kapiteln unseres Programmes wider.

Wir wollen, dass die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität überwunden wird. Gewalt und Diskriminierung gehören aber leider nach wie vor zum Alltag vieler queerer Menschen. Wir wollen diesen Zustand durch Prävention und Intervention beenden. Queerfeindliche Hetze von Rechtspopulisten darf in unserem Land keinen Platz haben! Betroffene von Queerfeindlichkeit verdienen unsere Solidarität. So setzen wir uns für eine unabhängige Melde- und Beratungsstelle nach dem Berliner Vorbild „Maneo“ ein. Außerdem möchten wir Zufluchtsmöglichkeiten für queere Menschen schaffen, die im Rahmen von Beziehungstaten Gewalt erfahren oder aus einem queerfeindlichen Umfeld fliehen müssen. Insbesondere bei Fällen von institutioneller Benachteiligung wollen wir die bestmögliche Unterstützung durch unabhängige Unterstützungsstellen sichern.

Auch im Schulalltag sind Diskriminierung und Ausgrenzung von queeren Menschen ein großes Problem. Wir wollen das Pilotprojekt „**Schule der Vielfalt**“ sichern, ausweiten und Richtlinien zur Inklusion von trans*, inter* und nicht-binären (tin*) Schüler:innen erarbeiten. Dazu wollen wir auch die bestehenden Aufklärungsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen finanziell absichern und stärken. Auch in den Lehrplänen müssen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ihren Platz haben. Die Weisung des Kultusministers an Schulen zum Verbot geschlechtergerechter Schreibweisen wollen wir umgehend revidieren. Vermeintliche Sexuaufklärungsprojekte von christlich-fundamentalistischen Gruppierungen wie „TeenSTAR“ verbreiten eine reaktionäre Sexualmoral und queerfeindliche Vorurteile. Sie haben an unseren Schulen nichts zu suchen.

Wir fordern, dass Sportarten und Sportstätten allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht in gleichem Maße zugänglich gemacht werden. Wir treten konsequent gegen alle Formen von Queerfeindlichkeit in Sportverbänden und -vereinen auf. Lsbtqi* Personen haben besondere soziale und gesundheitliche Bedürfnisse, die wir ernst nehmen. Wir stehen dafür ein, dass Lsbtqi* Personen einen niedrigschwelligen Zugang zu der für sie nötigen Gesundheitsversorgung erhalten. Dazu soll in Sachsen ein Kompetenzzentrum für queere Gesundheit etabliert werden. Beim Zugang zu Prävention, Beratung und Therapie bei HIV/AIDS sehen wir Versorgungslücken. Im ländlichen Raum müssen die Angebote ausgeweitet werden, die nötigen Medikamente müssen zuverlässig bereitgestellt werden. Zudem müssen die Zugangshürden für Gefangene und Geflüchtete abgebaut werden, denn Gesundheit ist Menschenrecht für alle!

Armut und Wohnungslosigkeit treffen queere Menschen überdurchschnittlich häufig. Vorurteile erschweren es ihnen oft, die nötige Unterstützung zu bekommen. Wir wollen ein flächendeckendes

2860 Beratungsangebot für queere Menschen aller Altersklassen in Sachsen erreichen und die Community
2861 stärken. Die wertvolle Vernetzungs- und Demokratiearbeit der queeren Vereine wollen wir in
2862 Förderrichtlinien verankern. Die Linke Sachsen steht für geschlechtliche und sexuelle
2863 Selbstbestimmung. Wir verlangen, dass sich die sächsische Landesregierung im Bundesrat weiter für
2864 den Schutz von Lsbtiq* Personen einsetzt. Dazu gehört die Erweiterung des Schutzes von Artikel 3
2865 des Grundgesetzes auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität. Ebenso fordern
2866 wir ein modernes Selbstbestimmungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Das Unrecht, das in
2867 der Vergangenheit trans* Menschen angetan wurde, muss aufgearbeitet werden. Betroffene müssen
2868 angemessen entschädigt werden.

2869
2870 Neuer Regelungen zu Personenstands- und Namensänderung müssen in Sachsen schnell umgesetzt
2871 werden. Wir stellen uns gegen den bevormundenden Ausschluss von Menschen aus Räumen und
2872 Gemeinschaften. Regenbogenfamilien müssen gleichberechtigt werden. Wir setzen uns daher dafür
2873 ein, das diskriminierende Adoptionsrecht zu ändern und die Förderung der Kinderwunschbehandlung
2874 für gleichgeschlechtliche Eltern zu öffnen. Um diese Forderung umzusetzen, wollen wir den
2875 "Landesaktionsplan Vielfalt" zusammen mit der Community modernisieren, erweitern und praktisch
2876 umsetzen. Die nötigen Mittel dafür müssen im Haushalt bereitgestellt werden. Queere Netzwerke und
2877 Community-Strukturen möchten wir stärken und ausbauen. Politik und Zivilgesellschaft sollen so
2878 gemeinsam an einer Zukunft arbeiten, in der alle Menschen ohne Angst selbstbestimmt und
2879 verschieden sein können.

2880 2881 Polizei und Justiz

2882
2883 Für Die Linke bedeutet der Begriff „öffentliche Sicherheit“ in erster Linie: Schutz der Bürgerinnen und
2884 Bürger sowie ihrer Rechte. Damit bleibt für uns eine Sache klar: Mehr Sicherheit entsteht nicht
2885 dadurch, dass Polizei und Geheimdienste weiter aufgerüstet werden, sondern indem wir **die sozialen**
2886 **Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt bekämpfen**. Konkret bedeutet das: Wir
2887 müssen die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verbessern und ihnen in allen Bereichen
2888 der Gesellschaft mehr Möglichkeiten zur Teilhabe geben.

2889
2890 Es braucht einen grundlegenden Wandel im Innenresort. Wir müssen **das sächsische Polizeigesetz**
2891 **novellieren**, damit endlich wieder die Grundrechte aller Menschen und die Unschuldsvermutung im
2892 Vordergrund stehen.

2893
2894 Zudem muss endlich eine **transparente Fehlerkultur** Einzug halten. Um das Vertrauen in die Polizei
2895 und innerhalb der Polizei zu stärken, brauchen wir eine wirklich **unabhängige Ombuds- und**
2896 **Beschwerdestelle der sächsischen Polizei**, die dem Landtag und nicht der Staatskanzlei untersteht.
2897 Diese Ombudsstelle arbeitet als unabhängige Anstalt öffentlichen Rechts auf gesetzlicher Grundlage
2898 – sowohl für Bürger:innen bei Beschwerden gegen Handlungen von Polizeibediensteten als auch für
2899 Polizeibedienstete bei Beschwerden gegen Entscheidungen von Vorgesetzten und Benachteiligungen
2900 im Dienst. Ferner soll die unabhängige Beschwerdestelle auch unabhängige Beobachter:innen
2901 einsetzen können, die an Demonstrationen teilnehmen und Rechtsverstöße insbesondere von
2902 Polizeikräften oder nicht demonstrierenden Personen dokumentieren und darüber die Öffentlichkeit
2903 informieren. Wir wollen **ausgelagerte Ermittlungsorgane einführen**, die nach dem Vorbild Dänemarks
2904 strafrechtliche Ermittlungsverfahren an sich ziehen, wo der Verdacht polizeilichen Fehlverhaltens
2905 besteht. Sie müssen mit gleichwertigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

2906
2907 Wir brauchen eine gut geschulte Polizei, die nah an den Bürgerinnen und Bürgern agiert. Sie muss
2908 überall erreichbar und schnell zur Stelle sein, um an jedem Ort gleichermaßen die öffentliche
2909 Sicherheit wirksam zu gewährleisten. Bei der weiteren Entwicklung der Landespolizei geht Qualität
2910 vor Quantität: Gute Polizeiarbeit ist nur mit guten Arbeitsbedingungen zu haben, mehr Sicherheit
2911 entsteht nur durch Spezialisierung. Statt von Einsatz zu Einsatz zu eilen, braucht die Polizei Sachsen
2912 **mehr Ermittlungskapazitäten**, um Fälle zu lösen. Nur so kann Kriminalität nachhaltig bekämpft
2913 werden.

2914
2915 Sachsens Polizei überwacht seit Jahren mit Vorliebe bestimmte Demonstrationen und
2916 Fußballfanszenen mit Kameras, Hubschraubern und Drohnen. Wir lehnen nachdrücklich diese
2917 Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab, ebenso automatisierte Gesichtserkennungs- und
2918 Trackingsoftware. Diese Technologien greifen unverhältnismäßig in die Grundrechte ein, ohne
2919 nachweislich die Verhinderung von Straftaten zu gewährleisten. **Auch für den Einsatz polizeilicher**

2920 „**Wiedererkenner**“ („**Super Recognizer**“) sind **Transparenz und klare Regeln** nötig. Wir lehnen
2921 Kontrollen und Schleierfahndung an den Grenzen zu Polen und Tschechien ab. Der öffentliche Raum
2922 gehört uns allen – jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich frei und ohne Überwachung in ihm
2923 zu bewegen.

2924 Wir wollen, dass mehr Polizistinnen und Polizisten als direkte Ansprechpartner:innen für die
2925 Bürger:innen vor Ort erreichbar sind – nicht nur in akuten Gefahrensituationen, sondern kontinuierlich.

2926 Wir wollen sicherstellen, dass die **Polizeiausbildung in hoher Qualität** und mit ausreichenden
2927 Ressourcen gewährleistet wird. Es ist nicht nötig, die Polizei mit noch mehr Befugnissen auszustatten
2928 oder sie noch weiter aufzurüsten. Stattdessen muss die Ausbildung für angehende Polizist:innen
2929 demokratisiert werden. Dazu gehören verpflichtende **Kurse gegen Rassismus und Diskriminierung,**
2930 **auch in der Fort- und Weiterbildung.** Außerdem ist es notwendig, die Demokratie- und
2931 Menschenrechtsbildung zu stärken sowie interkulturelle, kommunikative und soziale Kompetenzen zu
2932 vermitteln.

2933 Deeskalatives Einsatzverhalten sollte im Rahmen der Polizeiausbildung an erster Stelle stehen.
2934 Polizeihochschulen sollten nicht mehr abgeschottet sein, sondern in den zivilen universitären Betrieb
2935 integriert werden. Wir wollen die Ausbildung der Polizeiverwaltung von Rothenburg an die Hochschule
2936 Meißen verlagern. So könnten sich nicht länger Teile des Polizeiapparates abkapseln. Stattdessen
2937 würden Polizist:innen in den demokratischen Prozessen an den Hochschulen mitwirken.

2938 Die sächsische Polizei benötigt mehr **interkulturelle Kompetenz.** Daher setzen wir uns für mehr
2939 **Diversität** innerhalb der Polizei ein – für eine offene, bürger:innennahe Polizei. Sie muss die Vielfalt
2940 der Gesellschaft stärker widerspiegeln und sich für Menschen öffnen, die bislang wegen ihres
2941 Geschlechtes, ihrer Sexualität, Beeinträchtigungen oder ihrer Herkunft noch unterrepräsentiert sind.
2942 Dies kann nur durch gezielte Fördermaßnahmen gelingen. Eine **diverse Polizei** würde dazu führen,
2943 dass der Polizeiapparat besser funktioniert. Vielfalt könnte dazu beitragen, die Polizei stärker für
2944 Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen zu sensibilisieren. Klar bleibt, dass die
2945 Diversifizierung allein nicht die strukturellen Probleme lösen und rassistischen Praktiken der Polizei
2946 beenden wird.

2947 Wir wollen **Racial Profiling verbieten** und konsequent gegen diese Praxis rassistischer Überwachung
2948 vorgehen. Im Aus- und Weiterbildungskonzept der sächsischen Polizei müssen interkulturelle und
2949 soziale Kompetenzen sowie die Vermeidung von Diskriminierung verankert werden. Wir fordern die
2950 Einführung einer **Pflicht zur individuellen Kennzeichnung von Polizeibeamt:innen.** Eine moderne,
2951 den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtete Polizei gibt sich den Menschen zu erkennen. Sie scheut
2952 sich nicht, selbstkritisch für Fehler einzustehen. Um das zu ermöglichen, sollen sämtliche
2953 Polizeivollzugsbeamt:innen eine individuelle Kennziffer an der Uniform tragen. Auch Polizist:innen im
2954 Dienst begehen Straftaten. Es kommt jedoch selten zu Prozessen und sie werden praktisch nie
2955 verurteilt, obwohl Betroffene Anzeige erstatten. Beamt:innen müssen auch zur Verantwortung
2956 gezogen werden können. Mit einer Kennzeichnungspflicht könnten sie nach Straftaten juristisch
2957 verfolgt werden.

2958 Wir wollen Schluss damit machen, dass die Polizei anlasslose Personenkontrollen durchführen, Plätze
2959 zu „gefährlichen Orten“ erklären und Verbotszonen (z.B. Waffenverbotszonen) sowie Kontrollbereiche
2960 einrichten kann, die vor allem für rassistisch diskriminierende Kontrollen missbraucht werden.
2961 Außerdem muss endlich eine „**Kontrollbescheinigung**“ für Betroffene von Personenkontrollen
2962 eingeführt werden. Sie ist ein wirksames Instrument, da sie die Schwelle für unrechtmäßige Kontrollen
2963 erhöht und es den Betroffenen erleichtert, Rechtsmittel zu gebrauchen. Wir fordern außerdem ein
2964 **Ende der Beteiligung Sachsens an internationalen Polizeieinsätzen, die der Unterstützung**
2965 **autoritärer Regime dienen oder an den EU-Außengrenzen stattfinden.** Es darf weder eine direkte
2966 noch eine indirekte Beteiligung Sachsens an Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen
2967 geben.

2968 Rechte Straftaten und Hassverbrechen müssen rasch aufgeklärt und konsequent verfolgt werden.
2969 Geheimdienste sind dafür nicht zuständig. Wir lehnen eine „Vergeheimdienstlichung“ der Polizei ab. Es
2970 bleibt uns ein zentrales Anliegen, **das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) aufzulösen.** Bis zu
2971 seiner Auflösung treten wir für eine tatsächliche und **wirksame parlamentarische Kontrolle des LfV**
2972 zum Schutz der Verfassung und der mit ihr garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten der
2973 Bürger:innen ein. Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist keine Verschlussache,

2980 sondern geht alle an. Deshalb wollen wir die Situationsanalyse nicht Behörden und Ämtern
2981 überlassen. Unsere bisherigen Erfahrungen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz stützen
2982 keineswegs die These, dieser Geheimdienst schütze die Demokratie vor Gefahren. Im Kampf gegen
2983 zentrale Bedrohungen, etwa rechtsterroristische Zellen wie den „Nationalsozialistischen Untergrund“
2984 (NSU), erwies er sich eher als hinderlich denn als hilfreich. Stattdessen agiert das LfV vor allem
2985 politisch und übt die Definitionsgewalt über politische Einstellungen aus, die als extremistisch
2986 kategorisiert werden. Das wollen wir ändern: Eine Öffentlichkeitsarbeit durch
2987 „Verfassungsschutzberichte“ wird nicht mehr stattfinden. In der politischen Bildungsarbeit hat das LfV
2988 mit seiner Extremismustheorie nichts zu suchen.

2989
2990 Die Linke tritt dafür ein, dass **die öffentliche Sicherheit und die damit zusammenhängenden**
2991 **hoheitlichen Aufgaben nicht privatisiert** werden – weder durch eine formale Übertragung von
2992 Aufgaben noch durch einen schleichenden Prozess, der folgt, wenn der Staat sich wirklich oder
2993 gefühlt aus seiner Verantwortung für die öffentliche Sicherheit vor Ort zurückzieht. Wir lehnen strikt
2994 „Bürgerwehren“ in jeglicher Form und alle anderen Organisationen ab, die das staatliche
2995 Gewaltmonopol untergraben oder in Frage stellen. Wir verurteilen alle Versuche zur Selbstjustiz. Es ist
2996 die Aufgabe der Polizei, Gefahren abzuwenden, die Ermittlungsarbeiten der Staatsanwaltschaften zu
2997 unterstützen und präventiv gegen Kriminalität vorzugehen.

2998
2999 **Opferschutz und Opferhilfe** sind für uns von höchster Bedeutung. Wir wollen das Strafrecht im Sinne
3000 der **Restorative Justice** (wiedergutmachende Gerechtigkeit) weiterentwickeln, die die
3001 Opferperspektive, die Verantwortung der Täter:innen und die Wiedergutmachung und Prävention in
3002 den Mittelpunkt stellt. Die Justiz muss Opfer schützen. Von der Aufnahme der Anzeige bis zur
3003 Vorbereitung der Entlassung muss die Justiz den Opferschutz und die Opferhilfe ernstnehmen und
3004 berücksichtigen. Wir wollen, dass europarechtliche Vorgaben zum Opferschutz im Ermittlungs- und
3005 Strafverfahren konsequent umgesetzt werden. Opfer sollen vor, während und nach Abschluss des
3006 Strafverfahrens unkompliziert und unbürokratisch Hilfe bekommen. **Opferberatungsstellen** sollen
3007 landesweit ausgebaut und personell gestärkt werden.

3008
3009 Die Justiz muss schneller auf Taten reagieren. Für Opfer wie Beschuldigte ist eine schnelle Reaktion
3010 auf Straftaten sinnvoll. Die Verfahrenslaufzeiten bei Gerichten müssen verkürzt werden, indem
3011 genügend Richter:innen, aber auch nicht-richterliches Personal zur Verfügung gestellt wird. Wir
3012 wollen Häuser des Jugendrechts flächendeckend ausbauen. Die Strafhaft muss „Ultima Ratio“ sein,
3013 letztes Mittel. Wir wollen Projekte zur Haftvermeidung durch ambulante sozialpädagogische
3014 Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte ausbauen. Geeignete Möglichkeiten sind
3015 die Mediation in Strafsachen, der **Täter-Opfer-Ausgleich**, die (begleitete) gemeinnützige Arbeit)
3016 sowie der Strafvollzug in freier Form. Mit diesen Methoden kann die Justiz entlastet werden.
3017 Verfahren lassen sich schnell und befriedend abschließen, die Ansprüche der Opfer werden erfüllt. Wir
3018 wollen den Täter-Opfer-Ausgleich auch bei mittelschwerer und schwerer Kriminalität anwenden.

3019
3020 Der Strafvollzug, insbesondere der Jugendstrafvollzug, muss vor allem das Ziel der **Resozialisierung**
3021 verfolgen. Daher wollen wir ein Resozialisierungsgesetz erarbeiten. Es soll Maßnahmen und
3022 Vollzugsmodelle berücksichtigen, die mit der größten Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass Verurteilte
3023 in die Gesellschaft zurückfinden und nicht wieder straffällig werden. Unabdingbar ist dazu auch ein
3024 normiertes und besser ausgestattetes Übergangsmanagement. Übergangshäuser während der
3025 letzten Monate der Haftzeit und im Anschluss, Vermittlung in Unterkunft und Arbeit sind von großer
3026 Bedeutung. Die Zusammenarbeit des Strafvollzugs mit freien Trägern der Straffälligenhilfe und mit
3027 den Kommunen wollen wir verbessern.

3028
3029 Wir fordern, dass die in den Strafvollzugsgesetzen des Freistaates Sachsen vorgegebene
3030 opferorientierte Vollzugsgestaltung umgesetzt wird. Wir wollen dafür sorgen, dass Gefangene öfter
3031 als bisher Opferempathie-Trainings absolvieren, sich an einem Opfer-Täter-Ausgleich im Vollzug
3032 beteiligen, ihre Opfer entschädigen und für die Gesellschaft gemeinnützig tätig werden. Wir wollen
3033 Therapie- und Behandlungsangebote in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere Suchttherapie-
3034 Stationen, in Zusammenarbeit mit freien Trägern ausbauen. Gleichzeitig benötigen wir angemessene
3035 Nachsorgeangebote. Zu diesem Zweck sind im Strafvollzug auch niederschwellige Sucht- und
3036 Drogenberatungen sowie adäquate Substitutionsbehandlungen erforderlich.

3037
3038 Strafhaft darf soziale Bindungen nicht weiter zerstören. Der Kontakt zur Familie und besonders zu
3039 den Kindern gibt oft Stabilität, Zukunftshoffnung und Veränderungswillen. Wir setzen uns dafür ein,

3040 dass **Modellprojekte für Familienhäuser** in freier Trägerschaft als neue Vollzugsform eingeführt
3041 werden. Außerdem darf Videotelefonie nicht auf die allgemeinen Besuchszeiten angerechnet werden.

3042
3043 Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **Ersatzfreiheitsstrafen grundsätzlich**
3044 **abgeschafft** und nur in seltenen Ausnahmefällen zugelassen werden. Ersatzfreiheitsstrafen nach
3045 Paragraph 43 des Strafgesetzbuches sind ein Instrument der Diskriminierung von
3046 einkommens- und vermögensschwachen Menschen, die oftmals nicht in der Lage sind, die hohen
3047 Geldstrafen zu bezahlen. Die Linke setzt sich dafür ein, das Fahren ohne Fahrschein zu
3048 entkriminalisieren und als Ordnungswidrigkeit zu behandeln. Die im Paragraphen 265a des
3049 Strafgesetzbuches („Beförderungerschleichung“) enthaltene Strafandrohung ist aus unserer Sicht
3050 nicht verhältnismäßig und widerspricht der Funktion des Strafrechts als letztes Mittel (Ultima-Ratio-
3051 Funktion). Langfristig wollen wir den Öffentlichen Nahverkehr kostenfrei machen.

3052
3053 Wir wollen das sogenannte "Containern" entkriminalisieren. Dabei handelt es sich um die Entnahme
3054 noch genießbarer Lebensmittel aus Abfallcontainern von Supermärkten, um Lebensmittelvergeudung
3055 zu vermeiden. Wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Paragraph 248a des
3056 Strafgesetzbuches („Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen“) so geändert wird, dass
3057 von einer Strafverfolgung abgesehen wird, wenn es sich um weggeworfene Lebensmittel aus
3058 Mülltonnen oder Müllcontainern handelt.

3059
3060 Wir wollen die Jurist:innen- und Justizausbildung reformieren und Restorative Justice, die
3061 Opferperspektive, Haftvermeidung und ambulante sozialpädagogische Maßnahmen und
3062 Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte stärker verankern. Bei der Ausbildung von
3063 Justizvollzugsbediensteten sollte der Schwerpunkt auf Resozialisierung, opferbezogene
3064 Vollzugsgestaltung und alternativer Vollzugsgestaltung auch durch freie Träger liegen.

3065
3066 Die Linke fordert die **Wiedereinführung der Jurist:innenausbildung an der Technischen Universität**
3067 **Dresden**. Außerdem soll ein **Richter:innenwahlausschuss** für die Einstellung von Richterinnen und
3068 Richter in den sächsischen Justizdienst eingerichtet werden. An den sächsischen Gerichten müssen
3069 mehr Stellen in allen Bereichen geschaffen und besetzt werden, um die Prozesse zu beschleunigen.

3070
3071 **Kultur**

3072
3073 **Kultur muss für alle zugänglich sein.** Alle Menschen sollen sie in all ihrer Vielfalt erleben und selbst
3074 gestalten können, ohne dass jemand aus finanziellen Gründen oder wegen des Wohnorts
3075 ausgeschlossen bleibt.

3076
3077 Sachsen verfügt über eine bunte Kulturlandschaft. Sie ist vielfältig und reichhaltig. Kultur wirkt über
3078 die Grenzen von Ressorts hinweg, darum lässt sie sich nicht scharf von anderen Bereichen wie
3079 Bildung, Wirtschaft, Tourismus oder dem Sozialen abgrenzen. Kultur stärkt die soziale Kompetenz der
3080 Einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist auch der Ort für wichtige gesellschaftliche
3081 Debatten. Sie erhöht die Lebensqualität aller und ist zugleich für die Wirtschaft des Kulturlandes
3082 Sachsen besonders wichtig. Besonders für ländliche Regionen können Kunst und Kultur ein Mittel
3083 sein, das Leben attraktiv zu halten und so der Abwanderung entgegen zu wirken, aber auch den
3084 Tourismus und die Wirtschaft zu stärken. Es besteht die Gefahr, dass der Kulturkampf von rechts und
3085 die Auseinandersetzung um die Freiheit der Kunst und Kultur die nächsten Jahre prägen werden.

3086
3087 In Sachsen gehören ungefähr 10000 Unternehmen mit ca. 80000 Erwerbstätigen zur Kultur- und
3088 Kreativraumwirtschaft. Mit ihren elf Teilbereichen steht die Kultur- und Kreativbranche für Innovation,
3089 Weltoffenheit, Kreativität und wirtschaftliche Kraft. Auch wenn sich Sachsen rühmt, die höchsten Pro-
3090 Kopf-Ausgaben im Bereich von Kunst und Kultur zu haben, kann die Mehrzahl der Kunst- und
3091 Kulturschaffenden jedoch kaum von ihrer Arbeit leben. Viele leben unterhalb der Armutsgrenze.
3092 Dieser Umstand muss beendet werden.

3093
3094 Kultur ist Daseinsvorsorge. Wir wollen die **Kommunen und Kulturräume so ausstatten**, dass es ihnen
3095 möglich ist, die reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen zu erhalten, weiterzuentwickeln
3096 und auskömmlich zu finanzieren. Der öffentliche Nahverkehr muss so ausgebaut werden, dass alle
3097 Menschen das kulturelle Leben erreichen können. Wir wollen finanzielle Barrieren genauso abbauen
3098 wie Barrieren im Bereich der Infrastruktur. Es braucht einen **inklusiven Zugang zu Kunst und Kultur**,
3099 damit jede und jeder sich lebenslang nicht nur kulturell bilden, sondern auch an gesellschaftlichen

3100 Entwicklungen, Impulsen und Diskussionen teilhaben kann. Wir fordern den **Erhalt der Vereins- und**
3101 **Kulturhäuser** in den Kommunen.

3102
3103 Wir setzen uns für ein **landesweites Entwicklungskonzept für Kunst und Kultur** ein und machen uns
3104 auch weiterhin für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen stark. **Kulturraummittel**
3105 sollen dynamisiert werden, damit sie sich Tarifierhöhungen und allgemeine Preissteigerungen
3106 anpassen. Haustarifverträge in den Theatern und Orchestern wollen wir abschaffen. Kulturschaffende
3107 müssen von ihrer eigenen Tätigkeit leben können. Deshalb wollen wir verbindliche
3108 **Honoraruntergrenzen** für freie Kulturschaffende einführen, zum Beispiel bei
3109 Ausstattungsvergütungen. Festangestellte Beschäftigte an den Kultureinrichtungen müssen
3110 tarifgemäß bezahlt werden.

3111
3112 Wir wollen die Teilhabe an kulturellen Angeboten fördern, z. B. durch freien Eintritt. Die musische
3113 Erziehung in den Schulen muss weiter unterstützt werden. Eltern müssen bei der Nutzung **kultureller**
3114 **Bildungsangebote** ihrer Kinder finanziell entlastet werden. Wir wollen Jugendkunstschulen erhalten
3115 und fördern, um Kindern und Jugendlichen künstlerisch-experimentelle Freiräume zu eröffnen, in
3116 denen sie Erfahrungen bei Kunstschaffenden sammeln können.

3117
3118 Aufgrund der hohen Nachfrage nach musischer Bildung brauchen wir mehr Angebote besonders im
3119 ländlichen Raum. **Musikschulen** müssen erhalten und gefördert, die Arbeitsbedingungen der
3120 Musiklehrer:innen dringend verbessert werden. Wir wollen erreichen, dass die Honorarsätze erhöht
3121 werden und dabei die Tariflöhne als Orientierung dienen. Festangestellte Musiklehrer:innen an
3122 Musikschulen sollen einen ihrer Tätigkeit und ihrer Verantwortung entsprechenden Tariflohn erhalten.

3123
3124 Kulturelle Bildung verstehen wir nicht nur als Bestandteil der Schulbildung oder der Ausbildung in
3125 musischen Fächern, sie gehört für uns zum lebenslangen Lernen. Sie findet auch an Orten statt, die
3126 der Freizeitgestaltung, Erholung und der Aneignung von allgemeinem und kulturellem Wissen dienen,
3127 so etwa in Bibliotheken, Museen und Ausstellungen. Wir setzen uns dafür ein, die Vielfalt der
3128 Akteurinnen und Akteure in der Kultur zu erhalten und das Spektrum der **Fördermöglichkeiten** zu
3129 erweitern. Es geht dabei nicht allein um finanzielle Unterstützung – manchmal benötigen Menschen,
3130 die ein Projekt realisieren wollen, einfach nur eine geeignete Räumlichkeit. Deshalb wollen wir, neben
3131 der finanziellen Absicherung durch institutionelle oder projektbezogene Förderung, verstärkt
3132 landeseigene und kommunale Liegenschaften und Gebäude, die nicht verwendet werden, umwidmen
3133 und über (Zwischen-)Nutzungsverträge kulturellen und künstlerischen Initiativen zur Verfügung
3134 stellen. Dafür müssen den Kommunen die notwendigen Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.
3135 Wir setzen zudem auf Synergieeffekte durch eine stärkere **Vernetzung der Kultureinrichtungen des**
3136 **Landes**, ganz gleich, ob es sich um kommunale, staatliche oder Einrichtungen in freier Trägerschaft
3137 handelt. Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, sodass die Einrichtungen nicht nur
3138 kooperieren, sondern auch Ressourcen gemeinsam nutzen können.

3139
3140 Wir wollen die **Kulturstiftung des Freistaates Sachsen** finanziell so ausstatten, dass sie den erhöhten
3141 Anforderungen einer wachsenden Kunst- und Kulturszene in Sachsen sowie den gestiegenen Sach-
3142 und Personalkosten gerecht zu werden vermag. Dazu ist eine Erhöhung des Stiftungskapitals nötig.

3143
3144 Die Linke will dafür sorgen, dass bedeutende **Industriedenkmäler** erfasst und ihr Erhalt unterstützt
3145 wird. Nach behutsamer Sanierung sollen sie, wenn möglich, als soziale und kulturelle Orte genutzt
3146 werden. Wir wollen, dass Kommunen ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen, das Land soll die für diese
3147 Maßnahmen nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

3148
3149 Wir setzen uns für die vereinfachte Überprüfung von **Sammlungsobjekten aus kolonialen Kontexten**
3150 ein. Wir verstehen diese Provenienzforschung aber nicht nur als Prozess der Rückgabe von Objekten,
3151 sondern sehen in ihr auch die Möglichkeit, eine neue Beziehung zwischen vormals kolonisierenden
3152 und kolonisierten Gesellschaften zu begründen. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel müssen
3153 allen Museen zugänglich gemacht werden.

3154
3155 Wir wollen **Atelierbeauftragte** einsetzen, die Künstler:innen, Kunst- und Kreativschaffende bei der
3156 Suche nach geeigneten Objekten unterstützen und behilflich sind, dauerhafte Nutzungen
3157 sicherzustellen.

3158

Wir setzen uns für eine Feiertagsreform im Freistaat Sachsen ein. Wir wollen den Buß- und Betttag abschaffen und einen Familienfeiertag um den Weltkindertag einführen. Zudem wollen wir den Internationalen Frauentag am 8. März als weiteren Feiertag etablieren. Der 8. Mai soll als Gedenktag an die Befreiung vom deutschen Faschismus und die Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa erinnern.

Außerdem ist uns eine dem Bedarf entsprechende Finanzierung der **Stiftung für das sorbische Volk** und anderer sorbischer Organisationen ein wichtiges Anliegen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen zwischen dem Freistaat, dem Bund und dem Land Brandenburg unbefristet gilt und mit dem notwendigen Inflationsausgleich abgeschlossen wird.

Erinnerungskultur

Die gegenwärtige Erinnerungspolitik in Deutschland weist bedenkliche Phänomene auf, gerade in Sachsen: Der erreichte Status quo wird glorifiziert, ein kritisches und aktualisiertes Erinnern verhindert, der aktuelle Zustand als um jeden Preis erhaltenswert betonierte. Wir beobachten leider eine Enthistorisierung der Erinnerung, die das Erinnern selbst bereits als ausreichende Bildungsarbeit betrachtet, ohne sie als Teil einer Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten zu betreiben. Ahistorisch ist die Gleichsetzung des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus mit dem Gedenken an die Opfer des Stalinismus, wie sie in Sachsen schon in der Präambel des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes (SächsGedenkStG) festgeschrieben ist. Die Erinnerungspolitik findet ohne echte Anbindung an die Bildungspolitik statt. Ob sächsische Schüler:innen in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte besuchen oder eine Gedenkveranstaltung erleben, hängt leider oft vom Zufall ab. Manche haben Unterricht bei einer entsprechend sensibilisierten und aktiven Lehrperson oder sie haben Eltern, die Wert auf eine solche Erfahrung legen – viele aber auch nicht. So erklärt sich die gegenwärtige Lage: In weiten Teilen der sächsischen Bevölkerung gibt es kaum historisches Wissen über die sächsische Geschichte während des Nationalsozialismus. Erinnerungspolitisch relevante Orte sind vielen unbekannt, selbst dann, wenn sie in unmittelbarer Nähe zum Wohnort liegen. Ohne Wissen kann sich aber auch kein historisches Bewusstsein bilden.

Für Die Linke Sachsen geht es deshalb darum, die bisherige **Erinnerungspolitik** in Sachsen im Sinne eines **antifaschistischen Anspruches** neu auszurichten. Der falsch verstandene Totalitarismusansatz ist zu korrigieren. Die Singularität des deutschen Faschismus mit dem Menschheitsverbrechen der Shoa ist für uns unhintergehbare Maxime in der Bildungs- und Erinnerungspolitik. Es sollten folgende Prämissen gelten: Erinnern heißt Trauern um die Opfer um ihrer selbst willen, ohne die Instrumentalisierung ihres erfahrenen Leids. Aus dieser Trauer erwächst der Anspruch, Erinnerungsarbeit so anzulegen, dass sie künftigen Generationen die Frage „Wie konnte das geschehen?“ zu beantworten hilft. Eine Aufgabe, die noch wichtiger wird, weil 85 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkriegs und über 90 Jahre nach der Machtübergabe an die Faschist:innen nicht mehr auf Zeitzeugen als Quelle zurückgegriffen werden kann. Der Faschismus war keine Naturkatastrophe, die Deutschland zufällig getroffen hat. Er hatte Gründe und konnte nur erstarken, weil es begünstigende Vorbedingungen gab. Auch dass er in Sachsen besonders starken Anklang fand und hier Hochburgen entwickelte, war kein Zufall.

Nötig ist es, die **Mittel für die Gedenkstätten** in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und für die institutionelle Förderung der bereits im SächsGedenkStG verankerten Gedenkstätte für das Erinnern an die NS-Verbrechen aufzustocken. Die Gedenkstätten müssen mehr wissenschaftliches und pädagogisches Fachpersonal einstellen können, um in die Lage versetzt zu werden, aktive Bildungsarbeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass das SächsGedenkStG neu formuliert wird, um in der Frage der zu fördernden Gedenkstätten und -orte flexibler zu sein. Künftig muss es leichter möglich sein, neu entstehende Gedenkort in die von der Stiftung im Sinne von §2 SächsGedenkStG geförderten Orte aufzunehmen, so sie dem Stiftungszweck entsprechen. Zukünftig soll dazu nicht mehr jedes Mal eine Gesetzesänderung notwendig sein. Institutionell geförderte **Gedenkstätten müssen als authentische Lern- und Erinnerungsorte gestaltet** und ausreichend mit pädagogischem Personal ausgestattet werden.

Als neuen Erinnerungspolitischen Schwerpunkt wollen wir die Aufarbeitung des Kolonialismus aufnehmen. Koloniale Spuren finden sich von Aue bis Zittau, nicht nur in den Großstädten. Diese Aufarbeitung muss kritisch und aus der Perspektive von durch Rassismus Betroffene erfolgen.

3219 Sport

3220
3221 Sport hat eine positive Wirkung auf alle, die ihn treiben, aber auch auf die gesamte Gesellschaft: Er
3222 verbessert die Gesundheit der Menschen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Der Breitensport ist
3223 dabei das Rückgrat des sächsischen Sports. Die Vereine im Sportland Sachsen haben aber
3224 gegenwärtig hart zu kämpfen, vor allem mit Schwankungen in der Zahl der Mitglieder,
3225 unzureichenden Investitionen und gestiegenen Kosten in allen Bereichen. Vor allem durch die Corona-
3226 Pandemie litten viele Vereine. In ganz Sachsen trieben nach der Pandemie fast 30000 Menschen
3227 weniger Vereinssport als zuvor. Zudem haben die sächsischen Sportstätten mittlerweile einen
3228 Investitionsbedarf, der sich auf ca. 1,5 Milliarden Euro beläuft. Das hat Auswirkungen auf die gesamte
3229 sächsische Sportlandschaft.

3230
3231 Zentrales Anliegen unserer Sportpolitik ist es, den **Vereinssport zu fördern**. Dabei wollen wir
3232 besonders Vereine unterstützen, die Nachwuchsarbeit als sinnstiftende Freizeitgestaltung für
3233 Jugendliche organisieren oder Ganztagschulen dabei unterstützen, ihr Angebot auszuweiten.
3234 Vereine, die sich dem Behindertensport zugewandt haben, müssen ebenfalls besonders unterstützt
3235 werden. Die **Nutzung von Sportstätten soll für Kinder und Jugendliche kostenlos** sein.

3236
3237 Elementare Aufgabe kommunaler Sportpolitik ist es, **Sportstätten** zu errichten und zu unterhalten.
3238 Kommunale Sportstätten sind unverzichtbar, um den **Schulsport** sicherstellen. Zugleich sollten sie
3239 auch für den **Vereinssport** zur Verfügung stehen und dabei bezahlbar bleiben. Wir setzen uns
3240 deshalb dafür ein, dass das Land die Kommunen angemessen finanziell ausstattet, damit sie diese
3241 Aufgabe erfüllen können. Sportstätten sind auch Bildungsstätten. Sie müssen barrierefrei sein, sowohl
3242 für die Sporttreibenden als auch für Besucher:innen. In **Bauleitplanungen** muss berücksichtigt
3243 werden, dass **kommunale Räume immer häufiger für den Freizeit- und Erholungssport** genutzt
3244 werden, so u.a. für Inline-Skate-Bahnen, Radwege im ländlichen Raum, Wanderwege und Freibäder.

3245
3246 Die **Sportentwicklungsplanung** muss mit einem „**Sächsischen Goldenen Plan**“ zu einem Instrument
3247 werden, mit dem sich überprüfen lässt, wie es um die Entwicklung des Sports in einer Kommune
3248 steht, besonders was die Differenz zwischen den Anforderungen an Sportstätten und ihrem realen
3249 Zustand angeht. Daher ist ein **integriertes Stützpunkt-, Standorte- und Sportstättenkonzept nötig**,
3250 das den Anforderungen an das Sportland Sachsen gerecht wird.

3251
3252 Das Ertrinken gehört deutschlandweit inzwischen zu den häufigsten Unfalltodesursachen bei Kindern.
3253 Für Die Linke gilt daher: **Jedes Kind soll schwimmen lernen, Schwimmunterricht rettet Leben!** Auch
3254 deshalb müssen **Frei- und Schwimmbäder** unbedingt erhalten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
3255 sie ausreichend finanziert werden und alle **Kinder kostenlosen** Eintritt erhalten. Außerdem wollen wir
3256 ein **Förderprogramm für Schwimmbäder** auf den Weg bringen, nicht zuletzt, um auf die gestiegenen
3257 Betriebskosten zu reagieren und den Mangel an Freibadpersonal zu beenden. Wir wollen die
3258 Schwimmstättenförderung mit einem eigenen Haushaltstitel in die Sportförderung aufnehmen und in
3259 jeder Legislaturperiode mindestens **eine Schwimmhalle neu bauen und eine sanieren**. In
3260 Schwimmvereinen wollen wir um Schwimmlehrer:innen werben.

3261
3262 **Freizeit- und Breitensport, Leistungssport und Nachwuchsförderung** verdienen alle Unterstützung.
3263 Breiten- und Leistungssport müssen besser miteinander verknüpft werden, damit beide voneinander
3264 profitieren. Ganzheitliche Sportangebote auch für kleine Gemeinden haben für uns Vorrang vor noch
3265 mehr Geld für die Spitzensportförderung, etwa in Olympiastützpunkten.

3266
3267 Sport bringt Menschen zusammen. Dieser **inklusive Charakter des Sports** muss gestärkt werden. Wir
3268 wollen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte besser teilhaben können und Menschen mit
3269 Behinderung weniger Barrieren vorfinden. Hierfür braucht es ein **Sonderförderprogramm**. Es kann die
3270 höheren Aufwendungen ausgleichen, die für Integration und Inklusion möglicherweise nötig werden.
3271 Durch integrative und interkulturelle Angebote können wir den Sport und das zugehörige
3272 Vereinsleben für Migrant:innen und Geflüchtete öffnen. Zugleich werden damit die lokalen Sport-,
3273 Kultur- und Bildungsstätten als wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Miteinanders gestärkt.

3274
3275 Wir fordern, dass alle **Sportarten allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht** in gleichem
3276 Maße zugänglich gemacht werden. Wir treten konsequent **gegen alle Formen von Queerfeindlichkeit**
3277 **in Sportverbänden** und -vereinen auf.

3278

3279 Der Schulsport ist wichtig, um Schülerinnen und Schüler gesund zu halten und ihnen einen
3280 körperlichen Ausgleich zum Schulalltag zu bieten. Wir wollen sicherstellen, dass der **Schulsport**
3281 **überall** betrieben werden kann und **genügend Sportlehrer:innen** ausgebildet werden. Der klassische
3282 Sportunterricht muss reformiert werden. Wir wollen ihn zu einem täglichen Angebot „**Bewegung und**
3283 **Gesundheit**“ für alle Kinder weiterentwickeln. An die Stelle des Wettbewerbs soll eine differenzierte
3284 Bewertung nach Voraussetzungen und Fortschritt treten, die allen Kindern gerecht wird. Die
3285 Benotung des Sportunterrichts lehnen wir ab. Modelle wie „**Bewegte Kita**“ und „**Bewegte Schule**“
3286 können als Vorbild dienen, sie sind auszuweiten und weiterzuentwickeln.

3287
3288 **Neue Sportarten und Betätigungsformen** müssen gleichberechtigt neben den traditionellen
3289 Sportarten gefördert werden. Den Wunsch des organisierten E-Sports nach Anerkennung im DOSB
3290 unterstützen wir.

3291
3292 Der zunehmenden **Kommerzialisierung von Sport**, wie sie besonders im Fußball zu Tage tritt, müssen
3293 Grenzen gesetzt werden. Friedliche Fangruppen sollen nicht als Sündenbock dienen. Die Polizei sollte
3294 im Umgang mit ihnen deeskalierend und ressourcenschonend agieren. Wir wollen dafür sorgen, dass
3295 Fans systematisch auf Augenhöhe mit Vereinen und der Polizei kommunizieren können. Für die
3296 **soziokulturelle Fanarbeit** ist mehr Personal nötig.

3297
3298 Das Sportwesen würde ohne das **Ehrenamt** nicht funktionieren. Hier ist im Sinne des Gesetzes zur
3299 Förderung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements viel mehr Unterstützung nötig. Für die
3300 ehrenamtlich Tätigen wollen wir einen Anspruch auf Bildungsurlaub einführen, die
3301 Ehrenamtszuschale leichter zugänglich machen und ihre Arbeit durch Rentenpunkte belohnen. Wir
3302 setzen uns dafür ein, dass die **Qualifizierung von Übungsleiter:innen** für die Sportvereine besser
3303 gefördert wird, so u.a. durch Freistellungen und finanzielle Unterstützung. Bei der Ausbildung der
3304 Übungsleiter:innen wollen wir darauf achten, dass sie auch in die Lage versetzt werden, gegen
3305 antidemokratisches Verhalten und Diskriminierung vorzugehen. Wir sprechen uns für demokratische
3306 und solidarische Vereinsstrukturen aus.

3307 Medien

3308
3309 Die Medien sind eine Säule unserer Demokratie. Presse, Radio und Fernsehen, aber auch die neuen
3310 Onlinemedien und soziale Netzwerke leisten wesentliche Beiträge zur öffentlichen Meinungs- und
3311 Willensbildung. Viel zu oft beschäftigt sich Medienpolitik aber nur mit dem öffentlich-rechtlichen
3312 Rundfunk. Das ist uns zu wenig. Medienpolitik muss sich mit allen Medien befassen, auch mit den
3313 privaten Unternehmen, die einen großen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

3314
3315 Wir setzen uns dafür ein, dass eine große **Vielfalt hochwertiger Medien in Sachsen** erhalten bleibt
3316 und auch neue Angebote entstehen können. Deswegen sind unsere wichtigsten Forderungen: Es
3317 muss verhindert werden, dass es zu einer weiteren Konzentration und Verarmung in der sächsischen
3318 Medienlandschaft kommt. Vielfältige Angebote müssen gefördert und beim digitalen Umbau
3319 unterstützt werden. Wir müssen sicherstellen, dass lokale Berichterstattung weiterhin stattfindet.
3320 Wenn Mittel vergeben werden, um lokale oder private Medien in Sachsen zu unterstützen, dann muss
3321 dies transparenter geschehen. Wir wollen sächsische Medienmacher:innen dabei unterstützen,
3322 Ehrenamtliche aus den Regionen in die Produktion von Inhalten einzubinden. Schließlich sollten wir
3323 auch mehr nichtkommerzielle Angebote schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir einen
3324 **Mediendialog** auf den Weg bringen, der gemeinsam mit den Medienmacher:innen das Ziel verfolgt,
3325 mediale Vielfalt in Sachsen auch für die Zukunft zu sichern.

3326
3327 In Sachsen gibt es im Bereich der Medienaufsicht für die privat-kommerziellen Anbieter mit der
3328 **Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM)** eine in Deutschland in dieser Form einmalige Konstruktion.
3329 Neben einem starken Medienrat gibt es eine weitgehend machtlose Versammlung sowie einen
3330 Geschäftsführer. Als die Versammlung, die aus gesellschaftlichen Gruppen vielfältig
3331 zusammengesetzt ist, 2019 bei der Besetzung des Geschäftsführerpostens Eigenständigkeit zeigte,
3332 führte das aufgrund der gegenwärtigen Konstruktion zur Handlungsunfähigkeit der SLM. Die Linke
3333 wird sich deshalb dafür einsetzen, innerhalb einer Gesetzesnovelle die Versammlung in ihren Rechten
3334 wesentlich aufzuwerten und weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen einen Platz in ihr
3335 zuzuteilen. Gesellschaftliche Akteur:innen sollen mehr Mitsprache erhalten, um Entscheidungen
3336 transparenter zu machen.

3337
3338

3339 Die Sächsische Landesmedienanstalt soll ein **Medienmonitoring** ins Leben rufen, das die Angebote
3340 sächsischer Medienanbieter regelmäßig evaluiert. So können sich die Mediennutzer:innen informieren,
3341 ob die Sender ihre Lizenzauflagen erfüllen und welche journalistische Qualität ihre Angebote haben.

3342
3343 Wir wollen **die nichtkommerziellen Freien Radios sowie die regionalen und lokalen Fernseh- und**
3344 **Radioprogramme erhalten**, weil sie für die Medienvielfalt wichtig sind. In jedem Landkreis muss es
3345 neben der lokalen Tageszeitung auch regionale Radio- und Fernsehangebote geben. Ergänzt werden
3346 soll das Angebot durch nichtkommerzielle Medien, die trimedial produzieren, also für TV, Radio und
3347 Internet gemeinsam. Freie Radios sind wertvoll nicht nur, weil sie auf Werbung verzichten, sondern
3348 auch, weil sie Ehrenamtliche in die journalistische Arbeit einbinden. Die Sächsische
3349 Landesmedienanstalt sollte zukünftig die bundesweite Definition für nichtkommerzielle Sender
3350 verwenden, wenn sie Mittel vergibt. Es darf nicht mehr reichen, nur auf die Ausstrahlung von Werbung
3351 zu verzichten.

3352
3353 Die **Mitteldeutsche Medienförderung (MDM)** sollte weiter an Bedeutung gewinnen. Die Finanzierung
3354 durch den Freistaat ist zu erhöhen. Dabei sollte es vor allem darum gehen, Sachsen im Bereich des
3355 Kinder-, Dokumentar- und Animationsfilms zu stärken sowie die Entwicklungsförderung auszubauen.
3356 Die MDM muss bei der Vergabe darauf achten, dass die Produzent:innen soziale und ökologische
3357 Standards berücksichtigen. Wir wollen das **Kino wieder zum Kulturort in allen Regionen** machen.
3358 Unser Ziel ist es, dass es in fünf Jahren in jeder Kommune ab 5.000 Einwohner:innen die Möglichkeit
3359 gibt, regelmäßig Kinofilme zu sehen.

3360
3361 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** ist eine der wichtigsten Institutionen der **öffentlichen**
3362 **Daseinsvorsorge auf kulturellem Gebiet**. In Sachsen erfüllt diese Aufgabe der MDR. Er soll nicht nur
3363 einer minimalistischen „Grundversorgung“ dienen, neben der Information zählen auch Bildung,
3364 Beratung, Kultur und Unterhaltung zu seinem umfassenden Auftrag. Neben anspruchsvollem
3365 Journalismus müssen weiter auch hochwertige Spielfilmproduktionen, Unterhaltungssendungen und
3366 Liveübertragungen von Sportereignissen zum Angebot gehören. Sie dürfen nicht den privaten Medien
3367 überlassen werden oder hinter Bezahlschranken verschwinden. Auch die Angebote für Kinder dürfen
3368 nicht gekürzt werden. Wir fordern für die öffentlich-rechtlichen Medien ein Recht auf kostenlose
3369 Kurzberichterstattung von gesellschaftlich relevanten Ereignissen, nicht nur im Sport. Jedoch darf der
3370 Anspruch dabei nicht geopfert werden: Kurzfilm, Animationsfilm, Dokumentarfilm wie auch politische
3371 Investigation müssen am Hauptabend regelmäßige Sendeplätze haben. Der Erfolg darf nicht allein an
3372 der Einschaltquote bemessen werden. Um die Qualität der Angebote zu sichern, muss regelmäßig
3373 evaluiert werden, ob und wie sie ihren gesetzlichen sowie gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. Dazu
3374 sind externe Gutachten ebenso einzuholen wie die Meinung der Beitragszahler:innen. Auch die
3375 Arbeitsbedingungen der freien Beschäftigten sind zu überprüfen. Die Sender müssen zudem
3376 transparenter werden. Jede Gremiensitzung sollte im Livestream zu verfolgen sein. Ombudsstellen
3377 sowie Publikumsräte müssen zum Standard werden. Nur so kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk
3378 nach den Skandalen der vergangenen Jahre Akzeptanz in der Bevölkerung zurückgewinnen.

3379
3380 Wir wollen **die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** beibehalten, damit
3381 er seinen Auftrag weiter erfüllen kann. Die Höhe des Rundfunkbeitrags darf nicht durch
3382 medienpolitische Erwägungen bestimmt sein. Eine Entlastung der Menschen ist dennoch möglich. Wir
3383 wollen Transferleistungsbezieher:innen grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Geld ließe sich
3384 auch sparen, wenn die Sender nicht mehr für die Einspeisung ihrer Programme an Kabelnetzbetreiber
3385 zahlen müssten und wenn die Kosten für Befreiungen nicht durch die anderen Beitragszahler:innen,
3386 sondern durch den Staat getragen würden. Allein dadurch könnte der Beitrag um ca. 1,30 Euro je
3387 Monat sinken.

3388
3389 Der **MDR-Staatsvertrag** muss reformiert werden. Wir brauchen mehr Vielfalt im Rundfunkrat:
3390 Stimmen aus Jugend und Kultur, aus Wissenschaft und Kunst, aus der migrantischen Gemeinschaft
3391 und der Zivilgesellschaft. Außerdem müssen Frauen die Hälfte des Gremiums stellen. Personal- und
3392 Freienrat sowie Redaktionsausschuss müssen die Möglichkeit haben, Themen auf die Tagesordnung
3393 der Gremien zu setzen. Schließlich machen sie das Programm und wissen am besten um die Probleme
3394 des Senders. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht auch in der Verantwortung, die tatsächlichen
3395 gesellschaftlichen Verhältnisse widerzuspiegeln. Im Programm des MDR muss deshalb die
3396 Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen und LGBTTIQ* erhöht und die
3397 Darstellung stereotyper Rollenbilder vermieden werden.

3398
3399

3399 Internet und Datenschutz

3400
3401 Die Linke steht für eine offene und freie Netzgemeinschaft, in der sich die Netzbürger:innen als
3402 Souverän mündig und selbstbestimmt bewegen. Deshalb sind wir entschieden **gegen Zensur,**
3403 **Netzsperrern, Überwachung und anlasslose Datenspeicherung** durch Behörden und Unternehmen.
3404 Die Souveränität, die Anonymität und der Schutz der Individuen ist zu gewährleisten. Öffentliche
3405 Informationen müssen allgemein zugänglich gemacht werden. Das Internet muss zu einem Instrument
3406 werden, das es den Bürger:innen erleichtert, gesellschaftlich teilzuhaben und mitzubestimmen. Wir
3407 sind **gegen den Einkauf und die Ausnutzung von Sicherheitslücken sowie Einschränkungen von**
3408 **Freiheits- und Verbraucherrechten.** Infrastrukturen müssen frei zugänglich und gleichberechtigt
3409 nutzbar sein – dies ist für uns ein unbedingter Grundsatz. **Wir sind für Netzneutralität!** Im digitalen
3410 Raum darf es keine Klassengesellschaft geben, die einige benachteiligt und andere bevorzugt. Das
3411 Land Sachsen und die Kommunen müssen die digitale Infrastruktur nachhaltig ausbauen. **Wir stehen**
3412 **zur Nutzung offener Standards, Open Data, Open Access, der Einhaltung von Nutzerrechten und**
3413 **dem Schutz von Nutzerdaten und wollen sie fördern.** Technologien müssen anwenderfreundlich,
3414 leicht zugänglich und sicher gestaltet sein. Staatliche und private Institutionen müssen dabei
3415 Vorbilder sein. Nutzer:innen und Verbraucher:innen sind nur begrenzt für den persönlichen digitalen
3416 Schutz verantwortlich.

3417
3418 Wir setzen uns für eine umweltschonende Informationstechnik (Green IT) ein. Anstatt einer immer
3419 größeren Monopolisierung braucht die Digitalbranche eine Dezentralisierung. Wissen soll frei
3420 zugänglich bleiben, auch damit Menschen sich kreativ entfalten, gesellschaftlich teilhaben und an
3421 direkter Demokratie mitwirken können. Wir wollen das Netz als Raum für gesellschaftliche Innovation
3422 schützen und erhalten. Die Auswirkungen von technologischen Neuerungen sind in einer vernetzten
3423 Welt unberechenbarer und folgenschwerer. Um die Folgen von neuen Technologien und Diensten,
3424 aber auch von Gesetzgebungen und Reglementierungen für Grund- und Freiheitsrechte abschätzen
3425 zu können, wollen wir **ein Staatsministerium und eine Enquete-Kommission für Digitalisierung**
3426 einrichten, die sich den Problemen widmen und Lösungen anbieten, die demokratisch und nachhaltig
3427 sind.

3428
3429 Die **Nutzung von Künstlicher Intelligenz** (KI) wirft weitere Fragen auf, sowohl in gesellschaftlicher als
3430 auch in juristischer Hinsicht. Die KI kann Arbeit erleichtern, aber sie birgt auch Risiken wie
3431 hochentwickelte Videofälschungen (Deep Fakes). Daher wollen wir **Behörden und Verwaltungen zur**
3432 **Offenlegung von Quellen und zur Transparenz verpflichten**, um zu erfahren, in welchen Bereichen KI
3433 für welche Zwecke eingesetzt wird.

3434
3435 Wir wollen Institutionen zum **Schutz vor Hass und Gewalt im Netz** ausbauen. Dies gilt für die
3436 zuständigen Stellen im staatlichen Bereich und für die **Beratungs- und Aufklärungsangebote**
3437 gesellschaftlicher Akteur:innen. Die Auswirkungen auf Einzelne müssen ebenso berücksichtigt werden
3438 wie die Folgen für die Gesellschaft. Diese Angebote soll es bereits ab der Grundschule geben.

3439
3440 Wir unterstützen den weiteren Ausbau digitaler öffentlicher Dienste gemäß des
3441 Onlinezugangsgesetzes und wollen die Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen. Dafür müssen
3442 mehr Mittel bereitgestellt werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger überall in Sachsen schnell und
3443 unkompliziert Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen können. Das beschleunigt die
3444 Verwaltungsprozesse und spart den Sächsischen und Sachsen viel Zeit und Nerven.

3445 Migration und Asyl

3447
3448 Auch in Sachsen ist Einwanderung längst gesellschaftliche Normalität. 11 % der Menschen in Sachsen
3449 sind eingewandert, ihr Anteil steigt. Wir wollen auch die politische Vertretung für diejenigen sein, die
3450 Migrations- oder Fluchterfahrung haben. Diese Menschen haben nach wie vor nicht die gleichen
3451 Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, politische Mitbestimmung und Zugang zu Bildung und Beruf.
3452 Der Klimawandel und zahlreiche globale Krisen und Kriege sorgen dafür, dass Menschen in Sachsen
3453 Schutz suchen. Wir kämpfen entschieden dagegen, dass auf ihre Kosten Hass und Hetze verbreitet
3454 werden. Geflüchteten Schutz zu gewähren, ist eine humanitäre Pflicht. Zugleich begreifen wir
3455 Zuwanderung als Chance für die sächsische Gesellschaft.

3456

3457 Wir wollen eine grundsätzliche **Wende in der sächsischen Asyl- und Migrationspolitik: Sachsen soll**
3458 **ein offenes Land werden mit gleichen Rechten auf soziale Sicherung und gesellschaftliche**
3459 **Teilhabe für Eingewanderte.**

3460
3461 Wir setzen uns dafür ein, **den Familiennachzug über Landesaufnahmeprogramme zu unterstützen.**
3462 Die **dezentrale Unterbringung** von Geflüchteten soll die Regelunterbringung werden: Wir wollen die
3463 Pflicht, in Sammelunterbringungen zu leben, abschaffen und setzen uns dafür ein, dass **Geflüchtete**
3464 **in ganz Sachsen selbstbestimmt in eigenen Wohnungen** leben können. Dabei muss der Grundsatz
3465 der freien Wohnortwahl gelten. Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen lehnen wir ab. **Unbegleitete**
3466 **minderjährige Geflüchtete sind dabei besonders schutzbedürftig und müssen kindeswohlgerecht**
3467 **aufgenommen, versorgt und betreut werden.**

3468
3469 Nur wer sich willkommen fühlt, findet in einer Gesellschaft rasch ein neues Zuhause. In allen
3470 Landkreisen und kreisfreien Städten sollen **Willkommenszentren** entstehen, die Initiativen beraten,
3471 koordinieren und fördern. Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden umgestalten,
3472 **Verfahren vereinfachen und digitalisieren.** Es braucht Vielfalt in sächsischen Amtsstuben und
3473 Offenheit für Eingewanderte. Alle Behörden und Institutionen des Freistaats sind in der Pflicht, ihren
3474 Anteil von Mitarbeitenden mit Migrationsgeschichte zu erhöhen, wobei sie professionell beraten und
3475 unterstützt werden sollen. Wir setzen uns für eine **Bleiberechtsoffensive** in Sachsen ein:
3476 Ermessensspielräume der zuständigen Behörden sollen genutzt werden, um geduldeten Menschen
3477 ein Bleiberecht zu gewähren. Allen Geflüchteten, die seit mindestens drei Jahren in Sachsen leben,
3478 soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden. Abschiebehaft gehört abgeschafft, weil Flucht kein Verbrechen
3479 ist.

3480
3481 Auch Geflüchtete haben ein Recht auf gleichberechtigte Gesundheitsversorgung. Deshalb sollen sie
3482 vom ersten Tag an eine elektronische Gesundheitskarte mit dem gleichen Leistungsumfang wie für
3483 einheimische Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten. **Die ungerechte Benachteiligung beim**
3484 **Sozialleistungsbezug im Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen.** In der
3485 Geflüchtetensozialarbeit setzen wir uns für landesweit gleiche Standards ein. Dazu gehört ein
3486 Betreuungsschlüssel von **1 Sozialarbeiter:in zu 50 Schutzsuchenden**, der vom Freistaat zu
3487 finanzieren ist.

3488
3489 Das von der sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht bei weitem
3490 nicht aus. Sachsen braucht ein **echtes Teilhabegesetz**. Seit vielen Jahren fordern wir ein modernes
3491 Integrations- und Teilhabegesetz. Bereits in der vergangenen Wahlperiode und zuletzt 2022 hat die
3492 Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag dazu Gesetzesentwürfe vorgelegt. Es muss die
3493 Integration zur verbindlichen kommunalen Aufgabe machen und sicherstellen, dass sie vom Land
3494 finanziert wird. Außerdem muss es regeln, dass Migrant:innen, die sich selbst organisieren, ebenso
3495 institutionell gefördert werden wie Asyl- und Perspektivberatungen, die Beratung von queeren
3496 Menschen mit Migrationshintergrund, die psychosozialer Beratung sowie die landesweite
3497 Sprachmittlung. Außerdem setzen wir uns für die **auskömmliche, langfristige und barrierearme**
3498 **Förderung von Projekten zur Integration, für Begegnung und gegen Rassismus ein.**

3499
3500 Wer in Sachsen lebt, muss auch politisch mitbestimmen können: Wir fordern daher auf kommunaler
3501 wie auch auf der Landesebene ein Wahlrecht für alle hier in Sachsen lebenden ausländischen
3502 Einwohner:innen nach zwei Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik. Bezahlkarten für Geflüchtete
3503 müssen diskriminierungsfrei und unter Beachtung des Datenschutzes umgesetzt werden.

3504 Europa

3505
3506 Viele in Deutschland und auch in Sachsen erlassene Gesetze werden von europäischen Vorgaben
3507 bestimmt. Dennoch unterschätzen die hier lebenden Menschen oft noch immer die Bedeutung der
3508 Europäischen Union. Oft ist ihnen auch nicht bewusst, dass Projekte und Bauvorhaben durch
3509 finanzielle Mittel der Europäischen Union ermöglicht werden. Wegen der komplizierten Regeln und
3510 Praxis bei der Förderung herrscht in dieser Hinsicht selbst in den Kommunal- und
3511 Landkreisverwaltungen ziemlich oft Verwirrung.

3512
3513 **Die Linke bekennt sich klar zu Europa** und zur europäischen Integration. Wir wollen weg vom
3514 Nationalismus hin zur internationalen Kooperation. Dazu gehört eine stärkere **Vernetzung der**
3515 **Nachbarländer und Nachbarregionen.** Auch die Zusammenarbeit mit Großbritannien muss nach dem
3516

3517 Schaden durch den „Brexit“ im Jahr 2020 wieder verbessert werden. Gerade auf schulischer und
3518 universitärer Ebene sollte der Austausch ermöglicht und gefördert werden.

3519
3520 Wir setzen uns für ein **Europa der Regionen** ein. Eine Erneuerung der Europäischen Union kann nur
3521 erfolgreich sein, wenn sie von den Regionen aus gedacht und betrieben wird. Viele Menschen
3522 empfinden die Europäische Union als unzureichend demokratisch. Dies kann nur geändert werden,
3523 indem die Politik stärker dezentral und näher an der Bürgerschaft agiert. Deshalb muss Sachsen in
3524 der EU besser vertreten werden. Wir fordern eine **Veränderung des Vertretungsmodells im**
3525 **Ausschuss der Regionen**. Bisher entsendet Sachsen ein Mitglied der sächsischen Staatsregierung.
3526 Dies reicht nicht aus. Zudem müssen Regionen die Möglichkeit haben, sich auch außerhalb der
3527 direkten Landesgesetzgebung an der EU-Gesetzgebung zu beteiligen. Gleichzeitig fordern wir **mehr**
3528 **Transparenz** bei den Aktivitäten und Initiativen Sachsens im Ausschuss, sowohl dem Sächsischen
3529 Landtag als auch der Öffentlichkeit gegenüber.

3530
3531 Der **Ausschuss der Regionen** muss als wichtigstes Vertretungsgremium von Kommunen und
3532 Regionen auf europäischer Ebene gestärkt werden. Hier sind mehr Mitsprache- und
3533 Mitentscheidungsrechte nötig, damit regionale und kommunale Belange in der EU eine größere Rolle
3534 spielen als bisher. Wir treten dafür ein, dass die Regionen von Anfang beteiligt werden, wenn Gesetze
3535 erarbeitet werden, die sie selbst betreffen. Gleichzeitig muss das Thema Europa stärker in die
3536 politische Öffentlichkeit Sachsens getragen werden. Europäische Debatten, die unsere Region
3537 betreffen, müssen auch hier wahrgenommen werden.

3538
3539 Die EU scheint den Menschen oft sehr weit entfernt. Viele glauben, sie hätten sowieso keinen
3540 Einfluss. Eine Mehrheit wünscht sich aber mehr Beteiligung in der Europäischen Union. Die Linke
3541 schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die politische Mitwirkung zu verbessern und Europa vor
3542 Ort erlebbar zu machen. So fordern wir ein bürger:innennahes Beteiligungskonzept. **Bürger:innenräte**
3543 zu verschiedenen europapolitischen Themen würden die Arbeit der Europäischen Union
3544 verständlicher machen und dafür sorgen, dass sie besser akzeptiert wird. Zugleich böten sie den
3545 Menschen in Sachsen eine Möglichkeit, an europäischen Entscheidungen mitzuwirken.

3546
3547 Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das **Menschenrecht auf**
3548 **Asyl** von der EU garantiert wird. Wir fordern die **Auflösung von Frontex**, da diese Grenzschutztruppe
3549 nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt. Wir sind **gegen**
3550 **Grenzkontrollen im Schengenraum**. Die Linke steht für ein offenes Europa.

3551
3552 Wir setzen uns für ein Europa der erneuerbaren Energien ein, dem der Abschied von den fossilen
3553 Energieträgern gelingt. Nur so können wir der Klimakrise begegnen. Sachsen sollte hier mit gutem
3554 Beispiel vorangehen. Europa muss seine Verhandlungsmacht nutzen, um **gemeinsame**
3555 **Energieimporte** zu organisieren und dabei keine Staaten zu unterstützen, die Demokratie und
3556 Menschenrechte missachten. Sachsen sollte sich dafür im Bundesrat und in der EU energischer
3557 einsetzen.

3558
3559 Europa verstehen, heißt Europa erleben. Das ist nur möglich, wenn Menschen mobil sein können. Die
3560 **Zugverbindungen zwischen den europäischen Ländern** müssen ausgebaut werden. Junge
3561 Menschen aus Sachsen sollen durch ganz Europa reisen und den interkulturellen Austausch erleben
3562 können. Wir fordern daher den **Ausbau des Ticketverlosungsprogramms #saxorail**, damit erheblich
3563 mehr Tickets für die junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren im Freistaat Sachsen zur Verfügung
3564 stehen.

3565
3566 Die Chance, Europa persönlich zu erleben, sollte aber bereits in der Schule bestehen. Wir wollen mehr
3567 **europapolitische Bildung** in den Schulen. In den sächsischen Grenzregionen sollte **mehr Unterricht**
3568 **in den Sprachen Tschechisch und Polnisch** angeboten werden, damit sich in Zukunft Sachsen
3569 besser mit ihren Nachbar:innen verständigen können.

3570

3571 Frieden

3572

3573 Jeder Mensch hat ein Recht auf Frieden. Dafür setzt sich Die Linke ein.

3574 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Freiheit, Würde und
3575 sozialer Sicherheit leben können. Im Sinne des Grundgesetzes ist der ‚Frieden der Welt‘ der höchste
3576 Wert, dem deutsche Politik verpflichtet sein muss. Wir kämpfen um eine friedliche Welt, die durch
3577 Zusammenarbeit geprägt ist, und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns
3578 mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es ist wichtig, dass die Waffen schweigen, aber im Interesse der
3579 Menschen muss der **Frieden auch gerecht** sein. Wir wissen, dass ‚gerechter Frieden‘ ein sehr hohes
3580 Ziel ist. Aber er ist die Grundlage für eine Welt, in der die Menschen- und Völkerrechte im Zentrum
3581 stehen. Eine dauerhafte Friedensordnung kann nur dann entstehen, wenn die Menschen nicht dem
3582 Machtkampf zwischen politischen Blöcken preisgegeben sind, die rücksichtslos um Macht und
3583 ökonomische Vorteile kämpfen.

3584

3585 Vor 79 Jahren endete in Europa der Kampf der Alliierten gegen Faschismus und Krieg. Millionen
3586 opferten ihr Leben im Kampf, im Krieg gegen die menschenverachtende Herrschaft Nazideutschlands,
3587 gegen den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, gegen die Ermordung und
3588 Versklavung der Bevölkerung der besetzten Länder. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen
3589 Wehrmacht besiegelte das Ende der deutschen Nazi-Diktatur und bedeutete einen Sieg über
3590 Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

3591

3592 Leider erleben wir heute wieder Antisemitismus, Rassismus und auch **faschistische Tendenzen**. Sie
3593 sind in Europa, Deutschland und auch Sachsen wieder auf dem Vormarsch. **Dem wird sich Die Linke**
3594 **mit aller Kraft entgegnen**, im Parlament und auf den Straßen.

3595

3596 Es gibt wieder Krieg in Europa. Putin hat den Befehl zu einem imperialistischen Angriffskrieg gegen
3597 die souveräne Ukraine gegeben. Wir verurteilen diesen Krieg entschieden, fordern einen sofortigen
3598 Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Bestrafung aller
3599 Kriegsverbrecher.

3600

3601 Wir haben Verständnis für die Sorge vieler Menschen, dass sich der Krieg zu einem neuen
3602 Weltenbrand auswachsen könnte, zumal es auf der Welt auch noch andere Kriegsherde gibt. Wir
3603 halten es deswegen für richtig und notwendig, die kriegerischen Handlungen durch **Diplomatie** zu
3604 beenden. Die Waffen müssen schweigen und Verhandlungen beginnen.

3605

3606 Wir hören aber auch den Menschen zu, die vor allem das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine
3607 betonen. In einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft muss es möglich sein, unterschiedliche
3608 Positionen und Handlungsoptionen ohne Diffamierung zu diskutieren. Es geht hier um komplexe
3609 Gewissensfragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

3610

3611 Wir akzeptieren **keine Doppelstandards**, schon gar nicht bei Angriffskriegen. Wir lehnen Russlands
3612 Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den
3613 Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge gegen die Kurdinnen und Kurden.

3614 Die Linke steht seit jeher konsequent **gegen Kriege**. Wir treten **gegen Aufrüstung und**

3615 **Waffenexporte** ein. Denn die Produktion und der Export von Waffen, die Jahr für Jahr ausgefeilter
3616 und zerstörerischer werden, führen zum Tod von Menschen und zerstören die Lebensgrundlagen.

3617

3618 Mittlerweile ist es traurige Tatsache, dass die Zahl der Demokratien weltweit sinkt und autoritäre
3619 Regierungen auf dem Vormarsch sind. Wogegen wir als Linke uns wenden, ist der Wahn, man könnte
3620 die Demokratie mit Waffengewalt verbreiten. Das ist in Afghanistan, in Libyen und andernorts
3621 katastrophal gescheitert. Die Freiheit muss überall von allein wachsen. Wir sollten solche
3622 Bewegungen für **Menschenrechte mit friedlichen Mitteln** unterstützen.

3623

3624 Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen **keine öffentlichen Forschungsgelder für die Entwicklung**
3625 **neuer Waffen** oder Waffensysteme verwendet werden. Die geplante Stationierung des
3626 Logistikbataillons 471 in Bernsdorf-Straßgräbchen halten wir nicht für einen nachhaltigen Beitrag zum
3627 Strukturwandel in der Lausitz. Wir fordern die drastische Einschränkung von Militärmanövern.
3628 Stattdessen sollten die Strukturen für humanitäre Hilfsangebote sowie den Zivil- und
3629 Katastrophenschutz ausgebaut werden.

3630

3631 Wir wollen nicht, dass Jugendoffiziere der **Bundeswehr an staatlichen Schulen** für Kriegseinsätze
3632 werben dürfen. Wir wollen, dass die Bundeswehr beim „Tag der Sachsen“ keine Präsentationsflächen
3633 mehr zur Verfügung gestellt bekommt.

3634
3635 Wir wollen die **internationale Zusammenarbeit** fördern. Der Freistaat Sachsen soll Initiativen von
3636 Kommunen, Vereinen und Verbänden für Solidarität und gegenseitiges Verständnis fördern und das
3637 Programm „Mayors for Peace“ unterstützen. Wir wollen den internationalen zivilen Austausch, etwa in
3638 den Bereichen Wissenschaft und Kultur, zwischen Sachsen und Regionen in anderen Ländern fördern.
3639 Dabei sollte sich der Blick besonders auf die mittel- und osteuropäischen Staaten des ehemaligen
3640 Warschauer Paktes richten.

3641
3642 Wir wollen, dass die bereits jetzt existierenden, langjährigen **Städtepartnerschaften** weiter
3643 ausgebaut werden. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für eine friedliche Verständigung zwischen
3644 den Menschen verschiedener Nationen. Die europaweite und internationale Kooperation ist
3645 unverzichtbar.